

Genehmigt: 28.08.2025

Protokoll 12

Stadtratssitzung

Donnerstag, 26.06.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:30 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2025.SR.0151.....	6
2 Protokoll Stadtrat 09 vom 08.05.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0171.....	6
3 Protokoll Stadtrat 10 vom 22.05.2025; Genehmigung.....	
2024.FPI.0084.....	6
4 Jahresrechnung 2024.....	
2013.SR.000100.....	23
5 Tätigkeitsbericht 2024 der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Bern.....	
2004.SR.000166.....	26
6 Tätigkeitsbericht 2024 der Ombudsstelle der Stadt Bern.....	
2021.SR.000032.....	28
7 Tätigkeitsbericht 2024 der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz der Stadt Bern.....	
2024.BSS.0101.....	32
8 Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2029.....	
2024.BSS.0105.....	33
9 Vierjähriger Leistungsvertrag 2026 – 2029 mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG); Verpflichtungskredit (Abstimmungsbotschaft).....	
Schluss der Sitzung: 16.27 Uhr.	46
Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	48
2024.BSS.0112.....	49
10 Schulzahnmedizin in der Stadt Bern: Reglement über die Schulzahnmedizin (Schulzahnmedizinreglement; SZMR); Erlass / Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR, SSSB 430.101) und Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11); Teilrevisionen.....	
2024.BSS.0098.....	63

11 Schulzahnmedizin in der Stadt Bern: Leistungsvertrag und Übernahmevertrag mit der Universität Bern (Zahnmedizinische Kliniken; ZMK); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz	
2019.SR.000051	63
12 Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Die Schulzahnklinik der Stadt Bern sorgt auch für die zahnmedizinische Versorgung im Alter!	
2024.BSS.0089	64
13 Obdachlosenbereich: Angebotserweiterung Notschlafstellen; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts in Stadtratskompetenz	
2025.FPI.0024	69
14 Erneuerung der Drucker und Multifunktionsgeräte in der Stadtverwaltung inklusive Volksschulen (Projekt MFG2026); Investitionskredit und Verpflichtungskredit	
2018.FPI.000066	75
15 Freiburgstrasse 121+121a, 3008 Bern: Sanierung und Neubau; Baukredit	
2025.SR.0029	78
16 Interpellation: Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli?	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr	80
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr	81
2025.SR.0029	82
16 Interpellation: Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli?	
2024.SR.0336	84
17 Motion Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Finanzkompetenz in Entscheidungsgremien der Stadt Bern!	
2021.PRD.000014	88
18 Polit-Forum Bern: Leistungsvertrag 2026 – 2029; Verpflichtungskredit	
2025.SR.0120	91
19 Dringliches Postulat: Antisemitismus im Kulturbereich	
2024.SR.0321	102
20 Interfraktionelle Motion Fraktion AL/PdA, SP/JUSO (Raffael Joggi, AL/Halua Pinto de Magalhães, SP): Die Förderung digitaler Souveränität gehört in eine Digitalstrategie	
Verschieden und eingereicht	110
Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr	113

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi

Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier

Salome Mathys
Matteo Miceli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Sarah Rubin
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Timur Akçasayar
Laura Binz
Jelena Filipovic
Thomas Hofstetter

Bernadette Häfliger
Fuat Köçer
Nora Krummen
Dominic Nellen

Mirjam Roder
Michael Ruefer
Irina Straubhaar

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit der Sitzung zu starten. Ich bin im Moment die einzige Vertretung des Ratsbüros, aber ich traue es mir zu, zumindest am Anfang der Sitzung das auch alleine zu machen. Ich gebe euch als Erstes die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für alle 3 Sitzungen abgemeldet haben sich Irina Straubhaar, GLP, Bernadette Häfliger, SP, Laura Binz, SP, Michael Ruefer, GFL, Fuat Köçer, SP, Dominic Nellen, SP, und Jelena Filipovic, Grünes Bündnis. Aufgrund der Abwesenheit von Jelena Filipovic wird Béatrice Wertli die Rolle als erste Vizepräsidentin einnehmen, und sie wird auch bei einem Traktandum die Sitzungsleitung übernehmen. Etwas später – bei mir steht etwas später – kommt Maurice Lindgren. Aber er sitzt schon hier. Dann denke ich aber, dass die Information stimmt, dass Maurice Lindgren in der zweiten und der dritten Sitzung fehlen wird. Für die erste Sitzung entschuldigt hat sich Timur Akçasayar, SP, eventuell abwesend in der zweiten Sitzung ist Francesca Chukwunyere, GFL. In der 3. Sitzung entschuldigt sind Francesca Chukwunyere, GFL, Maurice Lindgren, GLP, und Mehmet Özdemir, SP. Wir haben heute keine Rücktritte und keine neuen Ratsmitglieder. Es ist mega unruhig. Ich hätte das vielleicht als Erstes sagen sollen. Es ist sehr warm. Es wird noch wärmer werden. Wir sitzen 9 Stunden hier. Und heute bin ich euch besonders dankbar, wenn ihr ruhig seid. Merci vielmals. Wir haben heute einen Geburtstag. Die Person ist aber nicht hier. Sie hat sich ebenfalls entschuldigen lassen. Aber ihr dürft gerne Mirjam Roder zum Geburtstag gratulieren. Es ist ein runder Geburtstag. Ich habe weitere wichtige Mitteilungen für euch. Als Erstes habt ihr ja erfahren, dass die neue Stellvertretungsregelung per 1. Juli 2025 in Kraft tritt. Mehmet Özdemir wird sich für 4 Monate vertreten lassen, und zwar vom 1. Juli bis 31. Oktober. Seine Stellvertretung wird Jacqueline Brügger übernehmen. Ihr werdet Jacqueline Brügger entweder am Stadtratsausflug oder spätestens bei der ersten Stadtratssitzung am 21. August kennenlernen. Dann mache ich euch darauf aufmerksam, dass ihr eine Einladung erhalten habt vom Parlament der Gemeinde Köniz. Sie laden euch am Montag, 18. August ein zuerst zu, das ist noch spannend in Köniz, einem Apéro und dann zu einer Ratssitzung. Es ist eine interessante Variante, aber ihr seid herzlich eingeladen. Bitte denkt daran, euch aus organisatorischen Gründen anzumelden. Dann: Die, die nicht das erste Mal eine Nachmittagssitzung miterleben, kennen es. Auch heute stehen unten in der Rathaushalle Snacks und Getränke zur Verfügung. Ihr könnt euch bis 17 Uhr kostenlos bedienen. Also auch Kaffee und Wasser. Ab 17 Uhr gilt dann wieder der Normalbetrieb. Und jetzt habe ich bezüglich dieser Verpflegung eine kurze persönliche Erklärung von Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP): In der letzten Finanzdebatte haben wir auch eine Zwischenverpflegung bekommen. Als Landwirt habe ich mich ein bisschen geärgert, dass es Bananen und Orangen gegeben hat. Ich war heute Morgen in unserem Landwirtschaftsbetrieb. Es gibt sehr viele einheimische Kirschen und ich habe mir erlaubt, 5 kg einheimische Kirschen mitzunehmen als Dessert für euch, damit wir eben regionale Produkte fördern. So könnt ihr die probieren. Und die, die sie gut finden, können es mir sagen. Denen können wir dann gerne noch ein bisschen nachliefern. Es sind keine Musterkirschen, denn sie sind nicht gespritzt. Sie haben vielleicht hie und da ein Fleckchen, so wie sich der Stadtrat die Früchte vorstellt – vegan, vegetarisch, gesund. Besten Dank und viel Vergnügen beim Kirschen essen.

Präsident: Merci vielmals, Thomas, für diese grosszügige Geste. Ich erlaube mir den Kommentar: Man kann bei Thomas die Kirschen auch noch in anderer Form beziehen; auch das etwas, was sehr zu empfehlen ist. Dann habe ich noch zwei Standardmitteilungen. Es sind die gleichen Mitteilungen wie immer. An der letzten Sitzung wurde gesagt, ich hätte das nicht gesagt, was nachweislich falsch ist. Darum: Einreichen der Vorstösse – dringende bis 21 Uhr, nicht dringende bis 21.30 Uhr. Diese Regel gilt seit 3 Jahren unverändert. Wir sagen es vor jeder Sitzung immer wieder, merkt euch diese Zeiten bitte und macht nicht Druck auf die Büromitglieder, wenn sie diese Regel durchsetzen. Letzte Mitteilung: Badgen nicht vergessen. Heute sind es 3 Sitzungen, also dreimal ein- und ausbadgen. Zur Antragsliste: Wir stimmen als erstes über den Ordnungsantrag ab. Er ist aufgrund des Eingangs des Antrags als Antrag 2 auf eurer Liste. Und weil eine doch etwas ausführliche Antragsbegründung zu Antrag 1 eingegangen ist, ist Antrag 2 erst auf Seite 4. Es geht um den Ordnungsantrag GFL. Die GFL beantragt, die Traktanden 27, 28 und 30 zu verschieben. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 2

GFL

Ordnungsantrag: Die Traktanden 27, 28 und 30 werden verschoben.

Abstimmung Nr. 002

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 2

Annahme

Ja	43
Nein	4
Enthalten	9

Präsident: Ihr wollt einen früheren Feierabend. Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen. Ferner kommen wir zu Antrag 1. Es liegt auch für diese Sitzung wieder ein Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis vor. Wir stimmen darüber ab, ob ihr diese Diskussion gewähren wollt oder nicht.

Ordnungsantrag 1

SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR): Demonstration und Polizeieinsatz vom 15.6.2025 in Bern. Wie gehen die Gespräche mit der Reithalle weiter?

Abstimmung Nr. 003

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	9
Nein	46
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt ihn abgelehnt. Wir kommen zu den Traktanden 2 und 3. Das ist die Genehmigung der Protokolle.

2025.SR.0151

2 Protokoll Stadtrat 09 vom 08.05.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3.

Präsident: Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind diese Protokolle bestritten? Das ist nicht der Fall, dann sind diese Protokolle unbestritten genehmigt, und ich danke den Verfasser*innen für die Protokolle.

Stillschweigende Annahme.

2025.SR.0171

3 Protokoll Stadtrat 10 vom 22.05.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3: siehe Traktandum 2.

2024.FPI.0084

4 Jahresrechnung 2024

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 4, wegen dem wir heute die Sitzung früher starten. Es geht um die Jahresrechnung 2024 und den Bericht des Gemeinderates dazu. Ich erteile der vorberatenden Kommission FIKO das Wort. Für die FIKO, Nadine Aebischer.

Nadine Aebischer (SP) für die Kommission: Ich darf Ihnen heute als Sprecherin der Finanzkommission den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2024 präsentieren. Aber bevor ich auf die Zahlen und Analysen eingehe, möchte ich mit einem Wort an die Verwaltung beginnen, und zwar ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeitenden der Stadt Bern, in der Verwaltung, in den Dienstleistungsabteilungen, in Schulen, Sozialdiensten, für die Sicherheit und viele weitere Bereiche. Der Service public in unserer Stadt lebt von Menschen, die sich auch unter schwierigen Umständen engagiert, kundenfreundlich und professionell für das Gemeinwohl einsetzen. Die Herausforderungen sind nicht kleiner geworden und dennoch gelingt es den städtischen Angestellten, Stabilität und Qualität zu gewährleisten. Dafür verdient die Verwaltung unsere Anerkennung und unseren Dank. Jetzt zur Jahresrechnung: Die Stadt Bern schliesst das Jahr mit einem Aufwandsüberschuss von 12,2 Mio. Franken ab. Budgetiert war ein Defizit von 39,1 Mio. Franken. Das ist ein um 26,9 Mio. Franken besseres Ergebnis als erwartet und damit durchaus erfreulich. Gleichzeitig müssen wir feststellen: Der formale Ausgleich konnte nur dank einer Entnahme aus den finanzpolitischen Reserven erfolgen. Das heisst, das verbleibende Eigenkapital beträgt jetzt nur noch um 94,5 Mio. Franken. Zu den Einnahmen: Die Steuererträge lagen mit 609,3 Mio. Franken um über 40 Mio. Franken über dem Budget. Die Gründe sind einerseits mehr Steuerzahlende, andererseits Nachfakturierungen für Vorjahre und Mehrerlöse aus Sonderverlagerungen. Da-

neben leisteten auch andere Einnahmequellen einen wichtigen Beitrag: Rückerstattungen im Sozialbereich, aktivierte Eigenleistungen sowie ein Finanzertrag von 101 Mio. Franken, rund 26 Mio. über Budget – auch diese teilweise durch Nachberechnungen aus Vorjahren. Bei den Ausgaben liegt der Gesamtaufwand 138,8 Mio. Franken über dem Budget, was zu einem Aufwandüberschuss von 85 Mio. Franken führt, das sind 4,5 Mio. Franken mehr als erwartet. Auffällig sind insbesondere die höheren Transferausgaben, die um 43,1 Mio. Franken über dem Budget liegen. Darin enthalten sind unter anderem Kosten für die Sozialhilfe im Asylbereich, Kita-Beiträge und Pflegeleistungen. Beim FILAG lagen die Aufwendungen für die Verbundaufgaben 5,5 Mio. Franken über Budget, verursacht durch die Lastenverteilung in der Sozialhilfe. Auch bei den internen Verrechnungen gab es eine Abweichung von plus 42,1 Mio. Franken, das ist erklärbar durch Umlagerungen von Aufgaben beispielsweise im Bereich BSS, durch gestiegene Nebenkosten und einen höheren Materialbezug via Logistik Bern. Ein weiterer Sondereffekt betrifft die Heiz- und Nebenkosten. Aufgrund des Rückstandes bei den Abrechnungen aus dem Jahr 2023 mussten in der Erfolgsrechnung 2 Jahre verrechnet werden. In Kombination mit der Teuerung und gestiegenen Energiepreisen ergab sich dadurch ein Mehraufwand von 10,3 Mio. Franken.

Auch im Bereich Schule und Tagesbetreuung zeigen sich Herausforderungen. Die Zahl der Schüler*innen ist erneut gestiegen, was mit höheren Personalaufwänden und einer Anpassung des Betreuungsschlüssels einhergeht. Gleichzeitig fielen die Kantonsbeiträge zur Tagesbetreuung tiefer als budgetiert aus. Insgesamt ergab sich eine Budgetabweichung von 6,7 Mio. Franken. Zusätzlich musste eine Rückstellung über 8,8 Mio. Franken für Verluste aus den Vorjahren in der Tagesbetreuung gebildet werden. Ein weiteres Beispiel ist das Fallführungssystem Citysoftnet, das wegen verzögerten Umsetzungen zu Mehrkosten von 5 Mio. Franken beim Sozialamt und beim Kindes- und Erwachsenenschutz geführt hat. Zu den Investitionen: Die Nettoinvestitionen lagen bei 136,5 Mio. Franken. Davon konnten rund 60,5 Mio. Franken selbstfinanziert werden. Das ergibt einen Selbstfinanzierungsgrad von knapp 50%. Die wichtigsten Projekte betrafen Schulen und Sportinfrastruktur, etwa Bethlehemacker, Kirchenfeld oder die neue Festhalle. Ende des Jahres ist der Bruttoverschuldungsanteil bei 134,2%. Im Jahr 2023 war er 3,9% höher. Der Realisierungsgrad liegt bei knapp 75%, was bedeutet, dass rund ein Viertel der geplanten Investitionen nicht umgesetzt wurde. Besonders tief war die Umsetzung bei der Informatik und bei Fahrzeugbeschaffungen. Zur Diskussion in der Kommission: Die Finanzkommission hat sich intensiv mit dem Jahresbericht und der Jahresrechnung befasst. Die Mehrheit anerkennt, dass das Ergebnis deutlich besser ausfällt als erwartet, insbesondere dank robuster Einnahmen. Gleichzeitig bleibt die Erkenntnis bestehen, dass das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben fortbesteht und der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt weiterhin begrenzt ist. In der Kommission bestand Einigkeit darüber, dass angesichts dieser Situation eine Priorisierung der Investitionen und eine sorgfältige Verwendung der Mittel unerlässlich sind. Die Jahresrechnung wurde durch die Revisionsstelle EY (Ernst & Young) geprüft und ohne Einschränkungen gutgeheissen. Und noch ein paar Worte zum Schluss: Die Finanzkommission hat die Jahresrechnung mit deutlicher Mehrheit angenommen. Die Stadt hat unter schwierigen Bedingungen solid gewirtschaftet, aber die Herausforderungen bleiben. Es braucht weiterhin eine vorausschauende, realistische und nachhaltige Finanzpolitik, um den Handlungsspielraum zu sichern. Ich danke allen Mitarbeitenden der Stadt für ihren Einsatz und Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich rede für die SVP. Den Jahresbericht und die Budgets haben wir seit Jahrzehnten immer ganz klar abgelehnt. Ich werde jetzt ein bisschen einen anderen Ansatz wählen. Wir sind ja alle im Kurs gewesen. Der war sehr gut. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch dem Ratssekretariat danken. Das war ein guter Einstieg. Ich vertrete das alternative Modelle, und zwar stelle ich, so wie ich es analysiere, das ganze Budget, den Jahresbericht, vor allem den Jahresbericht, unter das Motto: Fluch der bösen Tat. Vorab danke ich an dieser Stelle der Fraktion, allen, die in der Stadt gearbeitet haben. Es ist sehr gut gearbeitet worden. Ich habe auch heute und in den letzten Tagen mit vielen Mitarbeitern und Kadermitarbeitern einen guten Austausch gehabt. Als Pars pro Toto waren das Reto Moosmann, Jeanine Wicki, Christoph Schärer und Martin Albrecht. Es gibt x Leute, mit denen ich sehr gut zusammenarbeite. Ich möchte diesen Leuten auch zuhause ihrer Mitarbeiter ganz herzlich danken, auch an die scheidenden und amtierenden Gruppen der FPI. Die Leute haben gute Arbeit geleistet, das konzedere ich vorab. Aber jetzt komme ich dazu: Warum sollten wir dem Jahresbericht zustimmen? Es ist insofern positiv, könnte man sagen, dass es nicht so schlimm herausgekommen ist, wie es budgetiert ist. Aber jetzt müsst ihr einfach schauen, warum es so herausgekommen ist. Ihr müsst es im Bericht des Gemeinderates lesen, aus dem man ersieht: Die höheren Steuererträge durch Nachfakturierung – da hat man wiederum Glück gehabt. Wir hatten rekordhohe Einnahmen. Das ist einfach ein Vabanque-Spiel, das nicht gut herauskommt. Und das ist für mich eben das Enttäuschende. Darum: Fluch der bösen Tat. Damals, als wir genügend Geld hatten, Überschüsse, hat man das auch nicht gebraucht für eine Steuersenkung. Das war immer die Variante der SVP und die Umsetzung der Motion Gubser. Nein, man hat gedacht: Wir müssen neue Aufgaben annehmen. Und das ist eben jetzt der Fluch der bösen Tat. Man hat mehr Personal angestellt für Sachen, die es eigentlich gar nicht unbedingt braucht. Und man hat ebenfalls gewisse Leistungsverträge, zu denen ehemalige Stadtpräsident Affinitäten hatte, "Aua wir leben", verdoppelt. Und dann hat das Problem angefangen. Statt dass man Rücklagen gemacht hat oder eben Steuersenkungen – die hätten wir wieder rückgängig machen können, wenn es finanziell nicht so gut ist, aber wenn man halt neue Aufgaben und neue Sachen anstellt – man hat ja eine Fachstelle für Ernährung und was auch immer und jetzt will man dann noch einen neuen Antisemitismusbeauftragten anstellen. Wir haben Riesensachen, die Fehler waren. Und dann kommen wir auch auf einzelne Geschäfte zurück, bei denen ich eben sehe, wie es nicht gut läuft. Ich gehe jetzt auf das Management-Summary ein. Da habt ihr gesehen, was wir eben haben. Es sind Nachfakturierungen für Vorjahre und Mehrerlöse aus Sonderveranlagungen. Das ist einfach jetzt einmal Glück gewesen. Es kann eben auch schiefgehen. Und ich sage auch im Hinblick auf die Zukunft: Man hat jetzt schon ein bisschen Überschüsse budgetiert, aber angesichts der gewaltigen Übernahme, Überschüsse, die man hat, hätte man ganz klar sparen müssen. Nachher Lastenausgleich und Sozialhilfe: Ich habe das gut gelesen – Gesuche von Personen mit Status S. Wieso haben wir so viele Leute mit Status S? Weil der Stadtpräsident das Viererfeld überbauen wollte und dann hat man nachher das Viererfeld überbaut und hat jetzt sehr viele Leute mit Status S angesiedelt. Jetzt seht ihr die Sparmassnahmen des Bundes. Dieser will nur noch die ersten 5 Jahre bezahlen und nachher nicht mehr. Ich habe das Gefühl, dass wir nachher noch ein paar Altlasten haben werden. Ich komme zu den Schulen und Kitas. Wir haben hier schon viel darüber diskutiert. Das ist für mich eben das, wovon ich immer gesagt habe, man müsse gleich lange Spiesse machen. Es ist zu Recht gesagt worden, man könne die privaten Kitas anschauen als Segelschiffe. Ein paar sind nach Corona gekentert. Das hat die Arbeitslosenkasse und vielleicht gewisse

Gläubiger gekostet. Aber das grosse, unbewegliche Schiff der städtischen Kitas – da haben wir jetzt gewaltige Mehrkosten. Und das ist einfach eine Ungleichbehandlung. Man sieht, wie viel Geld aufgelaufen ist. Ihr wisst auch: Eine Untersuchung der FIKO ist eingeleitet. Davon werden wir allenfalls mehr hören. Aber nur, damit ihr seht, wie das gelaufen ist.

Nächstes Stichwort Citysoftnet: Da bin ich ein bisschen enttäuscht. Ihr wisst ja, dass ich in der FIKO Anträge gestellt habe. Die Fragen sind heute beantwortet worden und das ist für mich eine Geschichte mit 7 Siegeln. Ich habe immer die Nachkredite abgelehnt, ich habe gesagt, es komme nie gut, wenn man Sozialhilfe macht. Das ist kantonal geregelt. Deshalb gibt es keine oder nur wenige Synergien mit Zürich und Basel. Das hätte man vielleicht mit Interlaken und Thun machen müssen. Aber auch dort ist die Stadt Bern vorangegangen. Man hat gemeint, man würde dort nachher ein Leuchtturmprojekt machen, das allen dient. Und das ist schiefgegangen. Der Kanton hat jetzt eine eigene Software und man kann jetzt wahrscheinlich noch ein bisschen verhandeln, ob man es 2029 oder erst 2032 einführen muss, aber das Geld ist weg. In diesem Zusammenhang danke ich, der Janina Aeberhard, die auch immer die entsprechenden Anträge und kritischen Fragen gestellt hat. Wir haben sie dabei unterstützt. Aber ihr seht jetzt auch das, was ich bei der Kleinen Anfrage gemacht habe – Antworten und Klärungen haben wir nicht.

Dann: Die Investitionen sind unverändert hoch. Marzili haben wir bekämpft. Auch in diesem Zusammenhang ein Dank an die Vertreterin der SP, die den Bootshafen auch als unnötig angeschaut hat, als kontraproduktiv. Aber der Antrag ist nicht durchgekommen. Ich erinnere immer an das Beispiel Kirchenfeldschulhaus, wo wir statt der Renovation des Schulhauses für 26 Mio. Franken einen Schulhausumbau von 56 Mio. Franken haben, der wahrscheinlich 70 Mio. Franken kosten wird. Und zusätzlich müssen wir noch ein Provisorium für 28 Mio. Franken machen. Jetzt könnt ihr ausrechnen, wie viele Mehrkosten wir haben. So geht es nicht. Die angespannte Finanzlage, das sehe ich, dass der Gemeinderat das jetzt gesehen hat, aber die Konsequenzen ergreift man nicht. Man gewichtet die Risiken eben zu wenig. Man hat kein ganz klar konzipiertes Sparprogramm. Ich komme zu den Legislaturzielen: Ich bin ein bisschen redundant. Ich habe immer darauf hingewiesen, schon seit Jahren, das könnt ihr in den alten Protokollen nachschauen, dass Wirtschaft nie ein Legislaturziel war. Klimaschutz und Klimaanpassung: Ihr Holz die schöne Allee nach Ostermundigen ab. Wahrscheinlich ist das ganze Tram Bern-Ostermundigen, das ist nicht nur meine Meinung, unnötig, eine Fehlkonzeption. Noch schlimmer ist: Man macht alles kaputt, Man überbaut jetzt das Vierfeld. Ich habe immer gewusst, dass es 1914 Altlasten der Landesausstellung gibt – ich weiss nicht, ob ihr in den Zeitungsartikel in der letzten Woche gelesen habt, dass es dort noch Klärschlamm haben soll. Ich weiss es nicht, aber das könnte wahrscheinlich sein. Die Ara ist es in der Nähe. Und dann tut man das Geld – man gibt praktisch alles nur an Genossenschaften. Der Fonds verdient fast nichts. Das ist für mich völlig verfehlt.

Nachher die Zusammenarbeit: Das habe ich immer kritisiert. Man sollte nach dem Prinzip down to up vorgehen, das heisst, zuerst die Quartierkommissionen einbinden. Und ich habe es geschätzt, ich sage auch das Positive, dass dieses Jahr wieder, letztes Jahr haben wir es nicht gehabt, sämtliche Quartierdelegierte im Erlacherhof eingeladen waren zu einem ansprechenden Anlass. Das sage ich auch ganz klar: Es war ein schöner Anlass. Ich danke der Stadtpräsidentin. Das ist gut gelaufen. Aber es sind im Jahr 2024 Sachen passiert – wenn man den Tierpark zuerst im Stadtrat hat und in der Kommission und dann geht man in die Quartierkommission, habe ich das Gefühl, ist das für

die Leute nicht sehr motivierend. Mein entsprechender Antrag ist auch nicht durchgekommen. Aber ihr seht: Wenn ihr sagt, wie ihr zusammenarbeitet und es so macht und so einbindet, dann läuft es schief. Ostermundigen sei jetzt noch einmal gewährt. Ich drehe das Messer noch einmal um. Für mich war immer klar, dass Ostermundigen ablehnen wird. Denn, wenn man nicht einmal nach einer Übergangsfrist einen Gemeinderat gibt, dann sagt eine Gemeinde nein. Schlosswil und die Luzerner Gemeinde dort draussen, dort hätte man das machen können. Juristisch wäre das ohne weiteres möglich gewesen. Aber will ich nicht, dann kann ich nicht. Es ist darum gegangen, einen Gemeinderat zu sichern. Diese Rechnung ist insofern aufgegangen. Aber Ostermundigen wollte nicht unter das rot-grüne Joch. Genau dasselbe, dazu blicke ich jetzt voraus, werdet ihr mit dem Finanzausgleich haben. Ich persönlich gehe davon aus, nachdem ihr unseren Vertretern irgendeine Viehhalttausstellung in Schönried oder was auch immer kürzen wollt, dass wir auch nicht Sympathien haben werden. Saanen hat die Sympathien auch nicht gehabt beim kantonalen Finanzausgleich. Da kommen wahrscheinlich noch recht happige Sachen auf uns zu. Ihr seht, das ist etwa die Ausgangslage.

Der Präsident weist den Votanten darauf hin, dass seine Redezeit noch 45 Sekunden dauert.

Ich komme dann noch einmal als Einzelsprecher. Aber jetzt eben die Konsequenzen, schön mit dem Ausgang, was das Entscheidkriterium ist. So kann es nicht weitergehen. Die Lösung ist die klare Priorisierung. Und eine Steuersenkung hätte Platz, weil die Stadt merkt: Wir haben viel Geld, wir müssen sparen. Und dann muss man ganz klar priorisieren und eine Verzichtsplanung machen. Das sind die Gründe, weshalb die SVP die Sache ablehnt. Ihr seht, es ist uns wichtig, wir kämpfen hier für die nachfolgenden Generationen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Mein kurzer Kommentar zur SVP: Segen der guten Arbeit. Ich möchte hier all jenen danken, die an diesem Jahresbericht massgeblich mitgearbeitet haben. Das ist der Finanzdirektor, aber auch der Steuerverwalter, der uns ja vor Kurzem verlassen hat, und natürlich auch die ganze Finanzdirektion. Bern boomt. Finanzpolitik mit Augenmass bleibt zentral. Die Stadt boomt, das zeigt sich ausdrücklich in dieser Jahresrechnung. Der Abschluss 2024 fällt mit einem Defizit von 12,2 Mio. Franken deutlich besser aus als budgetiert, nämlich um rund 27 Mio. Franken. Wir haben es von der Kommissionssprecherin bereits gehört. Das ist erfreulich, insbesondere nach 3 Jahren mit positiven Rechnungsabschlüssen. Die hohe Standortattraktivität Berns schlägt sich klar in den Einnahmen nieder. Rekordsteuererträge, ein Plus von 100 Mio. Franken in 5 Jahren, das ist kein Zufall. Bern zieht Menschen, Unternehmen und die Innovation an. Die SP nimmt diese Zahlen mit Zuversicht, aber auch mit der nötigen finanzpolitischen Wachsamkeit zur Kenntnis. Denn so gut die Erträge sind, wir verzeichnen trotz Rekordwerten ein Defizit. Die finanzpolitische Reserve sinkt auf knapp unter 95 Mio. Franken und liegt damit knapp unter dem Zielkorridor von 120 bis 180 Mio. Franken. Auch das operative Ergebnis erfüllt die Ziele der Finanzstrategie derzeit nicht. Darum ist uns klar: Es braucht weiterhin eine solide, vorsichtige Budgetierung, wie sie von der Finanzkommission gefordert wird. Gleichzeitig darf diese nicht zu Lasten der Lebensqualität in unserer Stadt gehen. Bern muss lebenswert, nachhaltig und sozial bleiben. Dafür braucht es Handlungsspielraum: Handlungsspielraum für Investitionen in Schulen, in bezahlbaren Wohnraum, in Sportinfrastruktur und den Klimaschutz. Die SP unterstützt daher einen Kurs, der beides vereint: eine realistische, ver-

antwortungsvolle Finanzpolitik und den unbedingten Willen, die soziale und ökologische Entwicklung unserer Stadt aktiv zu gestalten. Denn ein florierendes Bern, eine florierende Stadt wie Bern darf nicht sparen auf Kosten ihrer Zukunft. Damit beantrage ich natürlich selbstverständlich die Genehmigung dieses Jahresberichts – also wirklich Finanzpolitik mit Augenmass und den nötigen Investitionen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion GLP/EVP, Natalie Bertsch.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Rechnung 2024 besser abschliesst als erwartet. Einerseits sind wir erleichtert, dass es sich noch schlimmer gekommen ist, und andererseits ist dieses Ergebnis weniger positiv, wenn man bedenkt, dass dieses Ergebnis vor allem auf die sehr hohen Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen zurückzuführen ist und diese Rekorderlöse dennoch nicht reichen, um die hohen und weiterhin nötigen Investitionen zu decken oder den finanziellen Spielraum der Stadt zu vergrössern. Im Gegenteil: Die Stadt Bern muss sich noch einmal stark verschulden, die Finanzstrategie des Gemeinderates wurde auch 2024 grösstenteils verfehlt. Die Entnahme aus den finanzpolitischen Reserven fällt in eine Zeit der globalen Instabilität und Unsicherheit. Mit Sicherheit wissen wir nur, dass wir die Zukunft noch äusserst schlecht voraussehen können. Ob die globalen Krisen uns direkt betreffen und unsere Steuereinnahmen dann doch einbrechen, kann eigentlich niemand beantworten. Uns geht es weder darum, Schreckensszenarien zu diskutieren, noch fälschlicherweise davon auszugehen, dass wir als Stadt krisenimmun sind, sondern darum, ganz konkrete Massnahmen umzusetzen, um unsere finanzielle Resilienz zu stärken. In meiner früheren Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit war ich mehrfach in das Schnüren von Not- und Sparpaketen involviert. Der damit oft verbundene Verlust von Entscheidungsfreiheit und die hohen sozialen Kosten, vor allem für jene, die es am wenigsten abfangen können, sind mir eindrücklich geblieben. Unsere Fraktion fordert deshalb, nicht auf das Verlassen auf das Prinzip Hoffnung und die immer steigenden Steuereinnahmen zu setzen, sondern eine Fokussierung auf die Ausgabenpolitik zu setzen. Wenn wir als Stadt unabhängig, handlungsfähig und agil bleiben wollen, gerade in Krisenzeiten, müssen wir die Ausgaben- und Einnahmenseite in den Griff bekommen. Das ist für unsere Fraktion auch eine Frage der Solidarität mit zukünftigen Generationen. Wir wollen ihnen eine Stadt übergeben, die auch morgen noch handlungsfähig ist. Insbesondere der dramatische demografische Wandel, den wir derzeit erleben, wird die Frage der Tragbarkeit von Schulden nur weiter verschärfen. Was wir heute als tragbare Schuldenquoten sehen, ist allenfalls für zukünftige Generationen nicht mehr der Fall. Darum begrüssen wir den Konsens im Gemeinderat, finanzpolitischen Handlungsspielraum schaffen zu wollen. Wir fordern den Gemeinderat gleichzeitig auch auf, diesen Weg weiterhin konsequent und konstruktiv zu beschreiten.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion GB/JA!, Sarah Rubin.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Einmal mehr sprechen wir über eine Rechnung, die viel besser daherkommt als budgetiert. Ein anstehender finanzieller Untergang der Stadt Bern ist nach wie vor nirgends in Sicht. 2022 wurde für 2024 ein Bilanzfehlbetrag prognostiziert. Davon sind wir jetzt weit entfernt. Die Rechnung der Stadt Bern schliesst trotz beachtlicher Investitionen über 136 Mio. Franken mit einer schwarzen Null – minus 12 Mio. Franken – gleich quasi einer schwarzen Null über dieses Riesenbudget – ab. Und Bern verfügt weiterhin über 94,5 Mio. Franken Eigenkapital. Das sind 70 mehr

als budgetiert. Und das alles, obwohl die Steuereinnahmen dieses Jahr im Budget bewusst höher eingeplant waren, da man von einem anhaltenden Wachstum in diesem Bereich ausgehen kann. 12 Millionen sind in Anbetracht eines Umsatzes von rund 1,52 Milliarden, wie erwähnt, eine schwarze Null, ein beachtlich gutes Ergebnis, wenn man die grossen Herausforderungen bedenkt. Der neue Gemeinderat muss deshalb auch unbedingt davon wegkommen, die Finanzlage ohne Not schlechtzureden. Es braucht nun eine Überarbeitung der veralteten finanzpolitischen Ziele und eine realistische Planung der nächsten Jahre, die die tatsächlichen Herausforderungen der Stadt Bern anpackt. Die höheren Steuereinnahmen werden auch in Zukunft nicht massgeblich einbrechen, insbesondere bei den Privatpersonen sind die Prognosen hier recht zuverlässig. Auch bei den juristischen Personen weist die Rechnung wiederum eine Zunahme der Steuern aus. Die unternehmensfreundliche rot-grüne Politik führt offensichtlich eben nicht zu weniger, sondern zu mehr Unternehmen auf Stadtgebiet. Diese guten Steuertrends müssen in den Planjahren eingerechnet werden und für zusätzliche Investitionen in Klimamassnahmen und die Armutsbekämpfung verwendet werden. So wieso das mit den Steuern: Der Gemeinderat redet das Rechnungsergebnis schlecht, indem er darauf hinweist, dass diese rekordhoch seien, was impliziert, dass das einmalig und aussergewöhnlich sei. Aber erstens sieht es prognostisch aus, als würde sich dieser positive Trend fortsetzen. Es ist also keine unberechenbare bzw. nicht einplanbare Grösse. Und zweitens bedeuten hohe Steuereinnahmen, dass die getätigten Investitionen, in die auch im vergangenen Jahr ein grosses Finanzvolumen geflossen ist, offenbar Menschen und Unternehmen anziehen. Die eingeschlagene Politik ist also erfolgreich. Daher wäre es im Umkehrschluss fatal, von der eingeschlagenen Politik abzuweichen. Was wir sicher im Auge behalten müssen: Wenn mehr Menschen in dieser Stadt wohnen, bringt das auch mehr Ausgaben für Infrastruktur und öffentliche Angebote mit sich. Trotzdem kann man kurz zusammengefasst sagen, dass höhere Investitionen auch höhere Steuergelder mit sich bringen, weil mehr Menschen und mehr Unternehmen in die Stadt Bern ziehen. Dementsprechend möchte ich hier darauf verweisen, dass der kantonale Lastenausgleich, wie momentan angedacht, so für die Stadt Bern überhaupt nicht fair aufgeteilt ist. Da muss der Gemeinderat weiterhin dranbleiben beim Kanton. Aber das schwierige Verhältnis Kanton-Stadt ist ein Thema, auf das ich an dieser Stelle nicht weiter eingehe, auch wenn es noch einiges zu sagen gäbe, Stichwort Sozialabbau und Kostenüberwälzung auf die Stadt.

Nun noch kurz zur so gerne hochdramatisierten Schuldensituation. Es ist klar, dass wir Investitionen nicht selber stemmen können und dafür Schulden machen müssen. Aber das ist im momentanen Zinsumfeld keine Katastrophe. Die Stadt wird zudem nach wie vor bezüglich ihrer Kreditwürdigkeit sehr gut geratet. Zudem sind Investitionen ja nicht einfach ausgegebenes Geld, das dann weg ist. Wenn man nichts machen würde, würden die Finanzen vielleicht vordergründig etwas besser aussehen, aber marode Infrastruktur fliesst in keiner Weise in den Jahresabschluss. Also wäre das ein total verfälschtes Bild. Die bürgerliche Seite spricht oft davon, dass wir kommenden Generationen gesunde Finanzen hinterlassen sollen. Meine Vorrednerin hat das auch erwähnt. Aber wenn wir dieser kommenden Generation marode Infrastruktur hinterlassen. Wenn wir keine klimaangepassten Plätze hinterlassen wollen, auf denen man sich nicht aufhalten kann im Sommer. Und wenn das Klima noch verrückter spielt, was ja jetzt bereits massive Kosten verursacht. Ist das finanziell dann kein Problem? Sicher nicht, im Gegenteil. Daher ist es unbedingt nötig, dass die Stadt weiter in die Bekämpfung der Klimakrise investieren muss. Es braucht mehr Solaranlagen. Fossile Heizungen müssen verschwinden und Gebäude müssen saniert werden. Wenn Bern nicht jetzt handelt, dann überwälzen wir die Kosten für die Klimakrise der nächsten Generationen. Und je

länger wir warten, desto teurer wird es. Deshalb haben wir auch die Klimagerechtigkeitsinitiative erfolgreich lanciert. Und ebenfalls sehr wichtig ist es, jetzt die Armut mit präventiven und niederschweligen Angeboten zu bekämpfen und nicht erst dann, wenn die Betroffenen noch stärker abgehängt werden, weil sich die Einkommensschere weiter geöffnet hat. Zudem stecken wir mitten in der Biodiversitätskrise, die nach sofortigem Handeln schreit. Ihr seht: Es bleibt viel zu tun. Wenn wir der kommenden Generation keine Schulden überlassen wollen, dann investieren wir jetzt in den erwähnten Bereichen. Danke.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Jahresrechnung hat ein Defizit, und das trotz rekordhoher Steuererträge. Weil wir gerade so am Danke sagen sind, sagen wir natürlich auch danke der Verwaltung, aber wir sagen auch danke der Berner Wirtschaft und dem haushälterisch mit Geld umgehenden Mittelstand, der die Einnahmen in die Kasse gebracht hat. Umso besorgniserregender ist es doch, dass der Gemeinderat es nicht schafft, mit diesen Mitteln einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Was für die Stadt die Jahresrechnung ist, ist für ein Kind oder war zumindest für mich manchmal eine Wochenrechnung, wenn man das Sackgeld bekommt. Und was mir als Kind immer gesagt wurde, ist, dann leg doch etwas auf die Seite, wenn du Geburtstag oder irgendetwas Gutes gemacht und ein bisschen mehr bekommen hast, damit, wenn eine schlechte Woche kommt oder mal etwas Ausserordentliches ist, du dir etwas leisten kannst. Und genau das macht die Stadt nicht. Die Abhängigkeit von Fremdkapital steigt weiter, die Verschuldung nimmt zu. Und in der aktuellen Weltlage, in der über Nacht Zölle beschlossen werden und die Konjunkturlage sich rasant verändern kann, ist eine Abhängigkeit von steigenden Steuereinnahmen nicht nur riskant, sondern fahrlässig. Wir finden, dass die Finanzpolitik der letzten Jahre unverantwortlich gewesen ist und man den zukünftigen Generationen wertvollen finanziellen Spielraum entzieht. Es wird auf ein finanzielles Polster vertraut, das es real nicht gibt. Notwendige Investitionen sind für uns zum grossen Teil unbestritten. Aber wir haben die Erwartung, dass die Stadt in Zeiten steigender Steuereinnahmen auch einen Schuldenabbau konsequent angeht. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion die Jahresrechnung 2024 ab. Die Mitte begrüsst aber, dass der Gemeinderat Handlungsbedarf gesehen hat. Und wir werden uns in der Budget-2026-Debatte wieder einbringen. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion AL/PdA/TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Es ist wieder einmal nicht so schlimm gekommen wie gedacht. Die Stadt hat anders budgetiert. Es ist besser gekommen, wir können eigentlich froh sein. Der Punkt ist nach unserer Ansicht: Wenn man so viel investiert wie wir, ist einfach klar, dass wir ein Defizit haben. Also es ist in dem Sinne nicht tragisch. Und wir haben es schon mehrmals gesagt: In dieser Bugwelle, diesen Jahren, in denen wir jetzt grosse Investitionen tätigen müssen, ist es für uns einfach naheliegend, dass wir das nicht aus der eigenen Tasche bezahlen können. Das ist einfach zu viel. Dass aber trotzdem jetzt das Steuersubstrat weiter steigt – juristische wie auch natürliche Personen haben die Flucht nicht ergriffen, entgegen den Verlautbarungen aus bürgerlichen Kreisen –, verstehen wir eigentlich die Aufregung nach wie vor nicht. Wo wir hingegen mit bürgerlichen Kreisen bis zum gewissen Grad gleichziehen, ist bei der Tatsache, dass die Schulden ein Problem werden könnten. Wir glauben nicht, dass es Spass macht für uns und gut für uns ist, wenn wir im mittleren siebenstelligen Bereich

– ich habe mir dazu mal Zahlen sagen lassen, ich bin zu blöd, das selber aus dem Jahresbericht herauszurechnen – Schuldendienst leisten jedes Jahr, also die x Millionen auf diese 1,5 Milliarden, die sich jetzt bei uns mittlerweile angestaut haben. Daher sehen wir Handlungsbedarf. Und jetzt wisst ihr: Unsere Rolle hier oder meine Rolle ist es zu sagen, wie die Lösung aussehen könnte. Kollege Feuz hat es schon erwähnt: Wir könnten die Steuern eigentlich erhöhen. Von uns aus gesehen ist es nicht das Problem, dass wir sie zuerst senken müssen, nein, wir können sie auch jetzt erhöhen. Also diese Optionen stehen also durchaus im Raum. Und das aus gutem Grund, denn die Gemeinde Bern ist im kantonalen Vergleich mit den anderen Gemeinden nicht einmal im Mittelfeld. Mit 1,54 Steueranlage sind wir bei weitem nicht hoch drin. Hingegen bietet die Stadt offensichtlich sehr viel. Und sie arbeitet mit finanziell kräftigem Einsatz daran, dass das auch noch besser wird. Und Ausdruck findet das Ganze eigentlich in den steigenden Steuern. Die Leute sind bereit, hier zu wohnen, sie sind bereit, hier mehr Steuern zu zahlen, die Unternehmen fliehen auch nicht. Das hat vielleicht etwas mit dieser Ausgabenpolitik zu tun, mit dieser Regierung.

Wir denken also: Es ist eigentlich konsequent und vielleicht die Synthese dieser beiden Anliegen, die hier im Rat geäussert werden, dass wir uns trotzdem irgendwann einmal trauen, hier die Debatte über eine Steuererhöhung, eine massvolle Steuererhöhung, zu führen. Uns ist es wichtig, dass, wenn wir so etwas tun, es sozialverträglich ist, soweit das möglich ist. Im Kanton ist natürlich die Handhabe gegeben. Aber mit dieser furchtbaren Steuerprogression, die der Kanton uns auferlegt, bleibt uns halt nur, die Anlage zu verschieben, und das trifft alle. Es trifft immer noch die Vermögenden stärker als die ärmeren Menschen, aber es trifft eben auch die ärmeren Menschen. Und das geht nicht in den Zeiten von Inflation und Unsicherheit und was nicht alles. Es sind also Wege dafür zu finden – wenn wir die Steuern erhöhen würden eines Tages –, wie wir dieses Geld den unteren Einkommensschichten der Bevölkerung zurückgeben können, denn im Kanton Bern zahlt man einfach unverschämt viel Steuern, auch wenn man wenig Geld hat. Dass das Quatsch ist, wissen wir alle. Dass wir das nicht ändern können, wissen jedenfalls wir von den linken Parteien auch. Da ist uns einfach der Grosse Rat im Weg. Gibt es wirklich ein Problem mit den Finanzen? Vermutlich schon. Ich fände es toll, wenn wir diese Zinslast nicht jedes Jahr tragen müssten, aber wir hätten hier auch die Lösung. Habt den Mut, auch mal eine Steuererhöhung ins Auge zu fassen. Ich glaube, das würde der Sache gerecht werden. Und wir hätten eigentlich starke Schultern, die das schultern würden. Und Schwächere könnten entlastet werden. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion FDP, Georg Häsler. Sobald Georg spricht, bitte anmelden für Einzelvoten.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Also der Wohnsitz in der Stadt Bern ist ein bewusster Entscheid, denn jedes Mal, wenn die finale Steuerrechnung kommt, wird die Liebe zu unserer Stadt arg strapaziert. Wer auch nur ein bisschen besser verdient hat, zahlt drauf. "Nachfakturierung" heisst das dann im Haushalt etwas euphemisch ausgedrückt. Um es klar zu sagen. Ich bin nicht in der Position zu jammern. Höhere Steuern sind oft auch die Nebenerscheinung einer privilegierten Lebenssituation, das ist mir klar. Trotzdem sind die hohen Steuern ein Wettbewerbsnachteil, sowohl für die Unternehmen als auch für die Privatpersonen. Doch die Stadt rechnet offensichtlich finanzpolitisch mit der Bernliebe ihrer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, denn wieder blickt sie auf ein bemerkenswertes Steuerjahr zurück mit 609 Mio. Franken an Steuererträgen, ein neuer Höchstwert. Im Vergleich zu 2013 hat sich dieses Aufkommen um 171

Mio. Franken erhöht. Dieser Befund zeugt vom wirtschaftlichen Potenzial unserer Stadt und vom Engagement ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Unternehmen. Umso ernüchternder ist das Ergebnis. Die Rechnung schliesst mit einem Defizit von 12,2 Mio. Franken ab. Und nein, das ist keine schwarze Null; einfach um das einmal klar zu sagen. Gleichzeitig steigt die Verschuldung um weitere 120 Millionen auf 1,5 Milliarden Franken – so viel zum Thema "schwarze Null". Die Eigenkapitalbasis liegt mit rund 94 Millionen deutlich unter dem selbst gesteckten Zielkorridor, das ist haushaltspolitisch bedenklich. Mit anderen Worten: Der Stadt Bern droht das Eigenkapital auszugehen. Wenn wir einen Kleinkredit aufnehmen müssten, hätten wir wahrscheinlich ein Problem mit unserer Kreditwürdigkeit. Aber hier gelten ja andere Regeln. Der FDP ist natürlich bewusst, dass öffentlicher Haushalt nicht einfach nur der Saldo ist, vielmehr geht es auch immer um den Handlungsspielraum, den ein Gemeinwesen hat. Aber genau dieser Spielraum wurde im Berichtsjahr einmal mehr nicht genutzt, um den finanziellen Gesamttraum strukturell zu stärken und nachhaltig zu investieren. Stattdessen verzeichnen alle Direktionen Budgetüberschreitungen, zum Teil erheblich. Besonders die Direktion für Bildung, Soziales und Sport sticht ins Auge mit einem Aufgabewachstum von 45 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr, davon 25 Mio. Franken über Budget. Hinter diesen Zahlen stehen politische Entscheidungen. Doch viele davon wirken wenig priorisiert, kaum nachhaltig und teilweise ideologisch aufgeladen, etwa beim Evergreen Citysoftnet, den pauschalen Defizitgarantien für städtische Kitas oder der symbolpolitischen Umbenennung von Strassennamen.

Der Gemeinderat steht nun in der Verantwortung, die Steuererträge nicht als Einladung zur Ausweitung von Ausgaben zu interpretieren, sondern als Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung. Und ich staune schon ein bisschen über diese Idee, jetzt noch einmal mit Steuererhöhungen zu kommen. Das ist nicht sehr schlau in Bezug auf die Zukunft. Die FDP arbeitet deshalb auf drei Ebenen darauf hin, dass die Stadt Bern finanziell stärker aufgestellt wird. Wir fordern erstens ein strukturelles Entlastungspaket, zweitens eine klare Priorisierung öffentlicher Aufgaben und drittens einen verbindlichen Pfad, um eine Ausgaben- und Schuldenbremse einzuführen, quasi als Möglichkeit der Selbstmässigung, nicht als Dogma, aber als Instrument für eine Stadt, die allen gehört und nicht nur von wenigen bezahlt wird. Die Stadt Bern muss sich stärker wieder an jenen ausrichten, die sie tragen, dem Mittelstand, den Familien, den Gewerben. Sie alle benötigen gute Rahmenbedingungen, keine höheren Steuererträge – und weniger Schulden. Die FDP nimmt die Rechnung 2024 zur Kenntnis, allerdings mit grosser Sorge. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat die ernste Lage immerhin nicht mehr beschönigt, wahrscheinlich auch dank der hervorragenden Arbeit der Verwaltung, die ich hier an dieser Stelle auch verdanken möchte. Doch die Konsequenzen hat der Gemeinderat bisher nicht wirklich gezogen und rechnet doch immer mit dem Goodwill seiner Steuerzahler und einer rosigen Zukunft. Mit Blick auf den Haushalt 2026 und den neuen AFP wird wieder mit einem Wachstum an Einnahmen gerechnet. Auch die Schuldenwirtschaft wird nicht ernsthaft in Frage gestellt. Manchmal frage ich mich, weshalb man in einer Stadt so viel finanzpolitische Souveränität an den internationalen Kapitalmarkt abgeben will. So richtig konsequent ist das ja nicht. Die Stadt Bern möchte einfach weiterfahren wie bisher, doch da draussen verändern sich die geopolitischen Verhältnisse gerade fundamental und auch die makroökonomischen. Der Protektionismus der autoritären Trump-Administration hätte beinahe die amerikanischen Staatsbons ins Rutschen gebracht. Und diese Zollgeschichte ist noch nicht ausgestanden. Was in Amerika passiert, betrifft uns auch. Russland ist weiter auf dem Vormarsch, nicht nur in der Ukraine, sondern auch mit dem hybriden Krieg gegen die liberale Demokratie, siehe die Voten gegen den Status S gegenüber Menschen, die hierher geflüchtet sind

vor den russischen Angriffen. Schliesslich: Unsere wichtigsten Handelspartner sind im wirtschaftlichen Kriechgang – Deutschland, Frankreich, you name it. Ja, das hat etwas mit dem Haushalt der Stadt Bern zu tun. Wir können uns nicht einfach auf den Erfolg unserer guten Steuerzahler verlassen. Wenn wir auch in der Krise eine soziale Stadt sein wollen, dann müssen wir jetzt vorsorgen. Wir investieren in die Zukunft, aber das bedeutet auch, Reserven zu schaffen. Für mich heisst Freisinn immer auch Gemein-sinn. So ist unsere kritische Haltung diesem Haushalt gegenüber zu verstehen. Wir sagen konstruktiv nein zum Haushalt 2024. It's tough love, but it's love. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Als Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Laura Curau hat mich vorhin gebeten, eigentlich nicht mehr zu reden. Aber jetzt sehe ich mich doch aus 2 Gründen veranlasst, nach vorne zu kommen. Ich habe wirklich fast eine Herzbaracke bekommen, als man gesagt hat, ich würde mich von einer Steuererhöhung einsetzen. Wenn ihr meine Vorstösse und meine Sachen gelesen habt – ich bin nicht der beste Rechner –, habe ich mich immer für Steuersenkungen ausgesprochen. Und sage mein Votum eben noch einmal: Fluch der bösen Tat. Man hat die Steuern nicht gesenkt, man hat mehr Ausgaben gemacht, man hat mehr Sachen gemacht, die eigentlich nicht nötig waren, darum hat es das runtergerissen. Nachher gibt es auch einen zweiten Grund. Ihr wisst, ich spreche immer Dialekt. Aber ich habe gesagt, in gewissen Punkten komme ich darauf zurück, mich auch in der Schriftsprache auszudrücken. Ich wollte noch Nadine Aebischer für ihr Votum danken. Das war in meinen Notizen und die sind meistens in meinem Kopf. In den Unterlagen habe ich das noch vermerkt, aber habe vergessen das vorzulesen. Ich möchte ihr herzlich danken für den Vortrag. Jetzt wechsle ich wieder zurück in das Berndeutsche. Ich werde immer bezeichnet als Cassandra und ich betrachte das als Ehrentitel. Der Stadtpräsident sagte immer, ich sei Cassandra. Abfalltrennsystem: Wir haben wirklich thematisiert, Ursula Stöckli und ich, dass man das nicht durchführen kann – Denkmalschutz, Ortsbildschutz, Quartierbildschutz –, dass man das an gewissen Orten nicht machen kann. Aber nein, nichtsdestotrotz hat man hier Hunderttausende Franken ausgegeben für ein Projekt, das eigentlich nicht geht. Nachher noch auch wiederum ein Beispiel, an dem man eben sieht, wie eben teilweise gemacht, gefuhrwerkt wird: Man sagt grossartig, wir müssen wegen den Kehrrechtswagen Spuren abbauen, damit die Kehrrechtswagen, aber auch die Feuerwehr, die Notfalldienste zu den Häusern kommen. Wir sind unterlegen vor dem Verwaltungsgericht. Ich muss das akzeptieren. Kaum ist der Entscheid gefallen, beschliesst die Stadt, die Parkplätze, die jetzt teilweise auf dem Trottoir waren, auf die Strasse zu verlegen. Dann ist die Durchfahrt etwa gleich breit wie vorher, aber einfach mit der Konsequenz, dass man keine Autos mehr hat. Das sind alles so Sachen, auch diese Spurreduktion, die da vorgenommen wird – dass der Privatverkehr völlig aus der Stadt herausgedrängt wird, ist ein falscher Ansatz.

Ich komme jetzt auf das Beispiel der Fussgängerzone Bümpliz. Die habt ihr jetzt totbe-ruhigt, die ist jetzt mehr oder weniger gestorben. Dazu werden wir heute eine Motion, also ein Postulat, einreichen, damit man die Sache neu aufgleist. Denn es kann ja nicht sein, dass wir das so machen. Auch wieder ein Beispiel von letztem Jahr, ich bringe gerne aktuelle Beispiele: Man wollte unbedingt den Wildhainweg kaufen. Und was kann man jetzt damit machen? Ich glaube, es ist sowohl rechtlich wie planerisch äusserst heikel. Schlussendlich haben wir einfach wieder ein Gebäude gekauft. Ich weiss nicht,

ob man dort Musikinstrumente lagert oder ob man irgendwie dort wiederum für die Kultur irgendetwas macht. Aber es ist das falsche Objekt zu einem teuren Preis und wiederum völlig verfehlt. Ich komme jetzt noch zu ein paar Feststellungen. Es ist gesagt worden, wir müssten nicht so stark sparen, die Situation sei nicht so dramatisch. Ich muss sagen, wir hatten jetzt Glück, dass man diese Nachforderungen stellen konnte. Aber wenn ihr die Weltlage anschaut – durch die Strasse von Hormuz können jetzt die Schiffe wieder fahren, ich weiss nicht, wie lange es geht. Ich weiss auch nicht, wie lange es geht, bis es in der Ukraine wieder knallt. Wir haben den Taiwan-Konflikt, den China-Konflikt. Das sind für mich ganz, ganz heikel Punkte. Und wenn man einfach blauäugig darauf spekuliert, dass alles gut kommt, dann wird das scheitern. Wir haben ein Defizit. Wir haben es nicht so gross budgetiert, aber bei diesem grossen Überschuss hat man bei einer vorsichtigen Budgetierung – selbst Zürich, weiss Gott, das rot-grüne Zürich lobe ich nicht, aber die haben noch ziemliche Rücklagen machen können und die Stadt Bern eben nicht, was eben zeigt, dass wir hier ein Strukturproblem haben, dass wir ein Ausgabenprobleme und nicht im Geringsten ein Einnahmenproblem. Sonst könnte man, ich betone es noch einmal, müsste man eine Steuersenkung machen. Ich bin nachher auch angesprochen worden wegen des Schutzstatus S. Ich möchte einfach festhalten: Der Bundesrat will den Schutzstatus S für die Leute aus der Westukraine nicht mehr, zu Recht. Ich habe immer gesagt, dass die Folgen diese Romas sind, die teilweise nicht einmal aus der Ukraine sind, die teilweise aus der Slowakei oder aus Rumänien sind, dass es Probleme geben kann, dass gewisse Leute den Schutzstatus S auch ausgenutzt haben. Ich glaube, das hat man auch in den Berichten von Fachvertretern der Fremdenpolizei gesehen. Es war nicht der Feuz, der Kreuzchen und Sprachproben gemacht hat. Es hat Fälle gegeben, in denen eben die Leute den Schutzstatus S und auch gewisse Vorteile ausgenutzt haben. Und darauf habe ich gewagt hinzuweisen, gestützt auf Aussagen auch von Alexander Ott in der Rundschau und in anderen Medien, dahingehend, dass die Probleme dort erkannt sind.

Der Präsident bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Ich fasse eben noch einmal zusammen: Bei dieser Ausgangslage von 1,8 Mrd. Franken Schulden, immer noch ein grosses Defizit – es ist klar, dass die SVP hier ein konsequentes Nein sagt.

Präsident: Ich erlaube mir kurz die Bemerkung: Es ist die Sitzung zum Jahresbericht. Es ist Tradition, dass man dabei sehr grosse Klammern aufmacht. Deswegen habe ich das zugelassen. Als nächster Einzelsprecher, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Aber immerhin im letzten Satz hat sich mein Vorredner zum Jahresbericht geäussert, insofern hat er wahrscheinlich schon auch die Bemerkung des Stadtratspräsidenten gehört. Diese Diskussion, dieser Vergleich mit dem Sackgeld kommt ja immer wieder von der bürgerlichen Seite. Hört doch einfach mal auf. Das ist nicht das Gleiche. Ihr könnt doch nicht das Finanzvermögen eures Sohns oder eurer Tochter mit dem Finanzvermögen in der Grösse des städtischen vergleichen. Das ist einfach nicht stufengerecht. Und es macht auch keinen guten Eindruck, wenn man immer wieder mit dieser Kamelle kommt, die überhaupt nichts erhärtet, was mit Finanzpolitik zu tun hat. Dann möchte ich daran erinnern, dass das Wachstum der letzten Jahre nicht darauf zurückzuführen ist, dass wir uns dieses und jenes und dieses und alles gegönnt haben, sondern im Wesentlichen dem Wachstum der Stadt zu verdanken ist, die in den letzten Jahren um 4'000 bis 5'000 Leute gewachsen ist. Und diese 4'000 bis 5'000 Leute haben Anspruch auf denselben Service public wie wir alle, die wir schon länger da wohnen.

Insofern ist dieses Ausgabenwachstum auch ein Zeichen, dass es dieser Stadt gutgeht. Und ich möchte auch noch daran erinnern, dass vor nicht vielen Jahren diese Stadt, dieser Gemeinderat, dieses Parlament ein nicht ganz schmerzfreies Sparpaket FIT 1 und FIT 2 geschnürt haben, um eben in schwierigen Situationen weiterhin handlungsfähig zu sein. Damals ist es vor allem um die Situation rund um Corona gegangen.

Dann zur Diskussion über die Verschuldung: Wie stellt ihr euch das vor, diese Verschuldung einzubremsen und die Infrastruktur gleichzeitig unterhalten zu wollen? Es tut uns leid, wir haben das Geld im Moment nicht. Und die Infrastruktur, die wir aufrechterhalten müssen, und meistens mit dem ausdrücklichen Willen der Stimmbevölkerung. Wir müssen diese Infrastruktur unterhalten, wir haben sie lange genug vernachlässigt. Der Preis dafür ist die Verschuldung mit dem durchaus unattraktiven Nebeneffekt, dass wir die Kapitalmärkte mit Schuldzinsen beliefern müssen. Von links und rechts ist das kritisiert worden. Ich würde mich dem anschliessen, weil es aber einfach auch keine andere Lösung gibt, wie man dann das Marzili-Bad oder das Schulhaus dort oder die Sportanlage dort finanzieren soll, die dringend saniert werden müssen. Wir bewegen uns da einfach in einem schwierigen Gap, in einer Situation, wo wir auch für die Zukunft, auch für die nächste Generation jetzt Geld in die Finger nehmen müssen, das uns kostet, dass uns wehtut und dessen Wirkung wir uns durchaus bewusst sein müssen, denn es kann schwierig werden. Das gebe ich zu. Schliesslich noch die Diskussion zu den Steuererhöhungen. Ich meine schon statistisch gesehen muss doch ein rechter Teil des Mittelstandes, wie von rechts gesagt wird, Rot-Grün-Mitte wählen, denn sonst könnte man sich dieses Wahlergebnis gar nicht erklären. Insofern glaube ich, dass es durchaus auch den guten Steuerzahlen gutgeht, wenn Rot-Grün-Mitte eine Politik macht, wie sie seit Jahren betrieben wird. Die Steuererhöhung ist ein Thema, das seit Jahren auf dem Tisch liegt. Im Moment gibt es keinen Bedarf dafür, es gibt keine Notwendigkeit. Und wenn es eine Notwendigkeit geben sollte, dann hätten wir auch noch das Problem, dass wir damit vor dem Volk bestehen müssten, und da glaube ich, gehen wir auf jeden Fall mit Ach und Krach unter. Und wieso sollen wir uns ohne Not in so eine Situation hineinbegeben? Nur damit wir politisch Recht bekommen? In diesem Sinn würde ich im Moment davon abraten, diese Diskussion weiterzuführen. Besten Dank.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Ich möchte noch einmal als Einzelsprecherin eine Lanze brechen für die Ehrlichkeit derjenigen, die eine Steuererhöhung verlangen. Es ist nämlich so, das schleckt keine Geiss weg, dass seit Jahren, seit ich hier bin, wir uns dauernd bugsieren. Es geht immer noch gerade. Die einen reden minus 12,7 Millionen zu einer schwarzen Null um und die anderen lamentieren seit Jahren über die Verschwendungssucht der Stadtverwaltung. Dass es nicht mehr aufgeht, muss eigentlich uns allen klar sein. Und ich finde es eigentlich verdammt ehrlich zu sagen: Ja, diese Stadt leistet sich in vielen Dingen mehr als der Kanton. Ja, diese Stadt ist offenbar links-grün dominiert, auch von bürgerlicher Seite her, sonst würden die ja nicht alle immer die SP und so weiter wählen, diese Leute, die offenbar hier die Steuern bezahlen. Insofern finde auch ich, Johannes, ist es vielleicht gar nicht unrealistisch, dass diese Leute dann auch Ja sagen würden zu einer Steuererhöhung. Dann müssten wir nämlich diese Finanzmärkte, die wir so ungern bedienen, nicht auch noch bedienen wegen der Schulden. Danke vielmals für das Zuhören.

Präsident: Das Einzelsprecher, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Finanzpolitik ist quasi die Klammer allen politischen Handelns und deshalb ist es in der Natur der Sache, dass in einer Finanzdebatte auch immer die grossen Themen kommen, wie zum Beispiel eben dieser Flüchtlingsstatus S. Und ich möchte einfach hier in diesem Rat feststellen, dass Voten wie diese brandgefährlich sind, weil sie auf der falschen Faktenbasis beruhen. Es geht hier um Menschen. Die Ukraine ist unter anderem auch das Produkt des zerfallenen Habsburgerreiches, ein multikultureller Staat. In der Ukraine leben Menschen, die Ungarisch und Romanes als Hauptmuttersprache sprechen, und diese werden jetzt quasi als Nicht-Ukrainer bezeichnet ... Ich möchte mich hier nicht auf die Äste hinauslassen, aber man muss solchen Dingen entgegentreten. Es geht hier um Menschen. Und Finanzpolitik richtet sich nicht gegen Menschen, deshalb muss man hier rasch reagieren.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Der Schnellzug der Verschuldung der Stadt Bern rattert weiter. Es ist gesagt worden, die Stadt Bern verschulde sich pro Jahr um 120 Mio. Franken. Das heisst, pro Monat machen wir 1 Mio. Franken Schulden. Das ist eigentlich recht viel. Diese Schulden müssen wir auch wieder einmal zurückzahlen. Das heisst, unsere Nachkommen müssen die Schulden zurückzahlen. Und wenn wir jetzt so weiterfahren mit dieser Verschuldung, sind wir im Jahr 2029 auf 1,8 Mia. Schulden, die wir verzinsen müssen und wenn der Zinsmarkt auch noch steigt, gibt es Zinseszinsen. Irgendjemand muss das auch zurückzahlen. Mir ist aber auch klar, dass man gesund investieren muss. Mich stört einfach hier manchmal ein bisschen, dass das Parlament zu allem und zu jedem Budget immer Ja sagt. Die Stadtverwaltung, herzlichen Dank euch, ihr arbeitet sensationell, ihr spart, ihr schaut. Aber das Parlament hier rührt einfach mit der grossen Kelle an. Und auch was muss dann sein? Es müssen Sparpakete gemacht werden von unseren Mitarbeitern. Die sollen das nachher wieder auslöffeln, was halt manchmal nicht mehr so einfach ist. Die Eigenkapital der Stadt schmilzt. Und irgendwie sollte man schauen, dass man vor allem die Ausgaben ein bisschen bremst oder priorisiert. Denn es hat niemand gern, dass wir unsere Nachkommen eine zu grosse Überschuldung hinterlassen. Deshalb sage ich: In Zukunft müssen wir ganz klar den Franken zweimal umdrehen, bevor wir ihn ausgeben. Es gibt die alte Bauernregel: Gib nicht mehr aus, als du einnimmst, dann hast du in der Not. Sparen eben dann, wenn es möglich ist. Und das passiert hier eben leider selten. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Ich möchte noch ganz kurz etwas zur Erhöhung der Steuern in der Stadt Bern sagen. Wir haben uns seitens der Finanzkommission extensiv mit der Frage auseinandergesetzt: Wie viel Geld würde es zukünftig in die Kassen der Stadt Bern spülen, wenn wir da etwas erhöhen würden? Und die Schlussfolgerung war, dass die zusätzlichen Einnahmen wegen den zusätzlichen Effekten, die damit verbunden wären, wenn man Steuern erhöhen würde, denn es könnte auch sein, dass gewisse Unternehmen abwandern, dass die Zusatzeinnahmen minimal wären. Und einer der Gründe, warum dieser Effekt minimal sind, ist der Finanz- und Lastenausgleich. Man müsste wieder so viel in den Kanton einspeisen, dass der Handlungsspielraum für die Stadt klein wäre. Neben der politischen Herausforderung, eine solche Vorlage vor dem Volk durchzubringen, wäre sie auch finanziell nicht sehr einträglich. Ich möchte das hier einfach einmal gesagt haben: Wenn man über die Steuererhöhung

– was wir heute nicht machen – diskutieren, sollten wir auch auf der Basis von Fakten überlegen, was das bringt. Das gesagt zu haben, denke ich, brauchen wir auch seitens der Finanzkommission, diese Diskussion ja gar nicht mehr weiter zu verfolgen.

Präsident: Danke, als nächster Einzelsprecher, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Jetzt hätte ich mir das Votum fast sparen können, weil meine Vorrednerin genau auf das eingegangen ist. Ich möchte einfach noch sagen: Steuern erhöhen? Man könnte auch Steuern senken, denn die Städte, denen es in der Schweiz sehr gut geht, haben tiefe Steuern. Und wir müssen, wenn wir über Steuern reden, dann doch noch über die Unternehmensteuer reden. Denn die ist sehr hoch im Kanton Bern und in der Stadt Bern. Und das Problem dort ist vor allem, dass grosse Unternehmen, Büros, können einfach irgendwo hingehen, aber ich habe zum Beispiel ein KMU, eine Apotheke. Ich kann meine Apotheke schon irgendwohin verlegen. Aber dann hat es keine kleinen Betriebe mehr. Egal, ob das ein Restaurant ist, ob das alle anderen sind, aber die müssen das in der Stadt Bern machen, ausser man will Grosskonzerne, die alles aufkaufen, eine Holding machen und nachher irgendwo auf den Bahamas Steuern zahlen. Und deshalb ist es schon wichtig, dass wir attraktiv bleiben. Und die grosse Gefahr ist noch: Wenn man plötzlich viel mehr Geld hat, gibt man auch viel mehr aus. Am Schluss bleibt dann etwa gleich wenig. Deshalb muss man einfach lernen zu haushalten, im Wissen, dass das Ganze nicht einfach ist. Aber ich plädiere einfach dafür, die Steuern sicherlich nicht zu erhöhen, weil es unattraktiv ist und es vor allem auch für die kleinen Unternehmen unattraktiv ist. Und es bringt genau das, was viele nicht wollen: Grosse Unternehmen mit irgendwelchen Finanzkonstrukten, weil es sonst einfach nicht mehr attraktiv ist. Danke.

Präsident: Merci. Alexander Feuz hat zu diesem Traktandum bereits zweimal gesprochen. Gemäss Ratsreglement kann man sich angesprochen fühlen. Alexander Feuz fühlt sich angesprochen und ich gebe ihm maximal eine Minute für eine kurze Replik.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich fühle mich effektiv angesprochen. Ich muss sagen, die Sachen, auf die ich mich beziehe, standen in einem NZZ-Artikel, der Zeitung, bei der mein Kollege Georg Häsler arbeitet. Er stammt vom 10.2.2024. Eine Frau Szöllösi hat darauf hingewiesen: "Die Roma mit Schutzstatus S sind fast schweizweit ein Thema. Seit letztem Sommer würden zunehmend mehr Roma-Gruppen in der Schweiz ohne ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen zu müssen (...)" Die zweite Aussage, bei der ich mich auf Alexander Ott bezogen habe, kann ich ebenfalls belegen. Ich schiesse nicht aus der Hüfte, ohne die Sache abgeklärt zu haben. Und dort habt ihr ebenfalls einen Artikel, woraus man eben ersieht: "Roma-Familien missbrauchen Ukraine-Pass, müssen Geld zurückzahlen." Das ist ein Artikel von Nau vom 7.5.2024 von Alexander Ott, der auf die Problematik hinweist. "Einige Personen konnten bereits angehalten werden und wurden dem SEM gemeldet. Ein allfälliger Entzug des Schutzstatus' obliegt der Bundesbehörde." Also: "Fake-Ukrainer haben das Land verlassen." Das gibt es.

Präsident: Merci, Alex. Das war deine Minute. Wir sind in einer Finanzdebatte. Gibt es weitere Einzelvoten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall, dann hat die Finanzministerin zur Finanzdebatte das Wort, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich danke den Fraktionen für die engagierte Auseinandersetzung mit dem Jahresbericht für das Jahr 2024 der Stadt Bern, insbesondere dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2024, insbesondere auch der Sachkommission und der Referentin und auch für die gute Zusammenarbeit. Ich danke natürlich auch den Mitarbeitenden der Stadt, allen voran den finanzverantwortlichen Dienststellen und dem Finanzverwalter, der da sitzt, und seiner Crew für das Ausarbeiten des Jahresberichts 2024. Sie, geschätztes Parlament, haben die Rechnung 2024 nun schon verschiedentlich gewürdigt. Der Gesamtgemeinderat ist heute hier nicht ganz komplett, um für den gesamtstädtischen Bericht, aber natürlich auch als Direktionsvorstände, als Verantwortliche ihrer jeweiligen Globalbudgets, vor Ort zu sein. Die Rechnung 2024 der Stadt Bern schliesst mit einem Defizit von 12,2 Mio. Franken ab. Das erste Defizit nach 3 Jahren mit Überschüssen, denen ebenfalls Jahre mit Defiziten vorangingen. Gegenüber dem Budget 2024, das ein Minus von 39,1 Mio. Franken vorsah, hat sich, wie wir nun verschiedentlich gehört haben, das Minus um rund 27 Franken reduziert. Eine Binsen-Wahrheit sagt, dass uns ein Budget zwar zeigt, was wir uns nicht leisten können, aber es hält uns nicht davon ab, die Ausgaben dennoch zu tätigen. Und so ist dann auch das Jahresergebnis 2024 stark beeinflusst durch einen ausserordentlich hohen Steuerertrag. Er ist tatsächlich ausserordentlich. Die Stadt nahm insgesamt 40,8 Mio. Franken mehr ein, nicht nur als budgetiert waren, das sind 7,2% über dem erwarteten Betrag. Sondern auch gegenüber dem Vorjahr beträgt der Zuwachs fast 23 Mio. Franken. Besonders stark stiegen die Erträge bei den natürlichen Personen, das ist eher ungewöhnlich, unter anderem aufgrund von Kapitalleistungen. Aber auch juristische Personen sowie Liegenschafts- und Grundstückgewinnsteuern haben deutlich mehr eingebracht, als man gerechnet hatte. Das ist vor allem Ausdruck von einem, nämlich einer prosperierenden und attraktiven Stadt, einer wachsenden Bevölkerung, auch einer zufriedenen Bevölkerung, die uns glücklicherweise ihre Steuern bezahlt, einer florierenden Wirtschaft, die gerne hier arbeitet und Wertschöpfung schafft. Im Wirtschaftsraum Bern wird pro Kopf schweizweit das höchste BIP erarbeitet. So zeigt denn auch die Steuerentwicklung der letzten 5 Jahre eine kontinuierliche Zunahme um rund 100 Mio. Franken und das ist natürlich erfreulich.

Was nicht so erfreulich ist, ist, dass trotz dieser Ausgangslage die Stadt Bern ihre Reserven nicht aufräumen kann. Man musste sogar auf die finanzielle Notfallreserve zurückgreifen mit diesem Resultat. Die finanzpolitische Reserve sinkt durch die Defizitdeckung auf 94,5 Mio. Franken. Damit liegt sie deutlich unter der Zielbandbreite von 120 bis 180 Mio., wie die aktuell geltende städtische Finanzstrategie vorgibt. Und damit wird eine nun doch im Verhältnis zum Gesamthaushalt recht klein angelegte finanzpolitische Reserve, die eigentlich für ungeplante Ereignisse und Entwicklungen vorgesehen ist, aufgebracht, um regulär bestellte Ausgaben zu finanzieren, die sich die Stadt mit den ihr verfügbaren Einnahmen eigentlich gar nicht leisten kann zu tätigen. Nun, das Paradox, das sich in der Rechnung 2024 abzeichnet, also stark steigende Einnahmen und dennoch rote Zahlen, macht deutlich: Die Stadt Bern hat mit dem aktuellen Aufgabenportfolio gar nicht die Möglichkeit, sich finanzpolitischen Handlungsspielraum für die Gestaltung der Zukunft zu schaffen. Höhere Einnahmen generieren aktuell keinen Überschuss. Der allgemeine Haushalt bleibt defizitär, trotz aussergewöhnlich guter konjunktureller Rahmenbedingungen. Und das erachtet der Gesamtgemeinderat als nicht nachhaltig. Kommen wir nun zur Investitionsrechnung. Auch hier haben wir schon gehört, zeigen sich Herausforderungen. Mit rund 136,5 Mio. Franken Nettoinvestitionen lag die Stadt um 46,9 Mio. Franken unter den maximal geplanten Investitionen, was einer Realisierungsquote von etwa 74,4% entspricht. Das ist so circa im realistischen

Rahmen. Gerade bei aufwändigen Infrastrukturprojekten oder etwa Stadtentwicklungsprojekten ist es natürlich unmöglich, alles genauso umzusetzen, respektive genau in dem Jahr umzusetzen, indem man es ins Budget einstellte. Schon nur die Verfügbarkeit von Fachkräften setzt hier eine Grenze.

Eine wirkliche Herausforderung ist es aber, dass die Stadt Bern 2024 nur 48,7% ihrer Investitionen selbst finanzieren konnte. Das führte zu einer Finanzierungslücke von 70 Mio. Franken, die als Fremdkapital aufgenommen wurden. Und die Aufnahme von Fremdkapital ist für eine Stadt, insbesondere für eine so wirtschaftsstarke Stadt wie die Stadt Bern, nicht im Grundsatz ein Problem, im Gegenteil sogar sinnvoll. Allerdings gilt auch für die Stadt Bern die Regel, dass Investitionen in die Grundsubstanz, also Brücken und andere Infrastruktur, die den Wert der Stadt Bern für künftige Generationen ausmacht, mittelfristig selbst finanzieren sollte. Und das heisst nichts anderes, als dass dann auch der Wert wieder hergestellt ist und die nächsten damit arbeiten und leben können. In der Stadt wird dieser Zeitraum über 6 Jahre gerechnet, inzwischen sind wir aber auch hier bei einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 50%. Das heisst, wir erhalten den Wert der Stadt Bern auf Vorschuss, und zählen darauf, dass unsere Investitionen in Wachstum uns befähigen, künftig Überschüsse zu erzielen, um den Anteil Fremdfinanzierung zu reduzieren. Wir zählen also darauf, dass in Zukunft das Budget so viele Überschüsse generiert, dass es dafür reicht, die Investitionen in den Werterhalt der Stadt Bern zu decken. Bis dahin gilt aber, dass die städtische Verschuldung weiter ansteigt, um 120 Mio. Franken auf neu 1,5 Milliarden Franken. Davon entfallen 70 Mio. auf langfristige und 50 Mio. auf kurzfristige Schulden. Der Brutto-Verschuldungsanteil liegt so per Ende 2024 bei 134,2 Prozent des laufenden Ertrags, also unter der mit der Finanzstrategie vorgegebenen Maximalgrenze von 140%. Das ist derselbe Wert, der auch vom Kanton Bern als Richtgrösse für Gemeinden angeführt wird. Der immer noch andauernde Investitionsboom der Stadt ist zudem ja auch alternativlos – für Schulen und weitere Infrastrukturen, aber auch in kluges Wachstum. Die Kennzahlen zeigen, dass die Stadt Bern bereits seit mehreren Jahren die aktuell geltenden finanzstrategischen Ziele nicht vollständig erreicht. Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung 2021 bis 2026 liegt im Durchschnitt bei minus 12,2 Mio. Franken, anstatt ausgeglichen zu sein. Die Selbstfinanzierungsquote beträgt im gleichen Zeitraum nur 53,3%. Und die Eigenkapitalreserven liegen noch unter dem definierten Band. Die Rechnung 2024 bringt damit nicht nur Zahlen, sondern vermittelt nach Meinung des Gemeinderats auch einen Handlungsbedarf. Er hat daher für den AFP 2026 bis 2029, den Sie im Herbst dieses Jahres diskutieren werden, einen finanzpolitischen Kompass beschlossen, der sich zu einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen bekennt. Entsprechend hat der Gemeinderat gerade letzte Woche, das haben Sie vielleicht mitbekommen, ein Budget für 2026 veröffentlicht, das diesem Kompass gerecht wird und mit dem Sie sich als Parlament natürlich in den nächsten Wochen und Monaten auseinandersetzen werden.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihr Interesse am Jahresbericht 2024, freue mich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit in dieser Legislatur. Der Gemeinderat hat diesen Bericht am 23. April dieses Jahres beschlossen. Die Rechnung haben wir bereits am 26. Februar 2025 beschlossen. Wir beantragen Ihnen nun die Genehmigung des Jahresberichts, wie er vorliegt mit dem Bericht des Gemeinderats Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung und dem Bericht zu den Direktionen und Dienststellen und beantragen Ihnen Kenntnisnahme der Nachkredite zu den Globalkrediten, die in der Kompetenz des Gemeinderats lagen, und die Kenntnisnahme des Berichts des Rechnungsprüfungsorgans.

Präsident: Das waren auf die Sekunde genau 10 Minuten. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen uns keine Planungserklärungen vor. Wir stimmen also direkt über den soeben gehörten Antrag des Gemeinderates ab. Wenn ihr diesem zustimmt, stimmt ihr Grün, sonst Rot, und wenn ihr euch Enthaltet, Weiss.

Abstimmung Nr. 004

2024.FPI.0084

Annahme

Ja	40
Nein	15
Enthalten	9

Präsident: Ihr stimmt dem Bericht des Gemeinderates zu.

2013.SR.000100

5 Tätigkeitsbericht 2024 der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 5. Das ist der Bericht an den Stadtrat, der Tätigkeitsbericht 2024 unserer Geschäftsprüfungskommission. Ich erteile das Wort für die Kommission GPK, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Kommission: Ich stelle euch jetzt den Tätigkeitsbericht 2024 der GPK vor. Zuerst zur Einordnung: Nach Art. 20 des Geschäftsreglements kontrollieren wir Zweckmässigkeit, Recht und Gesetzesmässigkeit und – immer wichtiger – die Wirksamkeit des Verwaltungshandelns. Als parlamentarische Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderates und der Verwaltung sind wir auch für die ausgelagerten Betriebe, also EWB, Bernmobil und die Personalvorsorgekasse zuständig. Und in Vertretung des Stadtrats fungieren wir zugleich als direkte Vorgesetzte der Ombudsperson und der Datenschutzaufsicht. Ich möchte euch an dieser Stelle nur ein paar Schwerpunkte ein bisschen ausführlicher vorstellen und habe einfach so ein paar Fan Favorites herausgepickt und skizziere, was uns bewegt hat, was wir herausgefunden haben, und empfehle ich euch den Bericht zur Lektüre. Es ist ziemlich interessant, was wir gemacht haben, insbesondere auch dieses Jahr, in dem der Bericht ziemlich ausführlich ausgefallen ist. Wie ihr wisst, befinden wir uns seit 2 Jahren in einer Neuorganisation unserer Aufsicht. Und ein Ergebnis dieser Neuorganisation ist eben dieser ausführlichere Bericht, damit auch die Öffentlichkeit besser sieht, was wir tun. Eine direkte weitere Folge ist auch das sogenannte Referent*innensystem, bei dem jedes Mitglied der Kommission eine Direktion im Auge behält. Dieses wurde zwar bereits im Jahr 2023 eingeführt, aber ich erwähne es trotzdem noch einmal, weil es sich eigentlich erst dieses Jahr vollumfänglich bewährt und etabliert hat. Denn dieses System hat konkret dazu geführt, dass die GPK vom Gemeinderat zu verschiedenen Vorkommnissen aktiv Auskünfte einverlangt hat, meistens durch sogenannte Fragenkataloge, aber auch im direkten Gespräch. Dieses Vorgehen hat unsere Kontrolle nicht nur systematischer gemacht, sondern auch die Präsenz als Aufsichtsorgan gestärkt. Parallel dazu haben wir durch ein Gutachten von Christian Rüefli unsere Instrumente auf Wirksamkeit geprüft. Gemeint ist nicht etwa Wirtschaftlichkeit, das ist wichtig zu betonen, sondern die

Frage: Erreichen Massnahmen ihre Ziele? Es geht also darum zu fragen, ob das, was man will, durch das, was man macht, erreicht wird, und ob das effizient ist oder ob etwas anderes geeigneter wäre. Das zu prüfen ist irgendwie zentral und dabei wollen wir auch helfen. Deshalb steht uns auch ab Budget 2025 erstmals ein eigener Top für externe Fachgutachten zur Verfügung.

Wie eben erwähnt, haben wir dank dem Referent*innensystem gezielt Fragen zu konkreten Entwicklungen stellen können. Dieses Jahr haben wir einiges geleistet. Ich werde hier nur 2-3 Themen skizzenhaft abbilden. Ein Thema war natürlich das Farbsack-Trennsystem, dessen Probleme ich an dieser Stelle, glaube ich, nicht weiter erläutern muss. Wir wollten da unter anderem wissen, wie es zu dieser Fehleinschätzung kam und was daraus gelernt wurde. Die Verwaltung räumte zwar Fehler ein und erste Analysen seien erstellt worden, das Projekt beruhte aber auf mangelhaften Grundlagen. Warnzeichen wurden ignoriert, Bedenken zur Seite geschoben. Und zudem gab es keine Dokumente zu internen Fehleranalysen, die für zukünftige Projekte irgendwelche Schlüsse zulassen würden. Die vom Gemeinderat bei jeder Gelegenheit betonte wichtige Fehlerkultur scheint also in diesem Fall nicht gegriffen zu haben. Und das ist für uns ein klares Beispiel für ungenügendes Projektmanagement, wozu wir dann auch Verbesserungen gefordert haben. Ein positives Beispiel wäre der Umgang mit "Mobility as a Service", zu dem wir auch Informationen eingeholt haben. Die Stadt Bern begleitete das Projekt von Anfang an kritisch und entschied sich so frühzeitig, sich aus dem risikoreichen Verbundprojekt zurückzuziehen. Das war mutig und auch der richtige Schritt, wie sich herausstellte. Auch die Themen betriebliches Gesundheitsmanagement und Personalführung rückten 2024 erneut in den Fokus der GPK, insbesondere auch im Rahmen unserer Delegationsbesuche. Bereits im Vorjahr hatten wir dazu Fragen gestellt und empfohlen, Personalfragen directionsübergreifend besser zu koordinieren, wenn nicht gar zu zentralisieren, und das Gesundheitsmanagement stattweil zu synchronisieren. 2024 haben wir dann nochmals bei allen Direktionen, sowie bei der zuständigen Direktion FPI, nachgehakt. Dabei ging es um konkrete Massnahmen für ältere Mitarbeitende, um Statistiken zu krankheitsbedingten Abwesenheiten, IV-Anmeldungen, Umplatzierungen und so weiter. Die Antworten darauf lieferten uns dann ein klareres Bild und wir werden weiterhin beobachten, ob darauf nachhaltige Massnahmen folgen. Weiter haben wir etwa Fragen zum Demoverbot im Winter 2023/2024 oder zur Vergabe des Parkcafés Elfenau gestellt.

Ihr seht, wir sind ziemlich breit aufgestellt in unseren Interessen. Und auch die Delegationsbesuche 2024 waren natürlich wichtig. Im Zentrum standen dieses Jahr drei Fragestellungen. Erstens das betriebliche Gesundheitsmanagement, zweitens das Qualitätsmanagement, also die Frage, wie Prozesse in der Verwaltung dokumentiert, gesteuert und verbessert werden, und drittens auch die schon erwähnten Wirksamkeitsprüfungen. Diese Themen wurden dann in Gesprächen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung vertieft. Die Rückmeldungen aus den Direktionen haben wir dann systematisch ausgewertet. Daraus ist ein Fazit mit Empfehlungen entstanden, das wir Anfang 2025 dem Gemeinderat übergeben haben. Wir erwarten hier, dass diese Empfehlungen ernst genommen werden, und werden hinschauen, wie und ob die umgesetzt werden. Die Einführung der Software Citysoftnet war auch ein wiederkehrendes Thema. Auch dazu muss ich wahrscheinlich nicht sagen, warum. Die Verwaltung hatte einen Bericht der Revisionsgesellschaft PWC dazu in Auftrag gegeben. Um dessen Aussagen fachlich einordnen zu können, hat die GPK wiederum eine eigene Evaluation durch einen externen Experten veranlasst. Mit Rechtsanwalt Fischer konnte ein ausgewiesener Experte gewonnen werden, der auch auf Bundesebene arbeitet, uns seine Einschätzungen zu diesem Bericht in einer Evaluation mitzuteilen. Fischer kam in seiner Evaluation

zum Schluss, dass der PWC-Bericht grundsätzlich korrekt und nachvollziehbar sei. Er erläuterte uns in einer Sitzung die Grundlagen erfolgreicher IT-Projekte. Dazu gehören klare Zieldefinitionen, eine realistische Projektsteuerung, klare Rollenverteilung, Change Management und ausreichende Ressourcen. Anhand dieser Kriterien bewertete er dann Citysoftnet und kam zu einem doch eher das kritische Gesamturteil. Die Hauptkritik war, dass das Projekt nicht als ganzheitlicher Transformationsprozess, sondern lediglich als technisches IT-Projekt verstanden wurde. Fach- und IT-Seite arbeiteten in getrennten Projekten. Mitarbeitende wurden nicht rechtzeitig eingebunden oder auf neue Abläufe vorbereitet, und es fehlte an verbindlichen Prozessbeschreibungen, Schulungen sowie klarer Kommunikation. Auch die Rolle der Dienstleister wurde massiv unterschätzt. Im Frühling 2025 haben wir dann eigene Empfehlungen für künftige Digitalprojekte vorgelegt. Wir werden im Folgejahr weiter darüber berichten. Vorausblickend kann ich schon einmal betonen, dass unsere Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit Fischer für alle ziemlich lehrreich war, auch für den Gemeinderat und für die Verwaltung. Das so als Überblick.

Natürlich haben wir uns beispielsweise auch unserem Lieblingsthema, der GRSR-Teilrevision gewidmet. Aber eben: Lest doch einfach den Bericht. Dort steht eigentlich alles ziemlich ausführlich drin, was wir gemacht haben, und was ich jetzt nicht erwähnt habe. Zum Schluss: Die Geschäftsprüfungskommission hat im Jahr 2024 intensiv, systematisch und selbstkritisch gearbeitet. Wir haben unsere Aufsicht neu strukturiert oder diese Neustrukturierung weiter vorangetrieben, kritisch nachgehakt, auf Missstände hingewiesen und Impulse zur Verbesserung gegeben. An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei der Geschäftsleitung und der Redakteurin für ihre tolle Arbeit, und der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Offenheit und die konstruktive Zusammenarbeit. Im Namen der GPK beantrage ich euch, den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis zu nehmen. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Ein schöner Aufruf: Lest den Bericht. Gibt es Diskussionsbedarf? Das ist der Fall ist. ich erlaube mir einfach noch kurz die Bemerkung, weil darum gebeten wurde, den Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen: Wir nehmen ihn ohne Wertung zur Kenntnis. Szabolcs Mihályi hält das ein Fraktionsvotum für die Fraktion SP-JUSO. Bitte allfällige weitere Fraktionsvoten anmelden.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Die Arbeit der GPK hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, das haben wir gerade gehört, und dies ist im Bericht klar erkennbar. Eine grössere Transparenz im Rahmen der strengen Geheimhaltung ist eines der Ziele, darum dieser ausführliche Bericht. Der ausführliche Bericht ist ein wichtiges Mittel dieser Transparenz. Die Arbeit der Aufsichtskommission inklusive der GPK ist zu Recht vertraulich. Aber ich glaube, wir können als SP sehr begrüßen, dass nach dem Abschluss der getanen Arbeit innerhalb der GPK eine derartige Transparenz geschaffen wird. Es ist durchaus richtig, dass die Arbeit der GPK geheim ist. Sonst könnte man die notwendigen Untersuchungen nicht unabhängig durchführen, auch die Beaufsichtigung nicht. Aber es ist das gute Recht der Öffentlichkeit, der Stadtratsmitglieder, der Medien, zu wissen, was sich dort eigentlich genau ergeben hat. Enttäuschend ist auch dieses Jahr, dass diverse Vorschläge der GPK durch den Gemeinderat nur zögerlich oder gar nicht übernommen wurden. Die GPK ist wohl gemerkt nicht da, um dem Gemeinderat oder der Verwaltung das Regieren abzunehmen. Aber wo Fehler und Mängel offensichtlich sind, wie es beispielsweise bei Citysoftnet und allem Drumherum offensichtlich wurde, ist es unabdingbar, die Arbeit der GPK ernst zu nehmen. Wir prüfen

schliesslich hier im Namen des Stadtrats als GPK und somit der Bevölkerung die Rechenschaft der Regierung und der Verwaltung. Auch hat die GPK wiederholt auf strukturelle oder chronische Mängel in der Verwaltung hingewiesen, die durch einen Wechsel in der Direktionsleitung bzw. der direkten politischen Verantwortung allein nicht automatisch behoben sind. Auch in der neuen Legislatur sind noch Probleme offensichtlich. Wir hoffen, dass der Gemeinderat dies entsprechend aufnimmt. Nämlich beim Projektmanagement, sei es bei Citysoftnet oder dem Farbsack-Trennsystem, zeigt sich viel Verbesserungspotenzial. Da jetzt letztes Jahr die Legislatur endete, war auch die Beurteilung der Legislaturziele in der GPK ein Thema. Hier ist es natürlich schade, dass nicht alle Ziele von Anfang an klar messbar formuliert wurden. Das steht auch so im Bericht, aber vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum der neue Gemeinderat nun Legislatorschwerpunkte statt Ziele formuliert hat, wie wir das diese Woche gesehen haben. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Weitere Voten aus dem Saal? – Theoretisch könnte sich der Gemeinderat dazu äussern. Er verzichtet. Wir nehmen den Bericht der GPK zur Kenntnis. Vielen Dank der GPK für diesen Bericht.

2004.SR.000166

6 Tätigkeitsbericht 2024 der Ombudsstelle der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 6. Auch das ist ein Bericht, den wir ohne Abstimmung einfach zur Kenntnis nehmen. Es ist der Tätigkeitsbericht 2024 der Ombudsstelle der Stadt Bern. Hier hat für die vorberatende der Kommission GPK das Wort, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Kommission: Heute werden wir über den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024 und im nächsten Traktandum auch jenen der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz zur Kenntnis nehmen, wie ich gerade erfahren habe. Wir hätten ihn euch gerne als positiv zur Kenntnisnahme empfohlen, aber so empfehlen wir ihn euch zur Kenntnisnahme. Wie in den letzten Jahren bietet der Bericht einen sehr spannenden Einblick in die Arbeit der Ombudsstelle, einerseits mit dem Schwerpunktthema, aber auch mit den Fällen in die Praxis, die nach verschiedenen Dienststellen geordnet sind. Neu ist dieses Jahr, dass es eine Übersichtsseite gibt, wo man ein paar Zahlen zu diesem Berichtsjahr sieht. Mit dieser würde ich auch gerne beginnen. Es wird aufgezeigt, dass im Jahre 2024 wiederum ein Rekord an bearbeiteten Fällen verzeichnet wurde. Es waren 319 Fälle, die 2024 in der Ombudsstelle behandelt wurden, das sind 50 Fälle mehr als letztes Jahr. Im Vergleich zum letzten Jahr sind vor allem die verwaltungsexternen Fälle angestiegen, die verwaltungsinternen blieben auf dem gleichen Level wie im Jahr 2023. Und ein Drittel der Fälle wurden innerhalb von 20 Tagen abgeschlossen und ein weiterer Drittel innerhalb von 2 Monaten. Dieses Jahr war das Schwerpunktthema im Berichtsjahr "Behördliches Ermessen: eine Einordnung". Das Thema widmet sich der zentralen Herausforderung für die Verwaltung, die sich nicht nur an gesetzliche Vorgaben halten muss, sondern im Einzelfall auch im Sinne von Recht und Billigkeit entscheiden soll. Das gehört eben zu den gesetzlichen Vorgaben, die sie hat. Die Ombudsstelle stellt dabei fest, dass Verwaltungsbehörden oftmals aus der Befürchtung vor Ungleichbehandlung oder vor der Schaffung von Präzedenzfällen auf die Ausübung dieses Ermessensspielraums verzichten, obwohl sie eben dazu verpflichtet wären, die gesetzlichen Spielräume auszuschöpfen, dort, wo es angebracht

ist. Die Ombudsstelle fordert deshalb, ich zitiere aus dem Bericht, "eine mutige und bürgerfreundliche Ausübung des Ermessens, die der individuellen Situation der Bürgerin gerecht wird und gleichzeitig die Rechtmässigkeit sowie die Gleichbehandlung gewährleistet." Im Namen der GPK möchte ich mich sehr herzlich bei Mirjam Graf und ihrem Team bedanken. Und, wie gesagt, wir würden den Bericht gerne positiv zur Kenntnis empfehlen. Dieser Bericht ist wie jedes Jahr sehr spannend.

Präsident: Es besteht Diskussionsbedarf, weil die GB/JA! gerne ein Fraktionsvotum halten möchte. Allfällige weitere Fraktionsvoten bitte anmelden. Dann für die Fraktion GB/JA!, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Danke, ich möchte mich auch im Namen der GB/JA!-Fraktion sehr herzlich bei Mirjam Graf und den Mitarbeitenden der Ombudsstelle für ihre wichtige Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Für unsere Fraktion ist die Arbeit der Ombudsstelle sehr wichtig und wir sind überzeugt, dass solche unabhängigen Stellen grundsätzlich sehr wichtig sind, um das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken, gerade für Menschen, die bisher vielleicht negative Erfahrungen gemacht haben. Wir haben auch das Schwerpunktthema, das ich vorhin als Kommissionssprecherin erläutert habe, als sehr relevanten Fokus empfunden, da das eine herausfordernde Schnittstelle zwischen ganz strengen Regeln und intuitiv gesundem Menschenverstand, wie man ja eigentlich zu handeln hätte, ist. Und wir können uns hier der Forderung der Ombudsstelle nur anschliessen, dass im Zweifelsfall eine mutige und bürger*innenfreundliche Ausübung des Ermessens als Richtwert dafür genutzt werden soll, wie entschieden wird. Unsere Fraktion hat, wie auch in den vergangenen Jahren, den Aufbau des Tätigkeitsberichts sehr geschätzt, weil es einen sehr praktischen Einblick in die Arbeit gibt, einen sehr anschaulichen Einblick, und die Wichtigkeit der Ombudsstelle in ganz vielen verschiedenen Bereichen herausstreicht. Wir werden den Bericht auch zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Merci. Für die Fraktion SP-JUSO, Frau Altstadtratspräsidentin Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP) für die Fraktion: Im Namen der SP-JUSO-Fraktion möchte auch ich mich ganz herzlich bedanken bei unserer Ombudsfrau Mirjam Graf und selbstverständlich auch bei ihrem Team. Der Tätigkeitsbericht zeigt sehr gut auf, was für eine Arbeit sie geleistet haben, wie engagiert sie waren und dass sie eine zentrale Funktion als Brücke zwischen Verwaltung und der Bevölkerung übernommen haben. Und das zeigt auch der Anstieg der Fälle um 20%. Es ist enorm wichtig, dass wir eine unabhängige Ombudsstelle haben. Der Tätigkeitsbericht zeigt auch verschiedenen Handlungsbedarf in besonders sensiblen Bereichen, zum Beispiel beim Sozialdienst und beim Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS). Wir haben etwas davon gehört. Wir sprechen von mangelnder Transparenz bei den Finanzen, von sehr langen Wartezeiten und davon, dass auch das Bundesrecht teilweise nicht eingehalten wird. Das ist unhaltbar. Und hier braucht es ganz dringend Lösungen in der Zusammenarbeit mit der Ombudsstelle. Und natürlich müssen wir hier auch politisch aktiv werden. Wir kritisieren ebenfalls die Zurückhaltung bei der Ausübung des behördlichen Ermessens, weil gerade in schwierigen Lebenslagen es zentral ist, dass die Verwaltung individuelle, mutige und gerechte Lösungen finden kann. Wir unterstützen die Forderung der Ombudsstelle, dass die Verwaltung bürger*innennah und lösungsorientiert sein muss. Und an dieser

Stelle möchte ich mich noch einmal ganz, ganz herzlich bedanken für diese wichtige Arbeit.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GLP-EVP, Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Nachdem ich am Montag diesen Kommunikationsworkshop doch sehr geschätzt habe, muss ich nun schauen, ob ich etwas davon gebrauchen kann. Der Bericht der Ombudsstelle ist wirklich extrem spannend. Ich möchte allen ans Herz legen, diesen zu lesen. Er ist sehr übersichtlich, sehr schnell gelesen und äusserst spannend, nicht nur für GPK-Mitglieder. Uns sind vor allem auch die Feststellungen wichtig, die beim EKS gemacht wurden, weil die Betroffenen, die aus finanziellen Gründen verbeiständet werden, selber nicht mehr Vertrauen haben können in die Beistände, die überlastet sind und den Überblick über die finanzielle Lage der betroffenen Personen verlieren. Sich sie sich dann mit einer Klage an den Kanton wenden sollten, ist das doch schon fragwürdig, wenn sie ja schon bedürftig und verbeiständet sind. Und ich glaube, solche Missstände, die durch die Ombudsstelle aufgedeckt werden, sind wirklich exemplarisch dafür, wie wichtig diese Ombudsstelle ist. Dasselbe auch bei den städtischen Kitas, wo doppelte Bezahlungen wegen mangelnder Informationen über das Kündigungswesen oder auch nicht mangelnder, sondern divergierenden Informationen darüber, wie man kündigen muss, so dass es für den Kitaplatz zu doppelten Zahlungen führen kann. Ohne die Ombudsstelle würden diese Konflikte nicht gelöst. Und in diesem Sinne möchte ich mich im Namen der GLP/JGLP-EVP-Fraktion bei der Ombudsstelle herzlich bedanken für ihre getätigte Arbeit.

Präsident: Vielen Dank. Ich weiss nicht mehr, welche Votumform aus diesem Workshop das war. Aber du wirst es mir noch sagen. Ich finde, du hast das sehr gut gemacht. Für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Ombudsstelle: Im Namen der SVP möchten wir uns herzlich bedanken für die geleistete Arbeit, die Frau Graf mit ihr Team macht. Es ist eine sehr gute Leistung. Ihr seht: Um 20% haben die Fälle zugenommen. Es ist ein Bedarf dafür da, dass man zu einer neutralen Stelle gehen kann, dass man dort das Herz ausschütten darf und das auch entsprechend diskret behandelt wird. Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich Frau Graf und ihrem Team den besten Dank für die geleistete Arbeit aus. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Auch hier könnte theoretisch der Gemeinderat etwas sagen – ist nicht gewünscht. Somit nehmen wir auch diesen Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2021.SR.000032

7 Tätigkeitsbericht 2024 der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7. Auch das ist ein Bericht. Es geht um den Tätigkeitsbericht 2024 der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) der Stadt Bern. Für die vorberatende Kommission GPK erteile ich das Wort an Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Kommission: Die Datenschutzstelle ist ein Unternehmen der Stadt Bern, das beaufsichtigt wird von der Geschäftsprüfungskommission. Wir haben 2- bis 3-mal Gespräche, die wir auf der Datenschutzstelle mit Sophie Graf (recte Haag) und ihrem Team durchführen. Es gibt nur Positives zu berichten. Es ist so, dass die Datenschutzstelle sehr, sehr eng mit der IT-Sicherheit von Informatik Stadt Bern zusammenarbeitet. Das freut uns von der Geschäftsprüfungskommission. Wenn ihr den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle anschaut, ist der eigentlich sehr gut gegliedert, von 1 bis und mit 7 Punkten. Ihr seht darin das Vorwort. Ich möchte nicht ins Detail gehen. Ihr seht aber auch den Rückblick, das, was in der Datenschutzstelle gelaufen ist. Man sieht auch, dass die künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung auch angefangen hat, und dass sie auch eine Herausforderung ist, vor allem mit dem neuen Datenschutzgesetz, so dass die Datenschutzstelle dort auch eine Vorkontrolle macht. Man muss sagen: die Arbeit, die sie geleistet haben, nehmen wir aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission wertschätzend und sehr gut zur Kenntnis. Und wir freuen uns auch im neuen Jahr wieder mit Frau Haag und ihrem Team zusammenzuarbeiten. Ich danke Frau Graf (recte Haag) für alles, was sie im vergangenen Jahr geleistet hat. Und ich hoffe weiter auf eine gute Zusammenarbeit. Ich gehe jetzt nicht weiter auf den Datenschutzbericht ein. Ihr seht – er ist sehr handlich, übersichtlich, jeder kommt draus, man muss nicht ein Informatikstudium haben, man sieht, was dort abgeht. Noch einmal besten Dank im Namen der Geschäftsprüfungskommission.

Präsident: Du möchtest noch ein Fraktionsvoten machen? – Gut, dann können sich andere Fraktionen auch anmelden. Für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP): Ich mache es auch ganz kurz. Im Namen der SVP-Fraktion danken wir Frau Sophie Graf (recte Haag) und ihrem Team für die geleistete Arbeit im Datenschutzbereich, die sie in der Stadt Bern im letzten Jahr vollbracht hat. Es war nicht immer einfach, sie hatten sehr viel zu tun und dennoch haben sie das eigentlich sehr gut gemeistert in dieser ganzen digitalen Welt, die am Wachsen ist. Im Namen der Fraktion der SVP noch einmal herzlichen Dank an die Datenschutzstelle der Stadt Bern. Besten Dank.

Präsident: Merci, Thomas. Die Person, die auf der Tribüne sitzt, ist Sophie Haag. Für die Fraktion GB/JA!, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion hat mit Genugtuung im Geschäftsbericht gelesen, dass der Datenschutz und die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz immer mehr im Bewusstsein der Stadtverwaltung sind. Das macht zum einen die Arbeit der FADS um einiges einfacher, aber es ist einfach auch so, dass das Thema zu wichtig ist, als dass es in Vergessenheit geraten darf oder auf die leichte Schulter genommen werden kann. Das verstärkte Bewusstsein in der Verwaltung verändert auch die Arbeit der Aufsichtsstelle. Bei bereits laufenden Applikationen machen sie mittlerweile keine Vorabkontrollen mehr. Das war vorher noch sehr oft der Fall. Stattdessen konzentrieren sie sich auf die Kontrolle von Applikationen, die erst eingeführt werden sollen. So ergibt ja eigentlich auch die Vorabkontrolle ein bisschen mehr Sinn. Dass hier zum Teil die Ergebnisse der Kontrollen nicht abgewartet werden vor der tatsächlichen Einführung dieser Applikationen, oder dass diese auch schon eingeführt werden, obwohl die Kritik der Fachstelle noch nicht aufgenommen wurde, ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion ein Zeichen, dass für diese Prozesse seitens der Abteilungen immer noch zu wenig Zeit

bzw. zu wenig Ressourcen eingeplant werden. Das muss sich auf jeden Fall ändern. Es scheint sich aber auch ein bisschen in die richtige Richtung zu bewegen. Ich habe das vor einem Jahr schon mit sehr viel mehr Kritik äussern müssen. Dementsprechend hoffen wir sehr, dass es sich da in die richtige Richtung bewegt. Aber eben: Es müssen genug Zeit und genug Ressourcen eingeplant werden für diese Prozesse.

Was mir im Tätigkeitsbericht aufgefallen ist: Man kann sagen, dass die FADS oft dem Rest der Verwaltung ein paar Schritte voraus ist. Vor ein paar Jahren waren die Vorabkontrollen eine neue Welt für die Stadtverwaltung. Heute sind es Themen wie KI und Cloud-Lösungen, mit denen sie noch recht unbedarft umgehen. Hier zeigt sich die Wichtigkeit der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz, weil sie den Fokus genau auf diese Themen legt, die Verwaltung darauf aufmerksam macht und die Prozesse auch in Gang bringt. Ich möchte hier im Namen der GB/JA!-Fraktion Sophie Haag und ihrem Team für diese sehr wichtige Arbeit danken. Und auch für den Weitblick, diese neuen Themen auf das Tapet zu bringen, und zwar auch, wenn es manchmal noch niemand sonst im Blick hat, und sie wahrscheinlich auch ab und zu ein paar Abteilungen damit nerven müssen. Denn man muss schon sagen: Die Verwaltung gibt sich Mühe, bei der Digitalisierung vorwärtszumachen und auch die Standards einzuhalten. Man kann zum Beispiel sagen, dass die ICT-Stellen bei Informatik Stadt Bern zum Beispiel jetzt endlich besetzt sind und auch Digital Stadt Bern in der gesamten Verwaltung besser verankert ist, als das noch vor ein paar Jahren der Fall ist. Aber man muss auch sagen, dass die Stadtverwaltung den technologischen Entwicklungen immer wieder hinterherhinkt. Und das kann auch sehr gefährlich werden, gerade in Bezug auf den Datenschutz. Die FADS hat es im Tätigkeitsbericht auch erwähnt, gerade die Datenverarbeitung auszulagern, ausländische Firmen zu involvieren – Stichwort MS Office 365 –, ist sehr schwierig für den Datenschutz. Die Forderung der Dienststelle, dass hier auch eine politische Diskussion stattfindet, können wir als GB/JA!-Fraktion nur unterstützen. Es ist heute auch wieder ein Vorstoss traktandiert, der die Förderung der digitalen Souveränität der Stadt Bern zum Ziel hat. Vor lauter Problemen mit Base4Kids, mit OpenSource haben wir das heisse Eisen seither nicht mehr angerührt. Das bedeutet aber eben auch, dass wir uns hier in eine gefährliche Abhängigkeit von Microsoft und Co. begeben. Und darüber müssen wir auch auf dem politischen Parkett reden. Ich möchte mich zum Schluss nochmals sehr herzlich bedanken beim Team der FADS für ihre Arbeit. Auch wir hätten den Tätigkeitsbericht sehr gerne positiv zur Kenntnis genommen. Das wird zurzeit offenbar nicht mehr gemacht. Aber herzlichen Dank für die Arbeit.

Präsident: Ihr dürft natürlich in euren Voten sagen, ob es für euch positiv ist oder nicht. Aber wir haben noch nie über diese Berichte abgestimmt. Wir kommen zum Votum der Fraktion SP-JUSO, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Wir danken Sophie Haag, der Datenschutzbeauftragten der Stadt Bern, und allen Beteiligten für den ausführlichen Bericht. Die FADS leistet einen unbezahlbaren Nutzen für die Bevölkerung wie auch die Verwaltung in der heutigen Zeit, wo ständig neue Techniken, meist in Form von KI, aber auch der undurchsichtige Umgang der grossen Technikkonzerne mit Daten riesige Herausforderungen an den Datenschutz stellen. Selbst für Profis scheint es nicht übersichtlich, was genau eine Software, KI oder einfach Cloud-Lösungen mit unseren Daten machen. Die Daten der Bürger*innen dieser Stadt sind wohl das Persönlichste, was uns die Bevölkerung anvertraut. Name, Alter, Adresse scheinen banale Informationen. Aber spätestens Einkommensverhältnisse, Schulden oder Steuerangaben, aber auch Aufenthaltsstatus oder Zivilstand sind kritisch. Gerade wenn man weiss, dass auch die Verwaltung

mit Office 365 arbeitet, aber beispielsweise Microsoft als Hersteller nicht garantiert, dass die Daten in ihrer Cloud frei vom Zugriff der US-Regierung sind, keinem Garanten für Datenschutz. Und es ist natürlich schön, wenn die künstliche Intelligenz während der Arbeit stetig dazulernt, aber es wird gefährlich, wenn die KI dafür vertrauliche Daten auswertet und eventuell auf einem Server beim Hersteller aufbereitet, zum Beispiel unsere Kommissionsprotokolle. Die Herausforderungen sind aber nicht nur äusserlich. Die FADS erinnert uns auch daran, wie wichtig es bleibt, dass das Personal der Verwaltung beispielsweise entsprechend sensibilisiert ist auf mögliche Datenschutzübertretungen, die im Alltag auch ungewollt schnell passiert sind, unwillentlich und unwissentlich. Andere Aspekte sind die Erhöhung der Datensicherheit durch 2-Faktor-Authentifizierung. Hier hilft nur eine stetige, stadtweite, direktionsübergreifende Sensibilisierung des Personals. Auch viele neue Technologien, die die Partizipation der Bevölkerung eigentlich vereinfachen sollen, bieten Probleme, auch wenn die Idee durchaus unterstützungswürdig ist, dies beispielsweise bei der elektronischen Mitwirkung bei Bauvorhaben. Aber natürlich auch im Schul- und Sozialbereich ist der Datenschutz unabdingbar, wie die verschiedenen Beispiele im Bericht aufzeigen. All diese Beispiele zeigen, dass in der heutigen Zeit eine Stadt wie unsere nicht ohne eine Stelle wie die FADS mit den technischen Veränderungen fertig werden kann, gerade auch, weil sie auch den einfachen Bürger*innen zur Verfügung steht, um ihre Interessen zu wahren. Wir danken hier noch einmal für die ausgezeichnete Arbeit der FADS und nehmen den Bericht entsprechend positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion GFL, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Dem Dank an die Fachstelle Datenschutz und der Aufsichtsstelle Datenschutz kann ich mich anschliessen – vielen Dank für Ihre Arbeit – auch der GPK für die Begleitung dieser Arbeit und der Begleitung der Fachstelle insgesamt und beim Aufbau der Fachstelle. Es war ein wichtiger Schritt. Zuerst die Loslösung von der Ombudsstelle und dann die Verselbstständigung und das Aufstellen eines eigenen Teams und die Zusammenarbeit mit der GBK, die essentiell ist, damit die Fachstelle operieren und ihre Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung wahrnehmen kann. Ich möchte nur 3 Punkte herausgreifen aus diesem sehr interessanten Bericht und eine Schlussfolgerung ableiten für die Arbeit des Stadtrats. Im Bericht wird mehrmals darauf hingewiesen, dass der Datenschutz bereits bei der Beschaffung von Informatikprojekten mitgedacht werden muss. Und ich denke, man müsste unbedingt mitnehmen, dass das implementiert wird – in der Verwaltung, aber auch im Rat, wenn es darum geht, bei Fachkommissionen Informatikprojekte zu beschaffen, Software. Wir sollten bei deren Beschaffung bereits den Datenschutz mitdenken und darauf achten, wo und was eingekauft wird, damit Systeme eingekauft werden, die die Datenschutzkonformität garantieren können.

Und das ist bereits der zweite Punkt – Datenverarbeitung: Es wird an mehreren Punkten im Bericht darauf hingewiesen, dass die Problematik besteht, wo die Daten verarbeitet werden, dass wir das Augenmerk darauf richten müssen, insbesondere, wenn die Subunternehmer*innen im Ausland sind. Gerade in den USA kann das problematisch sein. Es ist wichtig, dass mitbedacht wird, wo die Daten verarbeitet werden, das heisst, dass es nicht einfach mit der Beschaffung erledigt ist – und dann: "Ja, es klingt gut, es ist alles fancy, wir können alle Anwendungen haben." Damit ist das nicht gemacht. Also die Beschaffung, die Datenverarbeitung: Wo wird das gemacht? Der letzte Punkt ist, und dort wird dringender Handlungsbedarf signalisiert, Microsoft 365 und die ganze Thematik, die damit verbunden ist mit den Updates von Microsoft, in die jetzt immer

mehr KI-Applikationen eingebaut sind. Dort ist auf Seite 31 ff. diese Problematik beschrieben. Und die Fachstelle sagt relativ optimistisch, sie werde das begleiten und schauen, dass der Datenschutz auch im Betrieb sichergestellt ist. Bei der Grösse der Verwaltung einerseits und dem doch bescheidenen Umfang der Fachstelle andererseits fragt man sich, wie sie das tun will. Und ich denke: Es geht nicht, diese Aufgabe allein der Fachstelle zu überlassen. Hier müssen der Stadtrat, aber auch die Verwaltung kooperativ mitwirken, damit diese Implementierung von 365 Microsoft und dieser Risikoentscheid des Gemeinderates, der statisch betrachtet gut aussieht – man hat einerseits die allgemeine Bürokommunikation, die kann in der Cloud irgendwas tun, das ist uns egal, aber die besonders schützenswerten Personendaten schützen wir dann auf Fachapplikationen. Das klingt statisch betrachtet gut. Aber wenn man bedenkt, dass jede Person in der Stadtverwaltung immer diesen Grundsätzen nachleben müsste, und wenn man bedenkt, dass Microsoft laufend neue Updates macht, mit KI-generierten Folgeschritten, wie dann diese Implementierung Tag für Tag in der Stadtverwaltung vonstattengehen soll, fragt man sich, wie das ohne einen konzentrierten Effort von der Verwaltung, von der Fachstelle, die ist sowieso natürlich dabei, aber auch vom Stadtrat geht, der bei diesen Informatikgeschäften mehr Sorgfalt walten lassen sollte oder mehr Augenmerk auf die Datensicherheit und den Datenschutz richten sollte. Hier meine Empfehlung oder meine Konklusion für den Stadtrat bei Informatikgeschäften: Im Vortrag muss der Datenschutz zwingend erwähnt werden. Es muss bereits bei der Beschaffung erwähnt werden, ob man darauf geachtet hat. Es muss ein Wort darüber verloren werden oder es muss beschrieben werden, wo die Daten verarbeitet werden. Wie wird dem Risikoentscheid des Gemeinderates nachgelebt bei der Umsetzung und im Betrieb, wie wird das garantiert? Und deshalb müssen die Fachkommissionen, das kann man nicht der GPK überlassen, in ihre DNA implementieren, dass sie das bei jedem Informatikgeschäft nachfragen. Und wenn es nicht im Vortrag ist, obwohl es hineingehört, wird das Geschäft verschoben und man kontaktiert die Fachstelle, wenn man von der Verwaltung keine Antworten hat. Und das stellt sicher, dass diese Punkte, die im Bericht insbesondere auf Seite 31 ff. beschrieben sind, implementiert werden. In diesem Sinne: Kein Vortrag mehr, ohne den Datenschutz zu berücksichtigen. Vielen Dank.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Auch hier könnte theoretisch der Gemeinderat etwas dazu sagen, aber er verzichtet. Wir nehmen auch diesen Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2024.BSS.0101

8 Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2029

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8. Wir sind bei einem Wahlgeschäft. Es geht um die Gesamterneuerungswahlen in die Schulkommissionen der Volksschulen der Stadt Bern für die Amtsdauer 1. August 2025 bis 31. Juli 2029. Für die vorberatende Kommission SBK hat das Wort, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Kommission: Wir dürfen heute die Schulkommission neu wählen. Es sind Gesamterneuerungswahlen für alle 52 Sitze in der Schulkommission fällig. Die Mitglieder werden für 4 Jahre gewählt. Die Amtsdauer beginnt am 1. August 2025 und dauert bis am 31. Juli 2029. Neben den 42 Sitzen in den 6 Schulkreisen

wählen wir auch je 5 Mitglieder in die Schulkommission der Sprachheilschule Bern sowie für die besonderen Volksschulklassen. Die SBK empfiehlt, alle Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Wir konnten natürlich in der SBK nicht alle Kandidat*innen im Detail überprüfen, aber wir vertrauen den Parteien, dass sie geeignete Kandidat*innen nominiert haben, und dass diese motiviert sind für das Amt. Die SBK möchte sich an dieser Stelle auch noch bei den bisherigen Schulkommissionsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit bedanken, insbesondere bei denen, die nicht mehr zur Wahl antreten, oder auch bei denen, die aufgrund von Veränderungen der Parteienstärke nicht mehr nominiert sind.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Wünscht die Gemeinderätin das Wort? Die Gemeinderätin verzichtet. Wir kommen somit zur Wahl. Ich darf einmal die Nominierten vorlesen. Nominiert sind für die Schulkommission 1 Kirchenfeld-Schosshalde: Lilian Grindat, Barbara Nina Henauer, Jonas Iff, Raphael Karlen, Marc Baumeler, Janine Wäber, Stephan Grösser, Stefan Meierhans, Vanessa Kaeser König; Schulkommission 2 Mattenhof-Weissenbühl: Eliane Burn, Lionel Luc Soom, Andrin Soppelsa, Thomas Uhlmann, Lisa Schädel, Esther Muntwyler Salamin, Evelyn Grieb, Ruth Schori Bondeli, Martina Bietenhader; Schulkommission 3 Breitenrain Lorraine: Rainer Fretz-Männel, Martin Krummenacher, Markus Heinzer, Lara Ferrero, Jan Wettstein, Jonas Furer-Junker, Nikolai Timon Rawyler, Marianne Barthelmy; Schulkommission 4 Länggasse-Felsenau: Beat Berger, Tobias Buff, Iris Glaser, Natascha Marty Zurkinden, Nadja Eggimann, Peter Quadri, Lisa Probst, Karl Küenzi, Natalie Schneider; Schulkommission 5 Bümpliz: Klingsor Reimann, Janosch Weyermann, Araya de Rossi, Stephan Bütler, Reto Gattani, Jacqueline Schmid, Tomislav Pintaric; Schulkommission 6 Bethlehem: Bernhard Hess, Robert Buchli, Simon Dubach, Lukas Batschelet, Fausto Oppliger, Seba Topûz, Sarah Hirsiger, Amra Mujkic-Besic, Daniel Oberli; Schulkommission besondere Volksschulen und besondere Volksschulklassen: Sophie Bill, Barbara Bamert, Benjamin Spycher, Frauke von Bieberstein, Rachel Bavogui-Wiher, Therese Steffen Gerber, Monika Wohlgemut; Schulkommission Sprachheilschule: Sandra Ryser, Lis Reusser, Michaela von Albertini, Stéphanie Schneider und Isabelle Ruch. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Seid ihr damit einverstanden, dass wir alle soeben aufgezählten Personen in globo wählen? Das ist der Fall. Wir wählen diese Leute mit Handerheben. Wer diese Leute wählen will, bezeugt das mit Handerheben. Merci, gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Diese Personen sind einstimmig gewählt. Ich schliesse mich dem Dank der SBK an. Ich bedanke mich bei allen Personen, die wir heute verabschiedet haben aus ihrem Amt für ihren teils jahrelangen Einsatz in diesen Schulkommissionen. Ich danke allen Personen, die sich heute wieder- oder neu haben wählen lassen für diese wichtige Arbeit, die sie leisten.

Einstimmige Wahl per Handerheben

2024.BSS.0105

9 Vierjähriger Leistungsvertrag 2026 – 2029 mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG); Verpflichtungskredit (Abstimmungsbotenschaft)

Präsident: Wir kommen somit zum Traktandum Nummer 9. Es ist ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum. Es geht um den 4-jährigen Leistungsvertrag 2026-2029

mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG), um den Verpflichtungskredit und um die Abstimmungsbotschaft. Da man in letzter Zeit manchmal mit Rückfragen und Diskussionen ans Ratsbüro gelangte, mache ich einen kleinen Hinweis. Das Ratsbüro wird zuhause der kommenden Fraktionspräsidienkonferenz darlegen, nach welchen Kriterien wir in einer Abstimmungsbotschaft die Seite "Pro und Contra aus dem Stadtrat" gestalten und zusammenstellen. Wichtig, deswegen sage ich das jetzt bei einem Abstimmungsgeschäft, ist: Wenn ihr wollt, dass etwas unter Umständen Eingang findet in die Abstimmungsbotschaft, ein Argument dafür, ein Argument dagegen, muss es während dieser Sitzung vorgebracht werden. Was heute nicht gesagt wird, darf nicht auf dieser Seite erscheinen. Wenn ihr also erst heute Abend vor dem Volver noch ein gutes Argument findet, ist es zu spät. Das kann leider nicht in die Abstimmungsbotschaft aufgenommen werden. Für die vorberatende Kommission hat das Wort, Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Kommission: Es geht bei der Vorlage um einen Verpflichtungskredit in der Höhe von rund 14,35 Mio. Franken für den Leistungsvertrag für die kommenden 4 Jahre mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit, VBG. Ich gehe auf ein paar zentrale Punkte der Vorlage ein und sage auch etwas zu den Anträgen der Kommission. Die VBG bildet die Dachorganisation für Vereine und Organisationen, die Quartierarbeit leisten. Sie betreiben 4 Quartierzentren, 20 Quartiertreffe und verschiedene Begegnungsorte. Sie fördern freiwilliges Engagement und stärken Nachbarschaften. Weiter führt die VBG ergänzende Angebote und Projekte wie den Schreibdienst, das Frühförderprogramm Primano oder die Femmes-Tische. Die Angebotspalette ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Die eigentliche Zielgruppe der VBG sind aber die Erwachsenen. Die VBG steht für lebendige Quartiere, für mehr Lebensqualität, für mehr Integration und für mehr Begegnungsmöglichkeiten. Sie unterstützt Quartiervereine und ist nahe am Geschehen dran. Die Angebote orientieren sich an der Lebenswelt der Menschen, sie sind sozialräumlich orientiert. Die Angebote sind in allen Quartieren der Stadt präsent mit der Ausnahme der Innenstadt, wobei sich der ganz grosse Teil auf Bümpliz, Bethlehem und Stöckacker konzentriert. Per Ende 2024 zählte VBG 45 Mitarbeitende in unterschiedlichen Pensen. Ab 2026 soll die VBG rund 3,6 Mio. Franken jährlich für die Leistungen erhalten. Der grösste Teil des Beitrags fliesst dabei in die Quartierarbeit und in den Betrieb der Quartierzentren – rund 2,5 Mio. Franken. Das ist gemäss dem neuen Vertrag die Leistungsgruppe 1. Und das ist eigentlich auch das Kerngeschäft der VBG. Die zusätzlichen Aufgaben sind erst im Verlauf der Zeit dazugekommen; unter anderem deshalb, weil, wenn die Stadt jeweils eine Trägerorganisation sucht für ein neues Angebot oder ein Projekt, kommt auch die VBG in Frage. Diese zusätzlichen Aufgaben sind in der Leistungsgruppe 4 im neuen Vertrag zusammengefasst. Das Betreiben der Quartierzentren und die weiteren Aufgaben kosten für 4 Jahre wie gesagt 14,35 Mio. Franken. Für die Genehmigung sind die Stimmberechtigten zuständig. Das ist eine Neuerung. Das ist neu. Bis anhin wurden 2-jährige Leistungsverträge abgeschlossen und der Kredit lag in der Zuständigkeit des Stadtrats. Aufgrund der Aufgabenerweiterung in den letzten Jahren hat sich der jährliche Betrag erhöht, sodass auch bereits bei einem 2-jährigen Leistungsvertrag eine Volksabstimmung benötigt würde. Wenn schon, dann schon, hat sich der Gemeinderat gesagt, und schlägt einen 4-jährigen Leistungsvertrag vor. Die Leistungen werden im Vertrag in 5 Leistungsgruppen eingeteilt. Dies soll unter anderem das Reporting durch die Verwaltung erleichtern. Zuständig seitens der Stadt für das Überprüfen der Leistungen ist Familie & Quartier Stadt Bern. Wichtig zu erwähnen ist, dass für das Personal der VBG gleichwertige Arbeitsbedingungen gelten müssen wie für das städtische Personal. Bei der

freiwilligen Arbeit sind die Standards von Benevol massgebend. Die Angebote unter der VBG sind traditionell verankert, gut besucht und kaum bis gar nicht bestritten. Die Kommission hat deshalb auch keinen Grund gesehen, weshalb sie dem Gemeinderat nicht folgen sollte.

In der Kommission zu reden, gab der etwas magere Vortrag an den Stadtrat, der Auskunft über das Vertragswerk gibt, aber wenig Informationen zu den Aktivitäten der VBG enthält. Auch zu reden, gab die Wirksamkeit der Angebote, das Reporting oder die im Leistungsvertrag geforderte Beschaffung von zusätzlichen Drittmitteln. Die Kommission bemängelte im Allgemeinen die fehlende Übersicht über die Vielzahl der Akteure und Akteurinnen in der Stadt Bern im Bereich der Quartier- und Sozialarbeit sowie über die Aufteilung der Aufgaben unter den verschiedenen Dachorganisationen. Auch die Frage, ob es nicht Aufgaben gibt, welche die Stadt nicht besser direkt selber übernehmen kann oder soll, wurde nicht eindeutig beantwortet. Die Kommission hat deshalb beschlossen, künftig ein Informationstraktandum aufzunehmen und die Vertretungen der Dachverbände einzuladen, um sich ein möglichst vollständiges Bild über die Entwicklung der Angebote machen zu können. Ein Diskussionspunkt war auch die Übernahme von Aufgaben und Räumen, aus denen sich die Kirche zurückzieht. Ist es überall die Aufgabe der Stadt, hier einzuspringen? Fakt ist, dass es zu Verschiebungen kommt zwischen der historisch gewachsenen Arbeitsteilung zwischen der Stadt und den Kirchgemeinden. Die Quartierarbeit muss hier neu überdacht werden. Und nachdem sich der Kanton bereits vor Jahren aus der Finanzierung zurückgezogen hat, zeichnet sich hier eine mögliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts ab. Der Gemeinderat hat aus finanzpolitischen Gründen beschlossen, auf einen Leistungsausbau zu verzichten, obwohl es dazu Vorschläge und Eingaben gab. Die im Vortrag des Gemeinderates vorgesehene Erhöhung von 117'000 Franken pro Jahr beschränkt sich auf den Teuerungsausgleich und auf gestiegene Mietkosten. In der Kommission wurden verschiedene Anträge für zusätzliche Leistungen eingebracht. Diese wurden mehr oder weniger kontrovers diskutiert. Insgesamt fanden aber alle Anträge eine Mehrheit. Folglich soll der Beitrag an die VBG um 175'000 Franken pro Jahr erhöht werden. Das ist eine Krediterhöhung um 700'000 Franken auf total rund 15'050'000 Franken. Die Anträge, ich gehe nicht auf alle im Detail ein, betreffen die Übernahme von Angeboten und Räumen, die zuvor die Kirche betrieben hat sowie den Ausbau von einzelnen Angeboten wie zum Beispiel die "Nachbarschaft Bern" (NaBe). Zu Antrag 1, Quartierarbeit Wittigkofen: Dieser nimmt unter anderem das Anliegen des interfraktionellen Postulats auf und fordert eine Erhöhung des Beitrags für die Quartierarbeit und das Quartierzentrum, damit unter anderem das Elterncafé weitergeführt werden kann. Die reformierte Kirche wird ihr Angebot dort mittelfristig nicht aufrechterhalten. Antrag 3 fordert das Weiterführen der Koordinationsstelle im Schulkreis Bethlehem; dies nach einer erfolgreichen Pilotphase. Bei Antrag 4 geht es um eine Erhöhung für die Quartierarbeit in Bümpliz, unter anderem auch, weil sich die reformierte Kirche am Standort Stöckacker zurückzieht. Antrag 5 betrifft eine Erhöhung für Sozialberatung in der Muttersprache, das ist Infotime. Antrag 6 sieht einen Beitrag für die soziokulturelle Quartierarbeit in der Kollektivunterkunft Tiefenau vor und für die Quartierarbeit rund um die Kollektivunterkunft. Die Kommission hat die einzelnen Anträge, wie bereits gesagt, entlang der genannten Punkte diskutiert, sie fanden jeweils einzeln eine Mehrheit, dies im Sinne der Stärkung der Quartierarbeit. Besten Dank.

Präsident: Merci. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Ihr könnt euch anmelden. Als Erstes für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Die GFL stimmt dem Leistungsvertrag respektive der vorliegenden Abstimmungsbotschaft einstimmig zu. Die Relevanz der Tätigkeit der VBG für das Gemeinwohl erscheint uns unbestritten wichtig. Zu den zusätzlichen Anträgen: Antrag 1 "Erhöhung Kredit für Ausbau Quartierzentrum Wittigkofen": Aufgrund des Rückzugs der Kirche entsteht in diesem Quartier tatsächlich ein Vakuum, das es zu füllen gilt, wie schon das überwiesene und für erheblich erklärte Postulat aufgezeigt hat. Wir stimmen diesem Antrag deshalb zu. Zu Antrag 6: In der Tiefenau ist ein Mangel an quartiterräumlichen Strukturen vorbestehend. Mit dem Zuzug von fast 500 Personen aus dem Asylbereich in das Spital Tiefenau akzentuiert sich diese Situation. Der Betrieb des Viererfelds hat eindeutig aufgezeigt, wie wichtig diese soziokulturelle Animationsarbeit für die Akzeptanz im Quartier ist. Sie kann sogar zu einer entsprechenden Bereicherung im Quartier beitragen. Die GFL stimmt deshalb auch diesem Antrag zu. Die Anträge 2 bis 5 lehnen wir jedoch nicht nur aus finanzpolitischen Überlegungen ab. Der Stadtteil 6 hat unseres Erachtens bereits genügend Aufmerksamkeit erhalten in den letzten Jahren. Einen Ausbau der dortigen Strukturen erachten wir als nicht notwendig. Infotime ist ein wichtiges Angebot. Es wird jedoch bereits von anderen Organisationen mittels eines Leistungsvertrags mit der Stadt Bern ausgeführt. Wir erachten es als für die Bevölkerung zumutbar, für solche Informationen in die Stadtmitte zu kommen. Die Stadt ist finanziell nicht so potent, dass sie sich in diesem Bereich Doppelspurigkeiten leisten kann. Die Koordination der diversen VBG-Angebote in den Quartieren erachten wir als Aufgabe der Geschäftsstelle der VBG und sehen deshalb nicht ein, weshalb es in einzelnen Quartieren noch zusätzliche Koordinationsangebote zwecks Koordination der Koordination braucht. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wir sprechen heute über den Leistungsvertrag mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit, VBG, für die Jahre 2026 bis 2029 bzw. über einen Verpflichtungskredit über 14,4 Mio. Franken für 4 Jahre. Der Kommissionsprecher hat die wichtigsten Informationen zum Leistungsvertrag und zur VBG bereits dargelegt. Ich werde sie nicht wiederholen, möchte aber dennoch im Namen der GB/JA!-Fraktion einige Punkte hervorheben und zu den SBK-Anträgen Stellung nehmen. Erstens möchten wir begrüssen, dass ein 4-jähriger Leistungsvertrag ausgehandelt wurde. Das gibt Planungssicherheit und finanzielle Stabilität. Und die Ressourcen können dadurch für die Sozialarbeit, für die Quartierarbeit und den direkten Kontakt zu den Menschen eingesetzt werden, und die Mitarbeiter*innen und die VBG als Institution kann damit entlastet werden. Auch sehen wir eine Chance darin, dass der Leistungsvertrag aufgrund der höheren Beträge erstmals der Stimmbevölkerung vorgelegt wird. Die Chance liegt darin, dass die wichtige Arbeit der VBG in und mit den Quartieren dieser Stadt und das Angebot der VBG in der Stadtbevölkerung sichtbar gemacht werden kann. Das ist wichtig, da die Angebote und Leistungen der VBG gerade in der heutigen Zeit von grundlegender Bedeutung sind. Globale Entwicklungen wie die Klimakrise, bewaffnete Konflikte und zunehmend autoritäre Tendenzen bringen für viele Menschen grosse Verunsicherungen und Ängste mit sich. Durch den Abbau von Bildung, Gesundheit und sozialen Angeboten auf nationaler und kantonaler Ebene werden verschiedene soziale Gruppen zunehmend abgehängt. In diesem Kontext nimmt eine Institution wie die VBG enorm wichtige Aufgaben wahr. Sie ist grundlegend für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Bern, für die Teilhabe der Menschen in ihren Quar-

tieren und der Stadt und für die Armutsbekämpfung. Weiter nimmt die VBG eine zentrale Scharnierfunktion zu anderen Akteur*innen im sozialen Raum ein, zum Beispiel Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, städtische Fachstellen – zum Beispiel mit der Fachstelle "Wohnen" im Kontext von Sanierungen, um Menschen auch bei der Wohnungssuche zu unterstützen, die durch Sanierungen verdrängt werden. Die VBG trägt also in einer gesellschaftlich sehr herausfordernden Situation dazu bei, dass möglichst wenige Menschen durch die Maschen fallen. Und dafür ist es nicht nur richtig, diesen Leistungsvertrag und den entsprechenden Verpflichtungskredit zu verabschieden, sondern vor allem auch, der VBG und all ihren engagierten Mitarbeiterinnen für ihren Einsatz und ihre kompetente Arbeit zu danken. Merci vielmals. In diesem Zusammenhang möchte die GB/JA!-Fraktion auch betonen, dass wir es richtig finden, dass im Leistungsvertrag gleichwertige Arbeitsbedingungen wie für städtische Angestellte festgehalten sind. Es ist richtig, dass Arbeitnehmende, die Aufgaben im Auftrag der Stadt wahrnehmen, es auch zu guten und fairen Arbeitsbedingungen tun können. Und schliesslich erlaube ich mir noch eine kritische Bemerkung zu einem Element des Leistungsvertrags, nämlich den Vereinbarungen zum Eigenfinanzierungsgrad. Natürlich ist es begrüssenswert, wenn Leistungen der VBG von Dritten finanziert werden können, wie beispielsweise über Mieteinnahmen in den Quartierzentren oder Treffs oder auch Aufträge von externen privaten Akteur*innen. Es ist jedoch aus unserer Sicht nicht notwendig, teilweise sogar kontraproduktiv, diesen Eigenfinanzierungsgrad als zwingende Zielsetzung festzulegen. Dies führt nämlich dazu, dass die VBG sich auf monetäre Zielsetzungen fokussiert, statt Ressourcen in ihren eigentlichen Auftrag, die Quartierarbeit, den Betrieb der Quartierzentren und die unterschiedlichen wichtigen Projekte und Angebote zu stecken.

Nun aber zu den Anträgen: Ich kann vorausschicken, dass die GB/JA!-Fraktion alle 6 Anträge der SBK unterstützt, weil sie den Leistungsvertrag mit wichtigen Angeboten und Ressourcen ergänzen. Zu Antrag 1 gibt es aus unserer Sicht nicht mehr viel hinzuzufügen. Es ist klar, dass Wittigkofen von Entwicklungen betroffen ist, welche die soziale Infrastruktur schwächen. Und es ist richtig, dass die VBG in diesem Quartier in diese Lücke springt und ein minimales Angebot aufbaut, damit die Menschen in Wittigkofen nicht abgehängt werden. Auch Antrag 2 macht aus unserer Sicht Sinn, da damit ein Angebot ausgebaut wird, das gerade in aktuellen Zeiten von grosser Bedeutung ist und nach dem eine hohe Nachfrage besteht. Antrag 3 bezieht sich auf ein Projekt, das bereits genannt wurde, das bisher als Pilotprojekt ausserhalb des Leistungsvertrags geführt wurde. Die Erfahrungen mit dem Projekt sind positiv und die Koordinationsstelle, die die wichtigen Akteurinnen im Quartier zusammenbringt, schafft einen grossen Mehrwert im Schulkreis Bethlehem. Im regelmässigen Austausch können nämlich Ereignisse gemeinsam analysiert und abgestimmte Massnahmen entwickelt werden. Das erleichtert den Umgang mit schwierigen Situationen spürbar, wenn es zum Beispiel um Gewaltvorfälle an der Schule geht. Es ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion fraglos, dass es sich lohnt, 10'000 Franken pro Jahr in die Prävention und die Koordination zu investieren und eine gut verankerte und koordinierte Sozialarbeit im Schulkreis Bethlehem in den Leistungsvertrag aufzunehmen, zumal dieses Projekt auch erprobt ist und wirklich funktioniert. Bei Antrag 4 geht es ähnlich wie in Wittigkofen darum, dass das Quartier vor grösseren Umwälzungen steht, Stichwort ESP-Ausserholligen, und von Entwicklungen betroffen ist, wie zum Beispiel dem Rückzug der Kirche, welche die soziale Infrastruktur schwächen. In diesem Kontext ist es wichtig, dass die VBG mit genügend und eben mit mehr Ressourcen ausgestattet wird, um ihre Präsenz im Quartier zumindest zu stabilisieren oder eben zu stärken und zu zeigen, dass wir die Menschen in diesem Quartier bei diesen Prozessen nicht allein lassen.

Antrag 5 ist ein Antrag, der auch mit dieser Geschichte der Eigenfinanzierung zusammenhängt. Es geht um das Projekt Infotime, die muttersprachliche Sozialberatung, die sehr stark nachgefragt ist und die wichtig ist für die Integration von Menschen, die nicht so nahe am System sind und Unterstützung nötig haben. Die VBG bekommt aktuell 50'000 Franken pro Jahr, die bereits im Leistungsvertrag vorgesehen sind. Die restlichen 20'000, die sie brauchen, um das Angebot im heutigen Mass aufrechtzuerhalten, haben sie bisher durch Fundraising eingeholt, jedes Jahr aufs Neue. Und es macht hier, wie vorhin auch gesagt, aus Sicht der GB/JA!-Fraktion einfach Sinn, ein funktionierendes und nachgefragtes Angebot zu konsolidieren und für die nächsten 4 Jahre sicherzustellen, damit die VBG ihre Ressourcen wirklich in die Quartier- und Sozialarbeit, also in den direkten Kontakt mit den Zielgruppen, investieren kann. Und schliesslich zum letzten Antrag. Es geht um ein Quartier, um die Tiefenau, im Zusammenhang mit der Kollektivunterkunft (KU), die im Oktober eröffnet wurde. Es ist für die GB/JA!-Fraktion klar, dass für die bis zu 750 Menschen, für die es in der KU Tiefenau Platz haben wird, weitere Ressourcen direkt bei der KU nötig sind, um verschiedene Angebote zu machen. Es braucht weitere Ressourcen für die Bewohner*innen der KU Tiefenau, doch aus unserer Sicht braucht es ebenso Ressourcen für die Schnittstellen zum Quartier, um Prozesse zu begleiten und Akteur*innen zusammenzubringen. Die VBG kann dabei eine wichtige Rolle spielen und zusammen mit den Menschen und Akteur*innen im Quartier auch Chancen wahrnehmen.

Wir haben gerade gestern die KU besucht. Und es war zum Beispiel die Rede davon, dass es kaum Einkaufsmöglichkeiten gibt. Das ist vor allem für die Bewohner*innen der KU ein Problem, da sie nicht das nötige Geld haben, um regelmässig in die Stadt zu fahren und einzukaufen. Zusammen mit der Quartierbevölkerung könnte man hier kreative Lösungen suchen, zum Beispiel Fahrgemeinschaften bilden, um diesem Problem eine Lösung entgegenzustellen. Ein anderes Beispiel sind die Kinder, die in der KU leben und sich einen Spielplatz wünschen. Wäre es nicht super, wenn die Kinder der KU gemeinsam mit den Kindern des Quartiers in diesen Prozess einbezogen werden könnten? Es ist aus der Erfahrung auch in anderen Ländern extrem wichtig, dass bei Unterkünften für geflüchtete Menschen die lokale Bevölkerung mitgedacht wird, da sonst schnell Ressentiments- und Konfliktpotenzial entsteht. Wenn aber das Quartier plötzlich davon profitiert, weil dadurch neue Angebote für alle geschaffen werden können, weil dadurch plötzlich ein neuer Spielplatz entsteht, dann kann eine solche Unterkunft, eine solche Entwicklung eine grosse Chance sein. Um diese Chance zu nutzen, sind 40'000 Franken pro Jahr eine gute Investition und wir laden euch ein, diesen Antrag zu unterstützen. Abschliessend und zusammenfassend: Die Rechnung wurde bereits vom Kommissionssprecher gemacht. Ich möchte euch ans Herz legen, diese 175'000 Franken pro Jahr bzw. 700'000 Franken für 4 Jahre zu sprechen und den Leistungsvertrag damit zu ergänzen, denn mit diesem Geld können wir die Quartierarbeit und wichtige Angebote in Wittigkofen, Bümpliz, Bethlehem und der Tiefenau sicherstellen. Es sind alles Gebiete, die aus unterschiedlichen Gründen vor grösseren Veränderungen stehen. Zudem können zwei sehr erfolgreiche Angebote wie Infotime und "Nachbarschaft Bern" konsolidiert und ausgebaut werden. Wenn man schaut, was mit 175'000 Franken pro Jahr in den Quartieren der Stadt Bern –

Der Präsident bittet die Votantin, zum Schluss zu kommen.

– gemacht wird, ist das mehr als sinnvoll investiertes Geld. Wir sind überzeugt, die Stimmbewölkerung wird sowohl einem Verpflichtungskredit von 14,4 Mio. Franken wie auch einem über 15 Mio. Franken zustimmen. Ein letzter Satz zur Abstimmungsbotschaft. Je nach Ausgang der Abstimmungen über die Anträge müssen natürlich die

Beträge angepasst werden. Ich nehme an, das ist eine Selbstverständlichkeit und muss nicht hier genannt werden und also sämtliche Anträge annehmen.

Präsident: Du bist bei 12 Minuten. Es tut mir leid. Und klar, es ist glaube ich seit knapp einem Jahr beim Ratsbüro, dass wir die Schlussredaktion für die Abstimmungsbotschaft als Ganzes machen. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Leistungsvertrag 2026 bis 2029 mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit, VBG, sowie den damit verbundenen Verpflichtungskredit von 14,35 Mio. Franken. Die Gemeinwesenarbeit ist für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Bern von zentraler Bedeutung. Die VBG erbringt niederschwellige, quartiersnahe Angebote, die freiwilliges Engagement fördern, Integration ermöglichen und Begegnungsräume schaffen, insbesondere in den Quartieren mit erhöhtem Handlungsbedarf. Die VBG ist somit ein unverzichtbarer Partner für die Stadt Bern in der sozialen Arbeit vor Ort. Die Arbeit der VBG trägt wesentlich zu lebendigen, solidarischen Quartieren bei. Wir begrüssen die Planungssicherheit, die ein 4-jähriger Leistungsvertrag für die Organisation bietet, auch wenn Fragen zur Flexibilität berechtigt sind. Diese können im Rahmen der bisherigen Praxis etwa über Pilotprojekte pragmatisch gelöst werden. Kritisch verfolgen wir die zunehmende Belastung der Geschäftsstelle. Hier erwarten wir, dass die angekündigte Organisationsentwicklung rasch zu mehr Klarheit und Stabilität führt. Ebenso halten wir hier fest, dass städtisch finanzierte Leistungen mit fairen und gleichwertigen Arbeitsbedingungen verbunden sein müssen. Das gilt auch für ausgelagerte Angebote. Insgesamt sind wir überzeugt: Die Leistungen der VBG sind gesellschaftlich wertvoll, breit abgestützt und tragen dazu bei, soziale Ungleichheit auf Quartierebene abzufedern. Gerade in einer Zeit, in der andere Akteure, etwa die Kirche, sich zurückziehen, muss die öffentliche Hand hier Verantwortung übernehmen. Ich möchte an dieser Stelle dem ganzen VBG-Team und allen Beteiligten für die grosse und wertvolle Arbeit ganz herzlich danken. Jetzt komme ich zu den Anträgen. Ich werde inhaltlich nicht nochmals alles wiederholen, was der Kommissionssprecher Emanuel und auch Anna bereits erwähnt haben. Ich gehe mehr darauf ein, warum wir die Anträge annehmen oder ablehnen oder Stimmfreigabe haben.

Präsident: Liebe Leute, wir haben Besuchende auf der Tribüne, die extra für dieses Traktandum gekommen sind. Ich bin überzeugt: Die verstehen dort oben fast kein Wort. Bitte nehmt euch noch 27 Minuten zusammen, dann habt ihr Pause. Wenn ihr ausgiebige Gespräche führen wollt, geht doch kurz raus. Wir stimmen erst in etwa 20 Minuten ab. Ihr habt ausgiebig Zeit, draussen in der Halle miteinander zu plaudern. Merci.

Barbara Keller (SP): Danke, Tom. Dann komme ich jetzt zu den Anträgen. Antrag 1 "Aufbau Quartierarbeit Wittigkofen": Wir unterstützen diesen Antrag klar. Das Projekt in Wittigkofen hat sich bewährt. Und es geht nun darum, den Übergang vom Pilot zur Regelleistung zu vollziehen. Wenn man das nicht machen würde, wäre es Verschwendung der bisher investierten Ressourcen. Auch zeigt sich, dass es die Quartierarbeit hier braucht. Sie ist zentral, um die tiefgreifenden Veränderungen im Quartier abzufedern und darauf reagieren zu können. Antrag 2 "Ausbau Nachbarschaft Bern (NaBe)": Auch hier sprechen wir uns für die Annahme aus. NaBe erfüllt eine wichtige Funktion in der Stadt, fördert Begegnungen, baut Isolation ab und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig möchten wir betonen. Es braucht dringend ein stadtweites Konzept, das klar koordiniert, wer wo welche Rolle übernimmt. Es kann nicht sein, dass

Projekte nebeneinander laufen ohne Absprache und teils sogar ohne Wissen voneinander. Die Stadt ist hier gefordert. Ich komme zu Antrag 3 "Koordination Familie, Schule, Quartier, Schulkreis Bethlehem": Wir sehen die Wichtigkeit dieser Koordinationsstelle. Sie erleichtert niederschwellige Zugänge und schafft Synergien, gerade in herausgeforderten Lagen. Einige Fraktionsmitglieder sehen diese Aufgabe aber bei der Stadt oder bei FQSB angesiedelt und nicht bei der VBG. Deshalb haben wir hier Stimmfreigabe beschlossen. Antrag 4, Stärkung der Quartierarbeit im Bümpliz. Auch diesen Antrag unterstützen wir aus Überzeugung. Die Herausforderungen im Raum Bümpliz sind vielfältig. Durch den Rückzug der Kirche steigt der Handlungsbedarf nochmals deutlich. Die VBG übernimmt mehr Verantwortung in den Quartiertreffs und das muss auch finanziell abgebildet werden. Die Quartierarbeit kann ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie professionell ausgestaltet und entsprechend auch finanziell abgesichert ist. Antrag 5 "Konsolidierung Infotime". Infotime ist ein wertvolles niederschwelliges Angebot, das den Zugang zu Informationen für viele Menschen verbessert, die mit dem Schweizer System nicht so vertraut sind. Wir unterstützen deshalb die Sicherung der Finanzierung. Es ist nicht zielführend, wenn die VBG jährlich Drittmittel akquirieren muss, um ein etabliertes Angebot aufrechterhalten zu können. Antrag 6 "Stärkung der Quartierarbeit, Kollektivunterkunft Tiefenau": Das Anliegen hinter dem Antrag ist absolut berechtigt. Eine Kollektivunterkunft dieser Grösse bringt Herausforderungen, sozial wie organisatorisch. Die Mitglieder der SBK konnten sich am Kommissionsausflug selber ein Bild davon machen. Doch wir stellen uns die Frage, ob die VBG wirklich die richtige Trägerin für das beantragte Monitoring und die Begleitung ist. Das entspricht nicht der Kernkompetenz und führt potenziell zu einer problematischen Doppelrolle. Aus unserer Sicht gehört dieser Auftrag, inhaltlich richtig, nicht in den Leistungsvertrag mit der VBG, sondern muss auf anderem Weg organisiert und finanziert werden. Sollte der Antrag trotzdem angenommen werden, müsste die Stadt sehr genau definieren, wie die Umsetzung erfolgen soll. Wir werden diesen Antrag aber ablehnen. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GLP-EVP, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Ich werde mich kurzfassen und weniger stark ins Detail gehen als meine Vorrednerinnen. Die Fraktion GLP-EVP wird dem Geschäft und damit dem Leistungsvertrag mit der VBG zustimmen. Wir sind der Ansicht, dass die VBG sinnvolle Leistungen in der Gemeinwesenarbeit und in der Quartierarbeit leistet. Damit wird das freiwillige Engagement und der soziale Zusammenhalt gefördert für lebendige Quartiere, für die Förderung der Integration und die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten. Wir werden dem Geschäft in dem Sinne zustimmen. Es handelt sich aber auch um eine beträchtliche Summe und wir begrüssen es daher, dass der Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen auf einen Leistungsausbau verzichten will. Nichtsdestotrotz, und leider auch nicht überraschend, möchte die linke Seite nun aber wieder weiter ausbauen. Hier 30'000 Franken mehr, dort 40'000 Franken – das unterstützen wir nicht. Wir lehnen alle Kommissionsanträge ab. Bei Antrag 6 gibt es vereinzelt Enthaltungen, weil im Tiefenau insbesondere auch wegen der Kollektivunterkunft tatsächlich viele Bedürfnisse aufeinandertreffen. Wir finden auch, dass im Vortrag zu wenige Informationen über die Aktivitäten, das Angebot und der Leistung der VBG enthalten sind. Gerade in Anbetracht der grossen Summe für diesen Leistungsvertrag bedauern wir das, und wünschen uns, dass künftig mehr Informationen geliefert werden, auch damit man weiss, ob dieses Geld auch wirkungsvoll eingesetzt wird.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich werde mich kurzhalten. Die Fraktion AL/PdA/TIF unterstützt den Leistungsvertrag mit der VBG. Wir sind der Meinung, dass die Quartierstrukturen wichtig sind. Darum müssen sie gestärkt und den Bedürfnissen der Bewohner*innen angepasst werden. Die VBG kann und sollte eine wichtige Rolle übernehmen und muss dafür die nötigen Mittel zur Hand haben. Wir begrüßen, dass der Leistungsvertrag nun über 4 Jahre läuft und damit mehr Planungssicherheit gewährleistet wird. Die Fraktion AL/PdA/TIF versteht nicht, warum der Gemeinderat abgesehen von der angepassten Teuerung einen Leistungsabbau ablehnt. Wir sehen darin einen Widerspruch zur proklamierten Stadt der Beteiligung, die sich der Gemeinderat auf die Fahnen schreibt. Laut den gestern vorgestellten Legislatorschwerpunkten will der Gemeinderat das Verständnis für demokratische Werte fördern und die Partizipation der Bevölkerung stärken. Die Fraktion AL/PdA/TIF unterstützt diesen Legislatorschwerpunkt und befürwortet darum sämtliche Anträge der SBK. Die zusätzlichen 175'000 Franken kann und soll sich die Stadt Bern leisten. Das ist klug investiertes Geld, das am richtigen Ort investiert wird. Danke.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Selbstverständlich befürwortet unsere Fraktion die Förderung der sozialen Strukturen, die Unterstützung der Gemeinwesenarbeit und wir danken für den sehr wichtigen Einsatz, der in dem Bereich geleistet wird. Auch ein gut gebautes Haus braucht nicht ständig neue Anbauten, sondern muss seine bestehenden Räume sinnvoll nutzen und pflegen. In dem Sinn sind wir der Meinung, dass der Leistungsvertrag etwas Gutes ist. Es ist ein Vertrag für eine Leistung, die klar definiert, was erbracht werden soll und was die Stadt dafür zahlt. Wir legen auch Wert auf einen effizienten Mitteleinsatz. Zusätzliche Mittel braucht es genau dann, wenn ein klar ausgewiesener Bedarf da und es auch eine Evaluation über die Wirksamkeit gibt. Jetzt hat die SBK so viele Leistungsausweitungen beantragt, die noch über den bereits erhöhten Verpflichtungskredit hinausgehen. So ein kontinuierlicher Leistungsausbau ohne eine klare Priorisierung und einen Nachweis der Notwendigkeit widerspricht nun einfach unserem Grundsatz einer Haushaltsdisziplin. Aus diesem Grund lehnt die Mitte-Fraktion sämtliche Anträge auf zusätzliche Mittel ab, mit der Ausnahme des Antrags 6. Das ist unseres Erachtens eine gezielte Stärkung der Quartierarbeit im Kontext der neuen Kollektivunterkunft. Das ist ein konkreter, aktueller und ausgewiesener Handlungsbedarf für uns. Mit einem gezielten Mitteleinsatz können wir die Planbarkeit garantieren, können wir auch garantieren, dass die so wichtige Gemeinwesenarbeit und die Unterstützung der sozialen Strukturen auch so weitergeführt werden kann. Das Ziel ist und bleibt nämlich die Sicherstellung der Gemeinwesenarbeit - wirksam und im Interesse der Bevölkerung.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli. Falls es Einzelvoten gibt, meldet euch bitte an.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Die VBG ist eine ziemlich sinnvolle Organisation, macht gute Arbeit – ich sehe das in Bümpliz – funktioniert sehr gut, auch mit den Quartierkommissionen zusammen. Was die Quartierkommissionen betrifft, ist eine Reorganisation eingeleitet, die noch nicht abgeschlossen ist, aber ich habe das Gefühl – und so, wie die Entwicklung im Moment ist –, dass es gut kommt. Ich will mich kurzfassen.

Wir haben die Anträge 1 bis 6. Den Anträgen 1 bis 4 werden wir grossmehrheitlich zustimmen, die Anträge 5 und 6 ablehnen. Danke.

Präsident: Dann als Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Wir kennen Wittigkofen, das schönste Quartier am Stadtrand Berns, an der Grenze zur Landwirtschaft, vom Standort her sehr gut gelegen. Ihr habt auch vernommen, dass dort die Migros-Filiale aus dem Zentrum verschwunden sind und der Treffpunkt eigentlich zusammengebrochen ist, der Sozialtreffpunkt, an dem sich die Leute betroffen haben. Wittigkofen hat rund 3'500 Bewohner. Es ist autofrei, aber es hat auch Autogaragen, die man mieten kann, eigentlich so eine Musterüberbauungsquartier der 70er-Jahre, wo man sehr gute Wohnqualität hat und die sehr gut durchmischt ist mit verschiedenen Diplomaten, die dort wohnen. Ich mache beliebt, dass man dem Kredit für den Aufbau der Quartierarbeit Wittigkofen zustimmt, weil Wittigkofen momentan, wie gesagt, ein bisschen eine schwierige Ausgangslage hat, sodass der Treffpunkt, der Sozialtreffpunkt, den es eben braucht für die Bewohner von Wittigkofen, weiter bestehen kann. Wir haben mit Lukas Gutzwiller von der GFL zusammengearbeitet, aber auch mit Nora Krummen von der SP. Sie sind beide Bewohner von Wittigkofen. Besten Dank.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Nachmittag allerseits von meiner her Seite und vielen Dank für die lebhafte und vor allem wertschätzende Debatte zum Leistungsvertrag mit der VBG. Die Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit VBG ist die Dachorganisation der Quartierzentren und Quartiertreffs der Stadt Bern und die Fachorganisation für professionelle Quartierarbeit in Bezug auf die erwachsene Bevölkerung in der Stadt Bern. Quartierorientierte, sozialräumliche Ansätze, zeigen eine grosse sozialpolitische Wirkung und haben in der Stadt in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die soziale Arbeit der VBG in den Quartieren unterstützt das solidarische Zusammenleben und baut Brücken. Sie informiert und berät Bewohner*innen in den Quartieren, vernetzt und vermittelt zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen in den Quartieren, und das auf eine niederschwellige und wirksame Art und Weise. Diese Funktion ist in Zeiten, in denen die Armut zunimmt und Themen wie soziale Isolation und Einsamkeit immer mehr in den Vordergrund rücken, und in einer Stadt, die sich laufend verändert und sich auch das Lebensumfeld einer breiten Bevölkerung in der Stadt ständig verändert, für die Stadt und das Zusammenleben sehr, sehr wichtig. Die VBG ist als Anbieterin von Quartierarbeit in der Stadt Bern auch eine gefragte Kooperationspartnerin für unterschiedlichste Anliegen innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung. Wir haben es heute schon gehört, ich gehe aber gerne nochmals darauf ein, weil es auch in der Kommission ein Bedürfnis war, zu wissen, was der Aufgabenbereich eigentlich alles umfasst. Einerseits ist hier die Quartierarbeit zu erwähnen. In den Stadtteilen 2 bis 6 stehen der Bevölkerung Quartierarbeiter*innen als Ansprechpersonen zur Verfügung. Diese vermitteln Informationen, beraten und unterstützen die Quartierbevölkerung bei der Umsetzung von eigenen Projekten und Initiativen wie zum Beispiel bei einem Quartier-Znacht. Quartierarbeiter*innen können auch bei Konflikten vermitteln und dafür sorgen, dass die Quartierbevölkerung bei Quartierentwicklungen mitwirken und das Lebensumfeld konkret mitgestalten kann.

Dann führt die VBG auch Quartierzentren mit professionellen Mitarbeitenden. Diese Zentren verfolgen das Ziel, der Quartierbevölkerung preisgünstige Räume zur Verfügung zu stellen, somit auch ehrenamtliches Engagement zu fördern, Begegnungsangebote zu schaffen und die freiwillige Arbeit auch professionell zu unterstützen. Zudem werden dort auch Informationen vermittelt – im Sinne auch von Triage und Weitervermittlung an andere soziale Angebote – und es besteht ein kleines Dienstleistungsangebot. Dann gibt es die Quartiertreffs. Das ist ein anderes Konzept. Bei den ehrenamtlich geführten Quartiertreffs leistet die VBG einen finanziellen Beitrag an die Betriebskosten und unterstützt diese in administrativen Belangen. Bei Bedarf werden die Ehrenamtlichen der Quartiertreffs durch Quartierarbeiter*innen der VBG auch beraten und in ihrer Arbeit unterstützt. Dann will ich hier auch noch das Angebot "Nachbarschaft Bern" erwähnen. Hiermit vermittelt die VBG Menschen, welche Unterstützung in alltäglichen Belangen benötigen, an Menschen, welche sich freiwillig in der Nachbarschaft engagieren möchten. Wir sind hier auch nahe am Konzept der Caring Communities. Das ist wirklich ein sehr gutes Projekt, das auch gut funktioniert. Es sind in der Stadt schon sehr viele Nachbarschaftshilfe-Tandems entstanden. Und in 3 Stadtteilen übernimmt die VBG die Quartierkoordination für das Frühförderprogramm Primano. Auch das ist ein sehr wirksames Programm, in dem es um das Vorschulalter geht und auch um die Elternarbeit. In Bümpliz leitet die VBG die "Kooperation Bildungslandschaft Bern-West", welche die Zusammenarbeit mit ausserschulischen Angeboten fördert und die Schule bei der Elternarbeit unterstützen kann. Wir haben nun einen 4-jährigen Leistungsvertrag. Der Referent, vielen Dank an dieser Stelle noch an das gute Referat, hat erläutert, wie es dazu gekommen ist, und auch, warum es sich nun um ein Abstimmungsgeschäft handelt. Dann zu den Anträgen der Kommission. Der Leistungsausbau, den die Kommission mit den Anträgen 1 bis 5 beantragt, war Diskussionsgegenstand in den Vertragsverhandlungen zwischen der Stadt und der VBG. Der Gemeinderat hat den Leistungsvertrag mit der VBG in dieser Form genehmigt, wie er dem Stadtrat offiziell vorliegt. Zum Antrag 6 "Stärkung soziokultureller Quartierarbeit in der Kollektivunterkunft Tiefenau": Es wurde schon erwähnt, dass eine gute Koordination zwischen der Kollektivunterkunft und den Akteurinnen aus dem Quartier essenziell ist. Das haben wir auch seitens des Gemeinderates schon an verschiedensten Stellen erwähnt. Und diese Koordinationsstelle, die gibt es bereits in der Tiefenau analog der Funktion, wie wir es im Viererfeld gekannt haben. Und die ist bei der Heilsarmee angesiedelt, die die KU Tiefenau unterhält. Ansonsten ist die Kollektivunterkunft in der Tiefenau noch im Aufbau. Sie ist auch noch nicht voll besetzt. Und wir sind laufend daran, auch zu prüfen, welche soziokulturellen Angebote es dort braucht, damit wir eben eine gute Nutzung im Quartier mit den neu ankommenden Quartierbewohner*innen, welche in der Unterbringung leben, haben, aber auch gemeinsam mit dem Quartier, das auch einen Bedarf hat an Begegnungsräumen. Mit dieser Frage hat sich der Gemeinderat noch nicht im Detail auseinandergesetzt, aber wir gehen davon aus, dass es dort noch weitere Angebote brauchen wird. Dann komme ich zum Schluss. Die VBG leistet einen sehr wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Quartieren und in der ganzen Stadt und die gegenseitige Unterstützung in der Nachbarschaft. Darum danke ich dem Stadtrat für die Unterstützung und die Zustimmung zu diesem Geschäft und bedanke mich bei euch.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Wir nehmen als erstes die Antragsliste zur Hand. Ihr habt es gehört, von der vorberatenden Kommission wurden 6 Anträge eingereicht. Wir stimmen ab über Antrag 1 SBK "Aufbau Quartierarbeit Wittigkofen".

Antrag 1

SBK

Aufbau Quartierarbeit Wittigkofen

Der Beitrag ist um 35'000 Franken pro Jahr bzw. 140'000 Franken für vier Jahre zu erhöhen für die Quartierarbeit in Wittigkofen. Damit soll die Weiterführung des Elterncafés sichergestellt werden. Zusätzlich sollen die Quartierarbeit gezielt verstärkt und neue Angebote aufgebaut werden.

Abstimmung Nr. 005

2024.BSS.0105: Antrag 1

Annahme

Ja	41
Nein	19
Enthalten	0

Präsident: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag 2 SBK Ausbau Nachbarschaft Bern (NaBe).

Antrag 2

SBK

Ausbau Nachbarschaft Bern (NaBe)

Der Beitrag ist um 30'000 Franken pro Jahr bzw. 120'000 Franken für vier Jahre zu erhöhen. Damit soll eine Weiterentwicklung und ein Ausbau des Angebotes ermöglicht werden.

Abstimmung Nr. 006

2024.BSS.0105: Antrag 2

Annahme

Ja	37
Nein	22
Enthalten	0

Präsident: Auch diesen Antrag habt ihr angenommen. Wir kommen zu Antrag 3 SBK "Koordination FSQ Schulkreis Bethlehem".

Antrag 3

SBK

Koordination Familie Schule Quartier, Schulkreis Bethlehem

Der Beitrag ist um 10'000 Franken pro Jahr bzw. 40'000 Franken für vier Jahre neu aufzunehmen. Damit soll die Arbeit der Koordinationsstelle Familie, Schule Quartier im Schulkreis Bethlehem sichergestellt gestellt werden.

Abstimmung Nr. 007

2024.BSS.0105: Antrag 3

Annahme

Ja	33
----	----

Nein	26
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 4 SBK "Stärkung der Quartierarbeit Bümpliz".

Antrag 4

SBK

Stärkung der Quartierarbeit Bümpliz

Der Beitrag ist um 40'000 Franken pro Jahr bzw. 160'000 für vier Jahre zu erhöhen. Damit soll die Quartierarbeit in Bümpliz gestärkt werden.

Abstimmung Nr. 008

2024.BSS.0105: Antrag 4	
Annahme	
Ja	41
Nein	19
Enthalten	0

Präsident: Auch den habt ihr angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 5 "Konsolidierung Infotime".

Antrag 5

SBK

Konsolidierung Infotime

Der Beitrag ist um 20'000 Franken pro Jahr bzw. 80'000 Franken für vier Jahre zu erhöhen. Damit soll das Angebot der Beratungen in Muttersprache im heutigen Ausmass gesichert werden.

Abstimmung Nr. 009

2024.BSS.0105: Antrag 5	
Annahme	
Ja	38
Nein	21
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zum letzten Antrag Nummer 6 SBK "Stärkung soziokultureller Quartierarbeit Kollektivunterkunft Tiefenau".

Antrag 6

SBK

Stärkung soziokulturelle Quartierarbeit Kollektivunterkunft Tiefenau

Der Beitrag ist um 40'000 Franken pro Jahr bzw. 160'000 Franken für vier Jahre zu erhöhen. Damit soll die soziokulturelle Arbeit im Kontext der Kollektivunterkunft Tiefenau gestärkt und das Monitoring, die Begleitung des Projekts und die Verankerung im Quartier sichergestellt werden.

Abstimmung Nr. 010

2024.BSS.0105: Antrag 6

Ablehnung

Ja	24
Nein	32
Enthalten	4

Präsident: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Abstimmungsvorlage in der so bereinigten Form, sprich mit dem entsprechend erhöhten Kredit. Wer diesem Geschäft zustimmt, stimmt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 011

2024.BSS.0105: Bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	50
Nein	2
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt dieser Vorlage angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft. Wer diese in der entsprechend angepassten Version genehmigen will, drückt Grün, wer sie ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 012

2024.BSS.0105: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	53
Nein	4
Enthalten	1

Präsident: Auch dieser habt ihr zugestimmt. Ich habe 2 Informationen für euch. Das erste ist: Vielleicht haben es einige bereits bemerkt – das Internet funktioniert nicht mehr, es sei denn, ihr seid über einen privaten Hotspot verbunden. Die IT arbeitet an einer Lösung. Die zweite Nachricht ist: Wir beenden die erste Sitzung hier. Ich weiss, es ist verlockendes Wetter, um nach draussen zu gehen. Tut das auch. Ich wäre aber sehr froh, wenn wir um 17.00 Uhr weiterfahren können. Ich weiss nicht, ob allen bewusst ist, dass ich die Sitzung erst starten darf, wenn zu diesem Zeitpunkt mindestens 40 Leute im Saal sind. Ich finde es persönlich immer ein wenig schade, wenn viele Leute vor dem Rathaus herumstehen, ohne schnell reinzukommen. Denn es wirklich ein Witz, aber ihr müsst einfach um 17.00 Uhr hier sein, dann können wir die Sitzung starten und ihr könnt wieder rausgehen. Prost und bis zur nächsten Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.27 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

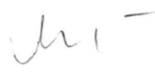
02.09.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

03.09.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier

Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Sarah Rubin
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz
Francesca Chukwunyere
Jelena Filipovic
Bernadette Häfliger

Fuat Köçer
Nora Krummen
Maurice Lindgren
Dominic Nellen

Mirjam Roder
Michael Ruefer
Irina Straubhaar

2024.BSS.0112

10 Schulzahnmedizin in der Stadt Bern: Reglement über die Schulzahnmedizin (Schulzahnmedizinreglement; SZMR); Erlass / Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR, SSSB 430.101) und Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11); Teilrevisionen

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 bis 12.

Präsident: Merci vielmals, das hat ja wunderbar funktioniert. Wir sind bei den Traktanden 10 bis 12, die wir gemeinsam behandeln. Bitte denkt auch in der zweiten Sitzung daran, Gespräche draussen zu halten. Auch jetzt wird es wieder einen Moment dauern, bis wir abstimmen. Wenn ihr dringenden Redebedarf habt, geht bitte nach draussen. Für die vorberatende Kommission SBK hat das Wort Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Kommission: Der Schulzahnmedizinische Dienst der Stadt Bern soll per 1. Januar 2026 aus der Stadtverwaltung ausgelagert und seiner Aufgabe mittels Leistungsvertrag an die zahnmedizinischen Kliniken der Uni Bern übertragen werden. Wir befinden heute deshalb über ein neues Reglement über die Schulzahnmedizin und über die Kreditvorlage im Umfang von 6,6 Mio. Franken für die Übernahme und den Betrieb der Schulzahnmedizin bis ins Jahr 2030. Seit Jahren hat der Schulzahnmedizinische Dienst der Stadt Bern, SZMD, mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die haben trotz externer Überprüfung und anschliessend eingeleiteter betriebswirtschaftlicher Massnahmen, wie zum Beispiel die Schliessung des Standorts Breitenrain, nicht behoben werden können. Die BSS hat neue Lösungen gesucht und eine gefunden: Die Auslagerung der Aufgaben des SZMD an die zahnmedizinischen Kliniken ZMK der Uni Bern mittels Leistungsvertrag. Damit das gelingt, müssen wir heute über die neuen Reglemente, über die Reglementsanpassungen, über den Verpflichtungskredit für den Leistungsvertrag befinden. Es braucht einerseits ein Reglement über die Schulzahnmedizin, die die Aufgabe neu auf die formell gesetzliche Ebene verankert oder auch die Grundzüge der Übertragung regelt. Des Weiteren braucht es eine Anpassung des Schulreglements, dass Strukturen und Tarifen sowie die Gebührenerhebung angepasst bzw. aufgehoben werden. Man strebt schon länger eine engere Zusammenarbeit zwischen SZMD und ZMK an. Eine räumliche Fusion ist aber seinerzeit an den knappen Platzverhältnissen auf dem Inselareal gescheitert.

Im August letzten Jahres hat der Gemeinderat den Grundsatzbeschluss gefasst, die Leistungen des SZMD an die ZMK auszulagern und dafür die Grundlagen auszuarbeiten. Deshalb liegt hier heute ein neues Schulzahnmedizinreglement vor. Kurz zu den wesentlichen Inhalten: Im Artikel 1 und 2 sind Zwecke und Aufgaben geregelt, also das ist der Kern. Das Ziel ist die Gesundheitserhaltung von Kindern und Jugendlichen, die Prophylaxen und die kostengünstige Behandlung im Bereich der Schulzahnmedizin. Artikel 3 regelt die weiteren Aufgaben wie die Frühberatung und die Karies-Prävention des sogenannten Kauapparats. Artikel 4 bildet die formell gesetzliche Grundlage für die Übertragung, also die Delegationsnorm und die spezifischen Grundsätze, die in den Leistungsvertrag hineingehen, also zum Beispiel niederschweligen Betrieb, Erscheinungsbild, Kontrolluntersuchung, Tarifmodalitäten, obligatorische Kontrolluntersuchungen, Reportingpflichten und so weiter und so fort. Artikel 5 verankert das Obligatorium für die jährliche Kontrolluntersuchung, Artikel 6 regelt die Kostenübernahme für die

freiwillige Frühberatung, Artikel 7 die Kosten- bzw. die Kostenübernahme der Kontrolluntersuchung. Artikel 8 regelt den Behandlungstarif und nein, keine Angst, ich belästige euch jetzt nicht mit allen möglichen Varianten der Taxpunkte. Artikel 9 regelt die Kostenübernahme der Prophylaxe. Artikel 10 bis 13 sind technisch und administrativ, da geht es um die Abrechnung, Reporting, Datenbearbeitung und das elektronische Fallführungssystem. Artikel 14 regelt das Inkrafttreten des Reglements. Das ist ein neues Reglement, über das wir heute befinden. Das zweite Reglement ist das Schulreglement, das im Rahmen der Teilrevision angepasst werden muss. In Artikel 60 wird einfach ein Verweis auf die neuen Strukturen gemacht und die entsprechenden Zuständigkeiten der neuen Begebenheiten angepasst. In Artikel 70 wird die Verordnungskompetenz des Gemeinderates der neuen Begebenheit angepasst, also das sind rein formale Anpassungen. Das dritte Reglement ist das Gebührenreglement, das im Anhang 4, Ziffer 6, der veraltet und obsolet ist, aufgehoben wird, also eine reine formale Anpassung. Die Kommission SBK ist der Ansicht, dass wir hier eine gute Lösung gefunden haben für die Klientschaft, für das Personal und das bei gleichbleibenden Leistungen und weniger Kosten. Wir empfehlen euch deshalb auch das Geschäft bezüglich der neuen Konzeption dieses Reglements. Teilrevision sowie auch Gebührenreglement und Schulreglement einstimmig zur Annahme. Das ist das erste Geschäft.

Das zweite Geschäft betrifft den unbefristeten Leistungsvertrag und den zugehörigen befristeten Verpflichtungskredit für die nächsten 4 Jahre. Dieser sieht vor, dass die Aufgabe des SZMD gemäss dem vorher vorgestellten Reglement an die ZMK übertragen wird. Die Abgeltung der Stadt beträgt nach einem Initialaufwand von knapp 1,1 Mio. Franken jährlich dann am Schluss noch 850'000 Franken. Der gesundheitliche und sozialpolitische Auftrag kann so wie bisher weitergeführt werden. Die Stadt Bern verzichtet im Sinn eines Entgegenkommens während des ersten Betriebsjahres auf Mieteinnahmen von knapp 250'000 Franken. Im Zug der Aufgabenübertragung wird das ganze Personal sozialverträglich übernommen mit entsprechenden Kompensationen wegen unterschiedlicher Wochenarbeitszeit und Lohngarantien, Änderungen im PK-Modell von Stadt zum Kanton, Ausgleich von Lohndifferenzen. Der Übernahmevertrag schlussendlich regelt dann formal die geplante Übernahme von Personal und Sachwerten sowie die temporäre Weiternutzung der Informatik der Stadt Bern. Insgesamt kostet uns die Auslagerung gemäss dem Verpflichtungskredit knapp 6,6 Mio. Franken. Das sind jährliche Einsparungen ab dem Jahr 2027 zwischen 761'850 Franken bis zur wiederkehrenden 828'000 Franken. Fazit, das vorliegende Geschäft ist ein Meilenstein. Es ist sozial, gesundheits- und finanzpolitisch eine Win-Win-Situation für die Stadt Bern. Die Dienstleistungen des SZMD können zu mindestens gleich höher Qualität weitergeführt werden und mit dem ZMK der Uni Bern haben wir eine fachkompetente und zuverlässige Vertragspartnerin. Für die Stadt Bern resultieren ab dem Jahr 2027 hohe jährliche wiederkehrende Einsparungen und das ohne Leistungs- und Personalabbau. Die SBK hat das Geschäft intensiv vorbereitet und einstimmig gutgeheissen. Die Kommission ist überzeugt, dass mit dieser Auslagerung für alle vorteilhafte Lösungen gefunden werden konnten, die künftig auch das Budget der Stadt Bern entlasten werden. Wir empfehlen euch deshalb im Namen der Kommission auch die Annahme von beiden Geschäften inklusive der Fristverlängerung der Motion Schneider. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Jetzt hätten als Erstes, wenn sie es wünschen, die Einreichenden von Traktandum 12 zur Fristverlängerung das Wort, wenn sie möchten. Für die Einreichenden von Traktandum 12, Matteo Micieli. Ihr könnt euch ab sofort für die Fraktionsvoten anmelden.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Das kann natürlich auch eine Strategie sein, Antworten und Berichte jeweils so lange hinauszuzögern, bis sich alles derart verändert hat, dass man nicht einmal mehr zuständig dafür ist, bis das, was man ändern will, gar nicht mehr existiert. Das ist ein bisschen so wie mit dem Klima und der Welt. Es gibt eigentlich nicht mehr so viel zu sagen, es ist alles schon geschehen. Anstatt dass man diese Forderungen der Motion wirklich prüfen und versuchen will, die Schulzahnklinik auf ein stabiles Fundament zu stellen, scheint die bevorzugte Strategie einfach ein Abwarten zu sein. Ich kenne dann auch schon die Antwort auf die Motion, wenn die Fristverlängerung gewährt wird, wir haben gemacht, was wir konnten, aber jetzt können wir ja nichts mehr machen. Der Schulzahnmedizinische Dienst ist sehr wichtig für die Stadt Bern, für die Kinder, die Familien, aber auch für finanziell nicht gut abgesicherte Menschen. Leider ist das Angebot nicht kostendeckend, was auch daran liegt, dass man zu wenig unternimmt, um mehr Erwachsene zu einem Besuch der Schulzahnklinik zu bewegen. Man hat offenbar irgendwie Angst davor, auch private Angebote in der Stadt Bern zu konkurrenzieren und nimmt lieber finanzielle Verluste in Kauf. Das Ziel des Vorstosses war die Erweiterung und/oder Aufrechterhaltung eines sozialpolitischen Auftrags. Die Lösung des Gemeinderates ist offenbar einfach, die Verantwortung quasi abzugeben oder die Dienstleistung einzukaufen. Die wirtschaftliche Situation sei unbefriedigend, aber einen Punkt zu prüfen, wie man die Wirtschaftlichkeit durch mehr Einbezug von Erwachsenen verbessern kann, dagegen wehrt sich der Gemeinderat seit 6 Jahren erfolgreich. Ich lasse mich gerne überraschen von der Antwort und bevorzuge es, politische Vorstösse zu behandeln, die noch etwas ausmachen können, weshalb ich diese Fristverlängerung ablehnen werde und euch bitte, das auch so zu tun, auch um dann unsere Bedürfnisse den potenziellen Partner*innen besser kommunizieren zu können. Wir haben die Motion 2019 eingereicht, 6 Jahre zur Beantwortung sollten eigentlich reichen, sonst machen wir diese Arbeit hier für nichts. Und sonst, wir haben ja heute von Ehrlichkeit gesprochen, wäre es doch einfach besser, wenn ihr von Anfang an sagt, dass ihr die Schulzahnklinik lieber abgibt, dann können wir uns so nervenaufreibende 6 Jahre sparen und auf bessere Zeiten warten. Danke.

Präsident: Merci, für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion begrüsst die geplante Neuausrichtung der Schulzahnmedizin in der Stadt Bern ausdrücklich. Der bisherige Schulzahnmedizinische Dienst war organisatorisch überholt und finanziell nicht mehr tragfähig. Trotz verschiedener Massnahmen konnte keine langfristige Lösung gefunden werden. Die Übertragung der Aufgaben an die zahnmedizinischen Kliniken der Universität Bern per 1. Januar 2026 ist daher ein notwendiger und sinnvoller Schritt. Mit dem neuen Schulzahnmedizinreglement werden die Aufgaben klar definiert und rechtlich verankert. Der Leistungsvertrag schafft klare Zuständigkeiten, legt Qualitätsstandards fest und sichert die Kontinuität der Versorgung. Mit einem Kostendach von 6,6 Mio. Franken bis 2030 und einem prognostizierten Einsparpotenzial von bis zu 800'000 Franken pro Jahr ist das neue Modell auch aus finanzpolitischer Sicht überzeugend. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass bei der Neustrukturierung ein Gutscheinsystem eingeführt worden wäre, wie es sich bereits bei der familienergänzenden Kinderbetreuung bewährt hat. Ein solches System hätte den Familien mehr Wahlfreiheit gegeben und den Wettbewerb unter den Leistungserbringenden gefördert. Dennoch gilt für uns, alles ist besser als der Status quo. Das neue Modell ist ein Fortschritt, organisatorisch,

qualitativ und wirtschaftlich. Wir möchten ihm daher eine Chance geben und die Umsetzung aufmerksam begleiten. Das ist auch der Grund, warum wir den Rückweisungsantrag der Mitte und SVP nicht unterstützen, auch wenn wir gewisse Sympathien für das Anliegen haben. Entscheidend für uns ist die Zusicherung der Verwaltung, dass auch unter dem neuen Reglement die Zusammenarbeit mit privaten Schulzahnärztinnen und Zahnärzten vorerst weitergeführt wird und dass die Stadt die Kosten für die jährliche Untersuchung bei diesem weiterhin übernimmt. Den Antrag der SBK, die frühere Regelung zu städtischen Beiträgen für Behandlungskosten finanziell schwacher Haushalte wieder einzuführen, lehnen wir aber ab. Und das Sozialsystem trägt solchen Situationen bereits ausreichend Rechnung. Das Sozialamt kann bei Bedarf auf bestehende Unterstützungsinstrumente zurückgreifen und Gelder bei privaten Stiftungen beantragen. Zusätzliche Beiträge der Stadt würden unnötige Doppelspurigkeiten schaffen. Die GLP-EVP-Fraktion stimmt dem neuen Schulzahnmedizinreglement und den entsprechenden Teilrevisionen des Schul- und Gebührenreglements in der vorliegenden Form zu. Den Antrag der SBK lehnen wir ab.

Präsident: Danke, für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke den Vorrednern. Ich muss euch sagen, zuerst, als wir das Geschäft vorbereitet haben, haben wir eigentlich gedacht, wir würden nichts sagen, wir würden sagen, wir schliessen uns den Vorredner an. Das Geschäft scheint uns schlüssig. Und dann habe ich glücklicherweise – ich kann euch auch sagen, warum – einen Anruf von Nicolas Lutz bekommen. Er ist ja ein bisschen im Medizinbereich tätig und als Apotheker hat er gute Kontakte. Er hat mich dann auf etwas aufmerksam gemacht, sodass ich das Gefühl hatte, wir müssen dieser Sache nachgehen. Und zwar ist es die ganze Problematik der privaten Schulzahnärzte. Ich rede hier also nicht von privaten Zahnärzten, die interessieren uns jetzt in Führungszeichen hier nicht. Es geht um die privaten Schulzahnärzte, die bisher eben auch ein Leistungsangebot gehabt haben. Und dann haben wir in diesem Zusammenhang Fragen gehabt. Da möchte ich auch ganz herzlich Reto Moosmann danken, der hat uns die Fragen schlüssig beantwortet. Wir werden allenfalls bei den Anträgen, die wir stellen, durchaus diskutieren können, ob man die allenfalls zurückzieht oder halt dann trotzdem noch einen einreichen muss. Aber wir sehen einfach hier ein Problem und das versuche ich euch jetzt darzustellen. Nicolas Lutz wird nachher im Rahmen eines Einzelvotums euch dann noch weitere Ausführungen machen, die mir schlüssig scheinen, um zu zeigen, wieso es eben in gewissen Fällen die privaten Schulzahnärzte sogar eine wichtige und eine ergänzende Lösung sind.

Was ist das Problem? Wenn ihr den Vortrag lest, könnt ihr eigentlich meinen, dass in der Übergangsphase, die privaten Schulzahnärzten weiterhin tätig sein können. Wenn man es sich aber im Reglement anschaut, bin ich eben der Meinung, dass es juristisch nicht richtig festgelegt ist. Jetzt mache ich rasch einen Exkurs: Ihr habt gesehen, was es für Probleme gibt, wenn man einen Festpreis oder irgendetwas nicht klar festlegt wie bei den Fliegern, dann hat man nachher einfach ein riesiges Problem. Und darum sind wir der Meinung, man sollte unbedingt eben im Rahmen dieses Reglements sicherstellen, dass man das Angebot weiterhin zur Verfügung stellen kann und das ist sinnvoll. Und zwar für mich ist immer der Grundsatz der Subsidiarität wichtig: Wenn etwas Private anbieten können, gut, dann sollte man die nicht konkurrenzieren. Und wenn man sich das Ganze anschaut, sehe ich auch für die privaten Schulzahnärzte, die einen günstigeren Tarif haben als private Zahnärzte, dass man dort eine gewisse Kundenbindung erreichen kann. Und ich bin auch der Meinung, ist es problematisch,

wenn man die Karte dann plötzlich wegtut, wenn sie von vielen Kindern genutzt wird. Wie ich gehört habe, ist es doch ein beträchtlicher Anteil, die die Angebote von diesen privaten Schulzahnärzten braucht. Sonst haben wir dann wieder die Situation, dass die Schulzahnklinik der Uni, das heisst die zahnmedizinische Klinik, dann plötzlich wieder Leute anstellen muss. Dann sind es wieder zu viele und dann plötzlich hat man dann wiederum ungedeckte Kosten. Dann muss die Stadt Bern wieder nachverhandeln und dann wird alles noch teurer. Wir haben hier ein funktionierendes Angebot und wir haben hier eben Zahnärzte, die sich hier zur Verfügung stellen und das scheint mir eben relativ wichtig. Wir sind hier nicht im Bereich von irgendwelchen Spezialärzten, Radiologen oder Urologen, die es teilweise eben zu wenig hat oder wo es auf dem Land sogar eine Unterversorgung hat.

Jetzt seht ihr, was wir hier für einen Antrag gestellt haben. Wir haben Ziffer 1, einen Rückweisungsantrag: Darin sagen wir, dass auch die privaten Schulzahnärzte langfristig zu den vereinbarten Tarifen in die Versorgung eingebunden werden sollen. Sie sollen ihre Leistungen gemäss den vereinbarten städtischen Tarifen anbieten können. Zweitens: Die anderen involvierten Vertragspartner der Stadt Bern sollen konsultiert und rechtlich in diese Lösung eingebunden werden. Ihr seht auch die Begründung, die wir geschrieben haben. Wir wollen, dass es nicht nur für eine Übergangszeit, sondern für längere Zeit gesichert wird. Und weil es hier eben einen anderen Vertragspartner hat, eben die Zahnmedizinische Klinik, können wir meines Erachtens hier keinen Ergänzungsantrag machen. Aber ihr kennt mich, 2 Juristen, 3 Meinungen. Wir haben auch einen Ergänzungsantrag vorbereitet, wo man das machen könnte. Ich sehe aber auch das Problem, dass wir nicht zulasten eines Dritten einen neuen Vertrag abschliessen können, den sie ausschliesst. Wenn ihr auch der Meinung seid, dass man das Angebot der privaten Schulzahnärzte – sonst ist es der Verwaltung, hier dazu noch Ausführungen zu machen – weiterhin sicherstellen soll, dann bin ich der Meinung, dass man diese Lösung wählen muss. Ansonsten liegen der Antrag und der Ergänzungsantrag vor.

Ich danke auch der Verwaltung. Ich habe versucht das rechtlich einigermaßen abzufassen, es ist also nicht alles auf meinem Mist gewachsen. Ich möchte auch ganz herzlich danken. Wir würden dann eine Ergänzung von Artikel 4, Absatz 1 machen: Die privaten Schulzahnärzte – extra unterstrichen – und Schulärztinnen werden nach dem vom Gemeinderat festgelegten Tarif weiterhin in die Versorgung nach Artikel 2 Absatz 1, Buchstaben a und b eingebunden. Aber wie gesagt, ob dieser Antrag so Stand hält, bin ich nicht sicher. Man muss eben mit der Zahnmedizinischen Klinik auch reden und mir scheint einfach, das müsse man so anschauen. Und denkt daran, wenn ihr das juristisch anschaut, meine ich, kann man nicht zulasten eines Dritten andere Vertragsbestimmungen machen. Aber ich finde gerade für eine sichere und gute Versorgung, sollte man eben an dem bisherigen System festhalten. Ihr wisst, dass auch wenn die BKW im Kanton oder das EWB in der Stadt Bern neue Angebote machen, irgendwie selber einen Elektroservice aufgezogen oder eben irgendwie Dachdecker angeboten haben, wo man die Privaten konkurrenziert, da sollte man einfach aufpassen. Wir haben hier den liberalen Teil und wir sind wirklich der Meinung, man sollte dem zustimmen. Ich halte mich jetzt hier bewusst kurz. Nicolas Lutz wird euch nachher aus Sicht eben der behandelten Kinder und der Familien sagen, wieso eben das Schulzahnarzt-Modell weiterhin fortgeführt werden soll, darum will ich hier ihm nicht irgendwie das Thema wegnehmen. Das ist die Begründung, die ich so mache. Wie gesagt, ich bin auch bereit, mit der Verwaltung, und Nikolas schliesst sich hier an, zu reden, damit wir anderenfalls eine Lösung finden. Aber einfach für mich muss heb- und stichfest klar sein, dass das Angebot weiterhin gilt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke, für die Fraktion Mitte, Andreas Egli.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Wir haben es schon gehört, die Schulzahnmedizin ist seit längerem zumindest finanziell ein Sorgenkind, die Zusammenarbeit mit der Zahnklinik der Uni ebenfalls schon länger geplant. Die Mitte geht mit dem Gemeinderat grundsätzlich einig, dass die Stabsübergabe an die Zahnklinik das Potenzial für eine Win-Win-Situation hat. Ob sich die Einsparungen für die Stadt wie geplant realisieren lassen oder ob sich Schulzahnmedizin auch von den zahnmedizinischen Kliniken rentabel betreiben lässt, wird sich zeigen. In Anbetracht der Höhe des geschätzten Einsparpotenzials ist zumindest ein gewisses Polster, bis das es im Vergleich zu heute allenfalls doch zu Mehrkosten kommt, vorhanden. Für die Zahnklinik ist es – das ist das zweite Win – eine Möglichkeit, neue Patient*innen am Ende der Schulpflicht zu akquirieren. Diese Patient*innengruppe, welche neu nicht mehr im Rahmen der Schulzahnärztlichen Dienste behandelt würden. Die ursprünglich nicht favorisierte örtliche Trennung erweist sich hier vielleicht sogar als positiv im Sinne des vorher schon diskutierten Wettbewerbs zugunsten der privaten Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte. Sie sind nämlich jene Gruppe, welche bei der Übergabe nicht einbezogen wurden und nun für das Weiterführen ihrer Tätigkeit auf den Goodwill der Zahnkliniken angewiesen sind. Die Stadt kann hier dann nicht mehr mitreden. Last but not least, das dritte Win, sicher auch eines für die Schülerinnen und Schüler, die neu von einem schulzahnärztlichen Dienst, welcher, wenn es sein muss, die gesamte Breite an zahnmedizinischer Expertise im Hintergrund verfügbar hat, profitieren können. Kein Win ist definitiv für die betroffenen Kinder und Jugendlichen die Aufhebung von Artikel 60 Absatz 2 im Schulreglement. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat hier den Rotstift ansetzt. Prävention von Krankheiten ist wichtig und oft günstiger als deren spätere Therapie. Gerade bei zahnmedizinischen Krankheiten ist eine gute Prävention wichtig, da hier Behandlungskosten in den meisten Fällen nicht von der Krankenkasse übernommen werden, sprich bei finanziellen Engpässen vermieden oder hinausgeschoben werden. Daher lehnt die Mitte den Antrag des Gemeinderates ab, respektive nimmt den Antrag der SBK an. Bleibt zum Schluss noch die Kröte der ausgeschlossenen privaten Schulzahnärzte. Wollen wir diese schlucken? Die Mehrheit der Fraktion sagt Ja, weil das Gesamtprojekt überwiegt. Ganz kurz noch zur Motion. Ich bin der Meinung, dass das Konzept der Schulzahnklinik sich nicht eins zu eins auf ältere Menschen übertragen lässt. Sie haben vielleicht keine Familienmitglieder, die sich um sie kümmern wie die Eltern oder die Erziehungsberechtigten bei Kindern, sie sind oft nicht mehr so mobil, sowohl physisch wie auch mental und sie verbringen die meiste Zeit nicht in einem Schulzimmer, sondern sind selbstständig zu Hause, zumindest der grösste Teil von ihnen. Etwas mehr Zeit für Gedanken zu neuen Konzepten ist hier sicher angebracht, auch wenn das schon lange, lange her ist, seit die Motion eingereicht wurde, vor allem auch im Hinblick auf den Wechsel des schulzahnärztlichen Dienstes an die zahnmedizinischen Kliniken, welche dank der Klinik für Geront Odontologie sicher auch einiges an Erfahrung in diesem Gebiet mitbringen. Die Mitte wird der Fristverlängerung zustimmen. Merci.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die Fraktion SP-JUSO spricht sich für die Annahme sowohl der Teilrevisionen der Reglemente, die uns Oliver vorgestellt hat, wie auch des Verpflichtungskredits von 6,6 Mio. Franken zur Auslagerung der Schulzahnmedizinischen Dienste an die Zahnmedizinischen Kliniken der Uni Bern aus. Wir sehen in dieser

Auslagerungslösung eine sehr gelungene Lösung. Die Stadt Bern kann jährlich bis zu 800'000 Franken einsparen, gleichzeitig bleibt das Schulzahnmedizinische Angebot auf hohem Niveau erhalten. Die ZMK bringen grosses Know-how mit, sie haben eine moderne Infrastruktur und sie sind eine etablierte Ausbildungsinstitution. Besonders wichtig ist uns der Umgang mit dem Personal. Hier wurde aus unserer Sicht sehr sorgfältig und vorbildlich vorgegangen. Die Verhandlungen mit den Sozialpartnern fanden frühzeitig statt, die Mitarbeitenden des SZMD werden mit wenigen Ausnahmen übernommen und es wurden faire sozialverträgliche Lösungen gefunden. Gespräche mit den Mitarbeitenden wurden rechtzeitig geführt. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind also die Bedingungen akzeptabel, das ist für uns entscheidend. Ein weiteres Plus ist die niederschwellige Zugänglichkeit der Leistungen. Mit dem neuen mobilen Schulzahnbus wird der Zugang für alle Kinder unabhängig vom Wohnort einfacher. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsvorsorge. Noch zum Antrag der SBK bezüglich Teilrevision des Reglements: Die Rücknahme der Sparmassnahme betreffend Unterstützung für Familien in prekären Verhältnissen ist für uns ein klares Zeichen. Wir wollen auch in Zukunft dafür sorgen, dass niemand in dieser Stadt aus finanziellen Gründen auf die Zahnbehandlung verzichten muss. Wir folgen also hier der SBK. Alles in allem nach der Unsicherheit um den SZMD liegt nun eine tragfähige und zukunftsgerichtete Lösung auf dem Tisch. Sie ist finanziell sinnvoll, sozial fair und auch gesundheitspolitisch verantwortungsvoll. Im Namen der SP-JUSO würde ich euch also bitten, sowohl der Teilrevision sowie dem Übernahmevertrag inklusive Kredit von 6,6 Mio. Franken zuzustimmen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Ich kann mich sehr vielem anschliessen, was da schon gesagt wurde. Schulzahnärztliche Behandlung und Sensibilisierung sind eine wichtige Aufgabe von Volksschulen und Gemeinden und sollen das auch und werden das auch bleiben. Durch sie wird sichergestellt, dass alle Kinder prophylaktisch lernen, wie sie ihre Zähne zu pflegen haben, damit sie ihnen ein Leben lang als gesunde Kauorgane dienen und keine Schmerzen bereiten. Und andererseits gehört die kostengünstige Behandlung von kranken Zähnen auch zu dem Auftrag und soll dies auch weiterhin bleiben, so kostengünstig. Der Schulzahnmedizinische Dienst ist natürlich auch in engem Austausch mit den Volksschulen, die auch einen wichtigen Beitrag zum Erlernen einer wirkungsvollen und regelmässigen Zahnpflege beitragen. Sechsmal im Jahr findet ein geführtes Zähneputzen in der Schule statt oder sollte stattfinden, fünfmal unter Beaufsichtigung einer Lehrperson und einmal in Anwesenheit einer Fachperson. Ausserdem müssen die Schüler*innen bestätigen, einmal im Jahr in einer zahnärztlichen Kontrolle gewesen zu sein. Und so wenig beliebt das gemeinsame Zähneputzen bei Lehrpersonen und Schüler*innen gleichermassen ist und auch das Nachrennen von den gelben Zähnekarten ist nicht eine Lieblingstätigkeit der Lehrpersonen, so unbestritten ist doch die Wichtigkeit, dass man eben genau dies tut und es so kontrollieren kann. Genauso sind wir uns ja auch in diesem Rat einig über die Relevanz der Zahnpflege und einer hohen Qualität des Schulzahnmedizinischen Dienstes. Die Eingliederung der SZMD in die Uni Bern ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion eine sehr begrüssenswerte Lösung. Zahnmedizin ist ein sehr lukrativer Berufszweig, bei dem man viel Geld verdienen kann und da kann die Schulzahnmedizin lohntechnisch nicht mithalten, umso wichtiger ist es, ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen, wie dies eben mit der Forschungsnähe bereitgestellt werden wird. Für uns sind zwei Dinge besonders wichtig in diesem Projekt, die gut herauskommen. Einerseits ist es, dass die Ausgliederung des

Schulzahnmedizinischen Dienstes auf keinen Fall mit einem Leistungsabbau einhergehen kann. Das wird uns im Vortrag glaubhaft aufgezeigt, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil, wir sehen sogar mit der Einführung der Schulzahnbusse eine neue niederschwellige Möglichkeit, mehr Kinder noch einfacher zu erreichen. Und zweitens ist für uns wichtig, dass das Personal gleiche oder vergleichbare Arbeitskonditionen wie als Angestellte der Stadt Bern erhalten und auch hier wurde für uns im Vortrag detailliert und transparent aufgelistet, welche Auswirkungen die Ausgliederung auf die einzelnen Angestellten haben wird und wir haben den Eindruck, dass wirklich gut und sorgfältig auf individuelle Situationen eingegangen wird. Wir werden selbstverständlich auch dem Antrag der SBK zustimmen, dass der Abschnitt zur Unterstützung von Kindern aus engen finanziellen Verhältnissen nicht gestrichen wird, da Armut nicht zu schlechten Zähnen führen darf. Die GB/JA!-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit und der Teilrevision des Reglements zu, eben inklusive Antrag der SBK, und wir stimmen ebenfalls der Fristverlängerung für der Motion der PdA zu.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Wie wir gehört haben, war dieses Geschäft bei der SBK unbestritten. Es zeigt eindrücklich auf, dass die Übertragung von Aufgaben an private Organisationen ohne Abstriche für Personal und die Qualität der erbrachten Dienstleistung erfolgen kann. Es ist das Paradebeispiel einer Win-Win- oder wie auch schon genannt Triple-Win-Situation. Eine sehr gelungene Lösung also. Zu einem einzigen Punkt im zugrundeliegenden Reglement gibt es seitens der SBK-Mehrheit einen Antrag. Man will nämlich die Beteiligung der Stadt an den Zahnbehandlungen von Kindern aus Familien mit weniger Mitteln nicht aus dem Reglement gestrichen haben. Auch dieser Punkt wurde innerhalb der GFL-Fraktion wild diskutiert und wir haben entschlossen, dass wir hier Stimmfreigabe machen werden. Einerseits, weil Zahnbehandlungen vom Sozialdienst beglichen werden und gerade Leute, die in prekären Verhältnissen leben und nicht zum Sozialdienst gehen, beispielsweise weil sie um Konsequenzen für ihre Aufenthaltsbewilligungen fürchten, sich kaum von der Stadt aus, diese Sozialhilfe zugestehen lassen. Andererseits sehen wir es als sehr, sehr relevant, dass gerade im Kinder- und Jugendlichenbereich die Prävention sehr, sehr relevant ist, genau. Zum restlichen Teil des Geschäftes stimmt die GFL-Fraktion zu. Auch bezüglich der Fristverlängerung stimmen wir dem Antrag zu. Mit der geplanten Übernahme der heutigen Aufgaben des SZMD inklusive dessen Leistungskatalog ab 1. Januar 2026 durch die ZMK – viele Abkürzungen schrecklich – wird diese Richtlinienmotion sozusagen obsolet. Daher stimmen wir der Fristverlängerung zu. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, für die Fraktion FDP Oliver Berger. Ihr könnt euch für Einzelvoten anmelden.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich halte noch kurz das Fraktionsvotum und ich mache es wirklich kurz. Die Dokumente sind sauber und korrekt ausgearbeitet worden, der Prozess war fair und das Angebot kann ceteris paribus weitergeführt werden und auch für das Personal entstehen unter dem Strich keine Nachteile und es kostet uns als Stadt am Schluss noch weniger. Für die FDP überwiegen deshalb die Vorteile und wir stimmen den 3 Vorlagen inklusive der Fristverlängerung zu. Den Antrag auf Rückweisung der Mitte und der SVP lehnen wir ab, ebenso den Antrag der SBK. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, als Einzelsprecher Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Zahnmedizin ist etwas Wichtiges und mir geht es hier überhaupt nicht darum, dass man jetzt die städtische Zahnklinik in die ZMK überführt. Das ist eine gute Lösung und das macht absolut Sinn. Was einfach nicht ganz klar ist, ist, dass man einerseits sagt, es gibt 3 Kategorien, es gibt die ZMK, es gibt die privaten Schulzahnärzte, es gibt die privaten Zahnärzte. Und man sagt, in der Übergangsfrist können die privaten Zahnärzte das auch noch machen, im Reglement sind die aber gar nicht mehr drin, das ist schon sehr komisch, oder? Und wir haben ja diesen Antrag gestellt und wir haben gesagt: "Ja, dann muss man wahrscheinlich doch nachher nachverhandeln." Und dort natürlich die Frage an die zuständige Gemeinderätin: Ja, was heisst die Übergangsfrist? Ist das ein Jahr, sind das 2 Jahre, sind das 3 Jahre? Und natürlich hat man mit der SSO, also das ist der Schweizerische Zahnärzteverband, also die Sektion Bern, gesprochen. Die Frage ist einfach, über was hat man gesprochen? Über die Überführung, die unbestritten ist, die Sinn macht. Oder hat man gesagt: „Ja, zukünftig müssen alle Kinder dahin.“ Ihr müsst euch das vorstellen, das ist, wie wenn man sagt, das Stadttheater wird outsourced und das kann jetzt weiterspielen. Egal, es spielt eigentlich nicht so eine Rolle. Und zukünftig, sagt man, es gibt nur noch ein Stadttheater, das subventioniert wird und die anderen fallen weg. Und die Frage ist, hat man das mit denen der SSO, aber auch mit den Zahnärzten, die das heute machen, wirklich besprochen? Da bin ich gespannt auf die Antworten von denen. Und warum ist es auch wichtig, dass es eben noch private Schulzahnärzte gibt? Gerade Leute, die sprachlich Mühe haben, wo gehen die hin? Die gehen zu einem Zahnarzt, der vielleicht ihre Sprache spricht oder wo jemand in der Praxis ist, der die Sprache kann. Und es hilft vielleicht auch, wenn das halt nah ist, oder? Aber ich sage nicht, dass das Projekt total schlecht ist oder so. Aber die Frage ist einfach, und ich bin gespannt auf die die Antwort der Gemeinderätin, was hat man dort wirklich besprochen. Was ist das Ziel? In welcher Frist will man das noch weitermachen oder will man es doch nicht mehr weitermachen? Noch zum Sparpotenzial: Ich mache hier noch nicht so lange Politik, aber in der Gesundheitspolitik schon relativ lange. Und dort wird bei jedem Projekt immer gesagt, dass da gespart wird. Der Outcome könnt ihr euch ja selber mit der aktuellen Lage vorstellen. Also bin ich dort immer ein bisschen skeptisch. Denn die Gefahr ist nämlich genau das, dass am Schluss es nur noch ein Anbieter macht und dieser Anbieter sagt nachher: "Ja, es reicht nicht, wir müssen mehr Geld haben." Inselspital, 100 Mio. Franken letztes Jahr. Genau das passiert, denn es ist eben kein Privatanbieter, das muss man sagen, es ist Halb-Kanton. Also von daher ist dort einfach ein gewisses Risiko da. Wir sind auch bereit, je nachdem, wie die Antwort ist, den Antrag zurückzuziehen. Aber ich fordere, dass man wenigstens mit diesen jetzigen privaten Schulzahnärzten zusammensitzt an einem runden Tisch und die informiert, was ist jetzt das Ziel dieser ZMK, wie ist die zukünftige Zusammenarbeit angedacht. Danke vielmals.

Präsident: Merci. Gibt es noch Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Danke vielmals, auch für diese differenzierte und lebhaftige Debatte und vor allem für das wohlwollende Aufnehmen dieses Geschäftes. Insbesondere bedanke ich mich auch beim SBK-Referenten, der sich durch den Dschungel dieser vielen Reglementarien durchgekämpft hat. Danke vielmals, Oliver. Trotz dieser breiten Unterstützung im Gesamten, die mich natürlich sehr freut, möchte

ich angesichts der politischen Bedeutung dieses Geschäftes doch noch auf einige Aspekte eingehen, denn es geht hier um die dauerhafte Ausgliederung der städtischen Aufgabe der Schulzahnmedizin von der einen öffentlichen Hand der Stadt an die andere öffentliche Hand der Uni Bern nach wie vor im Auftrag der Stadt Bern. Im Kern der Vorlage steht die Frage, wie wir als Stadt Bern den kantonalen Schulzahnmedizinischen Auftrag ausführen und organisieren. Die Gemeinden sind nämlich gemäss Artikel 60 des Volksschulgesetzes verpflichtet, bei allen Schulpflichtigen eine jährliche Kontrolluntersuchung sowie ein kostengünstiges Angebot für die Zahnbehandlung bereitzustellen. Diese Aufgabe hat eine wichtige präventive Wirkung für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wir stehen gemeinsam sehr stark hinter ihr. Aktuell leisten wir diese Aufgabe durch unseren städtischen Schulzahnmedizinischen Dienst. Dieser bietet in der Frankenstrasse in Bern-West die obligatorischen Untersuchungen sowie weitere zahnmedizinische Angebote an. Die Eltern bzw. Kinder und Jugendliche können ihre obligatorischen Untersuchungen eben auch alternativ, entweder kostenlos bei den privaten Schulzahnärzt*innen irgendwo in der Stadt einholen oder bei einer Privatzahnärztin oder -arzt, welche keinen Vertrag hat mit der SZMD für diese kostenlose Untersuchung und in diesem dritten System ist es dann kostenpflichtig.

Der SZMD beschäftigt uns als Stadt schon seit langem immer wieder betrieblich und entsprechend auch politisch und er war auch hier im Stadtrat schon seit Jahren immer wieder ein Thema. Das Umfeld der Zahnmedizin, das ist ein herausforderndes, der Tarifdruck ist hoch. Mit Reihenuntersuchungen wird übrigens niemand reich, auch die Privaten nicht und es ist schwierig, Personal zu finden für unser SZMD, unter anderem auch, weil andere zahnmedizinische Gebiete lukrativer sind. Deshalb war der Gemeinderat auch schon länger daran, eine stabilere Lösung für das städtische Angebot zu suchen und hat darum die Verhandlung mit der Uni Bern schon länger aufgenommen und diese Verhandlungen waren sehr intensiv und es mussten viele Details geklärt werden. Und es freut mich nun wirklich ausserordentlich, können wir heute so eine solide und aus verschiedensten Perspektiven gewinnbringende Lösung zur Verabschiedung vorlegen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch herzlich bei der Uni Bern und deren zahnmedizinischen Klinik hierfür bedanken und freue mich auf die kommende Zusammenarbeit. Ebenso bedanke ich mich auch bei den Sozialpartnern, mit denen wir uns auf eine gute Lösung für das bestehende Personal einigen konnten. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die zahnmedizinische Klinik das aktuelle Angebot übernimmt, so wie es besteht. Es wechselt also eben von der einen in die andere öffentliche Hand und die Uni wird den Betrieb in der Frankenstrasse übernehmen, sobald wir dann so weit sind. Organisatorisch wird es aber noch ein neues Angebot geben, mit dem wir davon ausgehen, dass es eine organisatorische Erleichterung für die Eltern und die Kinder und Jugendlichen geben wird und wir niederschwelliger mehr Kinder erreichen bei den obligatorischen Untersuchungen. Das ist nämlich noch ein sehr wichtiger Punkt, der wurde heute noch nicht erwähnt. Wir erreichen heute mit unserem Angebot längst nicht alle Kinder für diese obligatorischen Kontrolluntersuchungen und das ist eigentlich auch ein Problem. Über das Schulbusangebot, welches die ZMK, also die Uni, neu anbieten wird, werden die Klassenuntersuchungen nun in Zukunft, wenn ihr denn dieser Ausgliederung zustimmt, vor Ort in den Schulen gemacht. Es ist davon auszugehen, dass dieses Angebot sehr stark genutzt werden wird und es ist auch davon auszugehen, dass die anderen, die Alternativen dazu, nämlich über die privaten Schulzahnärzt*innen, dass diese Nachfrage dort automatisch sinken wird.

Lassen Sie mich noch folgende Punkte aus den verschiedenen Unterlagen oder Eckpunkten aus den Geschäften herausgreifen. Oliver hat ja erklärt, was es da alles für Reglemente und Verträge gibt, das erspare ich euch im Moment, aber ich will doch

noch ein paar Punkte herausgreifen. Gegenstand des Schulzahnmedizinischen Reglements ist die Schulzahnmedizin und weitere Aufgaben der Stadt im Bereich der Prävention, also eben die Umsetzung des kantonalen Auftrages. Die Behandlung von Jugendlichen nach Ende der Schulpflicht und von Erwachsenen ist nicht expliziter Teil des SZMR-Aufgabenkatalogs, aber unabhängig von der Aufgabenübertragung bietet die Uniklinik bereits heute Behandlungen in hoher Qualität und zu moderaten Kosten an, das kann weiterhin so genutzt werden. Das Reglement verankert das Obligatorium für die jährliche Kontrolluntersuchung für alle Schulpflichtigen. Wir haben das auch so festgehalten, dass die Durchsetzung dieses Obligatoriums über den Leistungsvertrag kontrolliert wird, dort sollen 90% der Betroffenen jährlich untersucht werden müssen. Jetzt komme ich noch auf den SBK-Antrag: Im Schulreglement und Gebührenreglement werden ja auch noch Teile revidiert und in diesem Zug beantragt der Gemeinderat die Streichung von Artikel 60 Absatz 2 des Schulreglements. Dieser Artikel diente bis 2020 als gesetzliche Grundlage, Kinder respektive deren Erziehungsberechtigten in schwierigen finanziellen Verhältnissen Beiträge an die Zahnbehandlungskosten auszurichten. Im Rahmen des FIT-Programms wurden diese Mittel gestrichen und die ausführende Verordnung entsprechend angepasst, aber nicht die reglementarische Grundlage. Die Unterstützung wurde aber nicht abgeschafft, sondern erfolgt seither über die Mittel des Ziegler Fonds, der städtisch in der BSS verwaltet wird. Das heisst, es ist einfach ein anderer Topf und der Gemeinderat beabsichtigt diese Praxis über den Ziegler Fonds, unabhängig davon, ob es den Artikel 60 Absatz 2 noch gibt oder nicht, an dieser Praxis festzuhalten.

Dann noch zur Situation des Personals des SZMD: Die Sozialpartner*innen und die Paritätische Ausgliederungskommission haben wir frühzeitig miteinbezogen und sie sind mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden. Die Situation gestaltet sich so, dass die ZMK mit 3 Ausnahmen das gesamte Personal übernehmen wird. Eine von diesen 3 Personen wird auf Anfang 2026 ordentlich pensioniert und mit 2 Mitarbeitenden hat der Gemeinderat separate Vereinbarungen abgeschlossen. Die grosse Mehrheit von 20 Mitarbeitenden verdient bei der ZMK mehr als heute, 3 Mitarbeitende erhalten weniger Lohn als heute, die Stadt ist verpflichtet, diese Differenz während 2 Jahren auszugleichen. Unterschiede bei der Pensionskasse übernimmt auch die Stadt, zudem hat sich der Gemeinderat mit den Sozialpartner*innen darauf geeinigt, für 55- bis 63-jährige Mitarbeitende die Kosten des unterschiedlichen Umwandlungssatzes und in Härtefällen den Wegfall der Überbrückungsrente in der AHV in der Höhe von einem Kostendach von 112'000 Franken zu übernehmen. Genau, der Verpflichtungskredit über insgesamt rund 6,6 Mio. Franken, der umfasst die jährliche Abgeltung an die Uniklinik, den Erlass der Raummiete, die Lohndifferenz und die Lohngarantie, sowie die Übernahme der Unterschiede bei der Pensionskasse. Ihr seht, das Ganze ist ein grosses Paket, das wir ausgehandelt haben mit der Uni Bern und unter anderem haben wir eben auch verschiedene Details ausgehandelt und das Gesamtpaket hat die Unileitung dem zugestimmt, sowie der Gemeinderat auch und ihr könnt dem Gesamtpaket heute zustimmen.

Wie geht es weiter? Ist der politische Prozess dann abgeschlossen, werden die Arbeiten für die Ausgliederung formalisiert, noch der Rest und wir gehen dann in die Umsetzungsphase, die Transformation in eine Ausgliederung, wenn ihr diesem Geschäft zustimmt. Dann könnte schon bald die Uni Bern die Schulzahnmedizinischen Angebote übernehmen und die neuen Angebote aufgleisen. Jetzt noch zum Rückweisungsantrag. Ich habe eingangs vorher erläutert, wie das System aktuell funktioniert mit den privaten Schulzahnärzt*innen, welche auch obligatorische Kontrolluntersuchungen anbieten,

wie das heute funktioniert. Diese haben Verträge im Moment mit der SZMD. Die Uniklinik wird denjenigen Zahnärzt*innen, welche so einen Vertrag im Moment haben mit dem städtischen SZMD, solch einen Vertrag auch neu anbieten. Das geht dann in einer Hand und die Uniklinik hat uns zugesichert, dass sie dieses System vorläufig weiterführen wird. Dies ist auch so im Leistungsvertrag festzuhalten, aber es ist nicht festgehalten, dass dies auf immer und ewig so angeboten werden muss seitens der Uniklinik. Wir haben hier auch nicht eine Frist ausgehandelt, sondern sind dort der Uni entgegengekommen, dass das in ihrem Ermessensspielraum ist, wie sie mit dieser Praxis weiterfahren. Der SSO wurde entsprechend informiert. Ich will hier noch einmal betonen, dass dies ein Resultat des gesamten Verhandlungspaketes ist, wenn ihr das Geschäft rückweist, dann werden wir selbstverständlich in die Nachverhandlung gehen mit der Uni. Das vielleicht noch als Erklärung, weshalb wir verstehen können, warum die ZMK diese Haltung einnimmt. Es ist durch das neue Angebot mit dem Schulbus, der dann durch alle Schulen tourt, davon auszugehen, dass das sehr, sehr hoch genutzt werden wird, weil das organisatorisch für die Kinder wie für die Eltern viel einfacher ist als ein zusätzlicher Besuch bei einer Zahnärztin oder einem Zahnarzt und dass es aufgrund dieses neuen Angebotes, das Angebot der privaten ZahnärztInnen massiv weniger genutzt werden wird. Und von dem her haben wir dem zugestimmt, dass es im Ermessensspielraum der ZMK ist, wie sie mit dieser Praxis dann irgendwann in weiterer Zukunft umgehen wird. Und wenn wir in die Nachverhandlung gehen, ist es auch noch nicht sicher, ob die Uni dann darauf einsteigt und diesen Passus übernimmt. Aber das ist natürlich in eurem Ermessen, wie ihr mit diesem Antrag umgeht. Jetzt weiss ich nicht, es blinkt schon die ganze Zeit. Willst du mir etwas sagen oder blinkt es einfach?

Präsident: Nein, also es blinkt, wenn du noch 30 Sekunden hast, das heisst, ab jetzt bist du eigentlich drüber, das heisst noch 2 Sätze.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Also noch 2 Sätze, noch kurz zur Motion, die Fristverlängerung: Wenn ihr die Ausgliederung der SDMZ heute ablehnt, dann müssen wir sowieso grundsätzlich über die Bücher und brauchen diese Fristverlängerung. Wenn ihr der Ausgliederung zustimmt, dann können wir ja unseren städtischen Dienst nicht mehr wirtschaftlich auf bessere Beine stellen, denn den gibt es dann nicht mehr und deshalb bitte ich euch, dieser Fristverlängerung zuzustimmen. Und ansonsten danke ich euch herzlich für die Unterstützung bei diesen Geschäften im Sinne einer guten Zahngesundheit aller Schulkinder in der Stadt Bern. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Wir kommen somit zu den Anträgen. Wir stimmen als erstes ab über den Rückweisungsantrag gemäss Tischvorlage. Wer das Geschäft, die Traktanden 11 und 12, an den Gemeinderat zurückweisen will, stimmt Grün, wer diese Rückweisung ablehnt, Rot.

Antrag

Tischvorlage Nicolas Lutz (Mitte), Alexander Feuz (SVP)

Die Traktanden 10 und 11 (Reglement und Leistungsvertrag Schulzahnmedizin) seien an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage sicher zu stellen, dass

1. auch die privaten Schulzahnärzte weiterhin langfristig zu den dafür vereinbarten Tarifen in die Versorgung eingebunden werden und sie ihre Leistungen gemäss vereinbartem städtischem Tarif anbieten können.

2. die anderen involvierten Vertragspartner der Stadt Bern konsultiert und rechtlich in diese Lösung eingebunden werden.

Abstimmung Nr. 013

2024.BSS.0112: Antrag Tischvorlage

Ablehnung

Ja	7
Nein	53
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt die Rückweisung abgelehnt. Uns liegen 3 Reglemente vor und wir gehen jetzt Reglement für Reglement durch. Wir beginnen gemäss Antragsliste mit dem Schulzahnmedizinreglement SZMR. Das ist ein Neuerlass, also ein komplett neues Reglement. Es liegen uns keine Anträge aus dem Saal oder von der SBK, vorberatende Kommission zu diesem neuen Reglement vor. Ist dieses Reglement SZMR bestritten? Es ist nicht bestritten.

Das Reglement SZMR unbestritten und damit genehmigt

Wir kommen somit zum Schulreglement. Beim Schulreglement gibt es eine Teilrevision. Der Gemeinderat beantragt eine Änderung in Artikel 60. Ist diese Änderung von Artikel 60 Absatz 1 bestritten? Das ist nicht der Fall. Die vom Gemeinderat beantragte Änderung bei Artikel 60 Absatz 2 ist von der SBK bestritten. Wir stimmen somit darüber ab. Wer das Reglement in der aktuellen Form belassen will, stimmt Grün und wer dem Antrag Gemeinderat auf Aufhebung von Absatz 2 zustimmen will, stimmt Rot.

Antrag

Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR, SSSB 430.101):

Art. 60 ~~Schulzahnärztlicher Dienst~~ **Schulzahnmedizin**

¹~~Der~~ ~~städtische schulmedizinische Dienst~~ **Schulzahnmedizin** gewährleistet den schulzahnärztlichen Dienst ~~gemäss~~ **nach** kantonaler Regelung **und dem Reglement vom [Datum] über die Schulzahnmedizin.**

Absatz 1 ist unbestritten.

² **[aufgehoben]**

Abstimmung Nr. 014 (ungültig)

2024.BSS.0112: Artikel 60 Absatz 2

Annahme

Ja	40
Nein	23
Enthalten	0

Abstimmung wird wiederholt.

Präsident: Also, der Gemeinderat stellt einen Antrag. Der Antrag lautet, Absatz 2 aufzuheben. Die SBK bestreitet diesen Antrag. Und deswegen stimmen wir darüber ab. Die SBK stellt selber aber keinen anderen Antrag, darum mehrten wir nicht aus. Und jetzt kann ich den einen Antrag als grün und den anderen als rot bezeichnen. Vielleicht habe ich es jetzt anders gemacht, als es Vorgänger*innen von mir gemacht haben. Aber

ich sage es noch einmal, wenn ihr Antrag 2 nicht streichen wollt, stimmt ihr Grün. Und wenn ihr ihn aufheben wollt, wie vom Gemeinderat beantragt, stimmt ihr Rot. Ist das für alle klar? Gut, wir stimmen noch einmal ab.

Abstimmung Nr. 015

2024.BSS.0112: Artikel 60 Absatz 2

Annahme

Ja	44
Nein	20
Enthalten	0

Präsident: Der Antrag des Gemeinderats ist somit abgelehnt, das heisst, dass Artikel 60 Absatz 2 unverändert bleibt. Wir kommen zu den weiteren Anträgen des Gemeinderates zu Artikel 60, also Absatz 2bis und Aufhebung Absatz 3. Sind diese 2 Änderungen bestritten? Das ist nicht der Fall. Ist die vom Gemeinderat beantragte Änderung von Artikel 70 bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

Wir kommen zum Gebührenreglement. Der Gemeinderat beantragt in Anhang 4 die Aufhebung von Ziffer 6. Ist diese Aufhebung bestritten? Merci vielmals. Jetzt, wir sind mit allen Anträgen durch.

Nun, ihr kennt es, wie wir diese Reglemente seit gut einem Jahr, anderthalb Jahren behandeln. Wir können jetzt mit einer 2/3-Mehrheit auf eine zweite Lesung verzichten. Ich frage euch also, wollt ihr auf eine zweite Lesung verzichten? Ja oder Nein? Wenn ihr auf eine zweite Lesung verzichten wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr eine zweite Lesung wollt, geht das Geschäft zurück an die SBK, dann stimmt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 016

2024.BSS.0112: Verzicht auf 2. Lesung

2/3-Quorum erreicht

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr seid einstimmig dafür, dass wir auf eine zweite Lesung verzichten. Somit kommen wir zur Abstimmung über diese drei Reglemente. Wenn ihr diese drei Reglemente in der bereinigten Form genehmigen wollt, stimmt ihr Grün, wenn nicht, stimmt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 017

2024.BSS.0112

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Vorlage einstimmig genehmigt.

2024.BSS.0098

11 Schulzahnmedizin in der Stadt Bern: Leistungsvertrag und Übernahmevertrag mit der Universität Bern (Zahnmedizinische Kliniken; ZMK); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 bis 12: siehe Traktandum 10.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über das Traktandum 11, den Verpflichtungskredit. Das ist eine Abstimmung mit fakultativem Referendum. Wenn ihr dem Antrag Gemeinderat, dem Verpflichtungskredit folgen wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr ihn ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 018

2024.BSS.0098: Verpflichtungskredit

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesem Verpflichtungskredit einstimmig zugestimmt.

2019.SR.000051

12 Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Die Schulzahnklinik der Stadt Bern sorgt auch für die zahnmedizinische Versorgung im Alter!

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 bis 12: siehe Traktandum 10.

Präsident: Wir kommen noch zur Abstimmung über Traktandum 12, Fristverlängerung. Der Gemeinderat beantragt eine Fristverlängerung für den Begründungsbericht zu Punkt 2 bis 31. März 2026. Wenn ihr dieser Fristverlängerung zustimmen wollt, stimmt ihr Grün, ansonsten Rot.

Abstimmung Nr. 019

2019.SR.000051: Fristverlängerung

Annahme

Ja	60
Nein	3
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt. Ich danke euch für diese Debatte und der SBK für die offensichtlich sehr gute Vorbereitung dieses Geschäfts und natürlich auch der Verwaltung.

2024.BSS.0089

13 Obdachlosenbereich: Angebotserweiterung Notschlafstellen; Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts in Stadtratskompetenz

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13. Es ist ein Sachgeschäft ohne Referendum: Obdachlosenbereich: Angebotserweiterung Notschlafstellen. Es geht um einen Nachkredit zum Globalkredit 2025 des Sozialamts. Dieser Nachkredit ist in der Stadtratskompetenz. Ich erteile das Wort für die vorbereitende Kommission SBK an Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Ich nehme das Wichtigste vorneweg. Die Kommission beantragt dem Stadtrat, dem Nachkredit in einer Höhe von insgesamt 399'993 Franken im Rahmen des Globalkredits 2025 des Sozialamts zuzustimmen. Der Nachkredit betrifft 2 bereits bekannte und in früheren Ratsdebatten mehrfach diskutierte Angebote im Bereich der Notschlafstellen. Erstens die Notschlafstelle Pluto des Trägervereins "Rêves sûrs" sichert Räume für junge Menschen im Alter von 14 bis 23 Jahren. Hier liegt ein geplanter Leistungsvertrag für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 2025 vor. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 379'993 Franken, wovon 100'000 Franken bereits im Rahmen der Budgetdebatte 2025 zugesprochen wurden. Der nun beantragte Nachkredit beträgt somit 279'493 Franken. Pluto war bis Ende 2025 grossenteils spendenfinanziert. Nun soll der Regelbetrieb unter öffentliche Finanzierung gestellt werden. Und zweitens geht es im vorliegenden Nachkredit, um die provisorische Notschlafstelle Tiefenau, betrieben von der Stiftung Heilsarmee im Auftrag der Stadt Bern, welche im Winter 2024 und bis Ende März 2025 betrieben wurde. Die Monate November und Dezember 2024 konnten innerhalb des Globalkredits bereits gedeckt werden. Für die Monate Januar bis März 2025 wird nun ein Nachkredit von 120'500 Franken beantragt.

Zur aktuellen Lage im obdachlosen Bereich: Die Kommission nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach niederschweligen Übernachtungsangeboten im Bereich Obdachlosigkeit seit mehreren Jahren das vorhandene Angebot übersteigen. Der Bedarf ist da und er ist steigend. Der vergangene Winter hat den Bedarf erneut eindrücklich bestätigt. Flexible und bedarfsorientierte Lösungen sind daher notwendig und dringlich. Der vorliegende Nachkredit ist ein zentraler Bestandteil zur Absicherung und Weiterführung bestehender Angebote. Ich komme nun im Detail zur Notschlafstelle Pluto. Pluto erfüllt eine wichtige Funktion, indem sie jungen Menschen in prekären Lebens- und Wohnsituationen einen sicheren Übernachtungsplatz ohne grosse administrative Hürden bietet. Das Angebot ist für die jungen Nutzenden kostenfrei, damit sie sich nicht in Abhängigkeitsverhältnisse begeben müssen. Zudem können junge Menschen von Sozialberatungen profitieren und ihre Lebenslage selbstbestimmt und längerfristig verbessern. Die Kommission hatte am letztjährigen Kommissionsausflug die Möglichkeit, sich selbst ein Bild vor Ort zu machen und wir waren von der Arbeit und der Professionalität des Pluto-Teams begeistert. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Arbeit von Pluto und dem Verein c Die Kommission begrüsst die angestrebte Überführung der Finanzierung in die öffentliche Hand und unterstützt die Etablierung eines regulären Leistungsvertrages. Es bleiben Fragen zur langfristigen Finanzierung offen, insbesondere hinsichtlich der Rolle von Spendeeinnahmen und Fundraising. Die Kommission begrüsst, dass mittelfristig eine vollumfängliche öffentliche Finanzierung angestrebt wird, auch im Hinblick auf die Entlastung der ehrenamtlichen Tätigkeit des Vereins.

Die Kommission wurde informiert, dass es auf kantonaler Ebene längere Zeit Unklarheiten über die Zuständigkeiten der Betreuung von Jugendlichen in der Notschlafstelle gab, insbesondere weil das GSI, die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons, also auch das kantonale Jugendamt beteiligt waren. Erst nach rund einem Jahr Klärung wurde entschieden, dass für die Unterbringung des Minderjährigen eine kantonale Bewilligungspflicht gilt, verbunden mit Kinderschutzauflagen, die unter anderem dem Anspruch auf Einzelzimmer vorgeben. Diese neuen Anforderungen verändern das Betriebskonzept grundlegend und erfordern mittelfristig eine neue Liegenschaft, da das bisherige Angebot an 7 Betten plus 2 Notbetten und keine Einzelzimmer nicht mehr ausreicht. Die Stadt unterstützt einen Trägerverein "Rêves sûrs" aktiv bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Diese müssen zentrumsnah sein, damit die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Unterkunft zu Fuss vom Bahnhof Bern erreichen können. Die Kommission nimmt positiv zur Kenntnis, dass das kantonale Jugendamt zugesagt hat, alle mit dem Kinderschutz verbundenen Mehrkosten, eben zum Beispiel Einzelzimmer und Betreuung, vollumfänglich zu tragen. Diese Kosten laufen nicht über den vorliegenden städtischen Nachkredit, sondern werden separat durch den Kanton finanziert. Wichtig ist auch, dass alle Minderjährigen unabhängig vom Aufenthaltsstatus aufgenommen werden müssen, gestützt auf die UNO-Kinderrechtskonvention. Hingegen gilt das nicht für volljährige Jugendliche ohne legalen Aufenthalt. Denn die Betreuung wird nach wie vor nicht lastenausgleichsfähig sein und muss weiterhin über Spenden gedeckt werden.

Ich komme nun noch zur Notschlafstelle Tiefenau: Die provisorische Einrichtung konnte im Winter 2024-2025 ein akutes Versorgungsloch schliessen. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Betrieb aufgrund von Quartierwiderständen nicht längerfristig weitergeführt werden konnte. Die Gründe für die Ablehnung, insbesondere die Erschliessungslage, die kumulierte Belastung des Quartiers durch eine grosse Asylunterkunft und die allgemeinen städtebaulichen Rahmenbedingungen werden ernst genommen. Die Kommission erwartet, dass bei der Evaluation neuer Standorte künftig frühzeitig mit betroffenen Quartieren kommuniziert wird und die Verteilung solcher Angebote über das ganze Stadtgebiet möglichst fair erfolgt. Ich komme nun nochmals zur Finanzierung und zur Lastenverteilung. Die Leistungen im Obdachlosenbereich können eigentlich vollumfänglich dem Lastenausgleich zugeführt werden. Dies ermöglicht eine nachhaltige Finanzierung. Gleichzeitig ist aber klar, dass gewisse Angebote insbesondere für Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus weiterhin auf private Mittel angewiesen bleiben. Hier sind langfristige Strategien nötig, um den Trägerverein zu entlasten und gleichzeitig Versorgungslücken zu vermeiden. Die Kommission anerkennt die Relevanz der beiden Angebote und die Dringlichkeit der Finanzierung. Gleichzeitig wird auf die Herausforderungen bei der Standortsuche, der Einhaltung von Kinderschutzbestimmungen sowie der langfristigen Finanzierung hingewiesen. Die Kommission erwartet, dass Stadt und Kanton gemeinsam mit der Trägerschaft Lösungen erarbeiten, um auch künftig ein bedarfsgerechtes und rasches Angebot im Obdachlosenbereich gewährleisten zu können. Die Kommission würdigt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Einsatz der Fachpersonen vor Ort und dankt den Teams der Notschlafstellen für ihre zuverlässige und engagierte Arbeit unter oft schwierigen Bedingungen. Herzlichen Dank und wie bereits erwähnt, wir empfehlen euch den Nachkredit ausdrücklich zur Annahme.

Präsident: Merci. Besteht bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Ja. Ihr könnt euch auch einfach anmelden, dann seht ihr es auch direkt. Dann hat für die Fraktion GB/JA! das Wort, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Der Bedarf an Notschlafstellen steigt in den letzten Jahren immer mehr. Gleichzeitig fehlt es an entsprechenden Angeboten. Eine Angebotserweiterung ist also dringend notwendig. Darum freut es uns als GB/JA!-Fraktion, dass der Kanton nun endlich die Ermächtigung entsprechend angepasst hat, und wir werden dem Nachkredit selbstverständlich zustimmen. Wir begrüßen es sehr, dass die Stadt nun einen Leistungsvertrag mit Pluto ausgearbeitet hat. Pluto füllt wichtige Angebotslücken in der Unterstützung von jungen Menschen in vulnerablen Situationen. Der niederschwellige Zugang und das Angebot der internen Sozialberatung, die zum Beispiel Unterstützung in der Lehrstellensuche bietet, sind unglaublich wertvoll. Nicht zuletzt die hohe Auslastung zeigt, wie wichtig und notwendig dieses Angebot ist. Es ist sehr erfreulich, dass sowohl Stadt als auch Kanton das ebenfalls so sehen. Wichtig ist nun, dass eine langfristige Sicherstellung des Angebots gewährleistet werden kann. Auch bei der Notunterkunft Tiefenau zeigt sich der hohe Bedarf an Notschlafplätzen. Obwohl nicht sehr gut erreichbar, hatte die Notschlafstelle eine konstant hohe Auslastung. Es gilt aber auch hier festzuhalten, dass der Standort nicht wirklich ideal ist. Nicht nur ist er nicht gut erreichbar, die Menschen mussten sich zusätzlich vorher noch an einem anderen Standort anmelden. Das ist für Menschen in Notsituationen keine sehr zugängliche Praxis. Deshalb ist es wichtig, dass ein neuer Standort für dieses Angebot gefunden wird, der zentraler und zugänglicher ist. Sehr toll ist, dass nun zumindest vorübergehend ein zentraler Standort für die FINTA-Notschlafstelle gefunden werden konnte. Spezifische Angebote wie die von Pluto und die FINTA-Notschlafstelle sind wichtig und können viele neue und wertvolle Erkenntnisse für Angebote im Obdachlosenbereich bieten. Grundsätzlich gilt aber, dass die Situation weiterhin prekär ist. Die zunehmende Obdachlosigkeit bleibt alarmierend. Es bereitet uns Sorge, dass immer mehr Menschen auf der Strasse leben müssen. Wir haben als Stadt eine Verantwortung dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein würdevolles Leben und ein sicheres Zuhause haben.

Präsident: Merci, für die Fraktion SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den beantragten Nachkredit zum Globalkredit mit Überzeugung. Die steigende Nachfrage nach Notschlafplätzen in unserer Stadt ist seit Jahren offensichtlich und der vergangene Winter hat erneut auf dramatische Weise gezeigt, wie dringend ein bedarfsgerechtes, flexibles und menschenwürdiges Angebot im Bereich der Obdachlosigkeit oder eben der vorübergehende ist. Genau hier setzt der vorliegende Nachkredit an. Er sichert die Finanzierung eines Angebotes, das sich in der Praxis bewährt hat, das Lücken füllen kann und vor allem eines tut, Menschen in Not konkret Hilfe leisten. Die Notschlafstelle Pluto des Trägervereins "Rêves sûrs" sichert Räume, richtet sich an 14- bis 23-jährige junge Menschen in prekären Wohn- und Lebenssituationen. Seit Juni 2022 leistet Pluto mit einem niederschweligen Zugang und fachlicher Begleitung durch Sozialarbeitende und einem konsequent anwaltschaftlichen Ansatz unverzichtbare Arbeit. Das Angebot wird stark genutzt, ist teils überbelegt und das mit gutem Grund. Es gibt kaum vergleichbare Anlaufstellen für junge Menschen, die einen Ort bieten und sichere Übernachtungen. Pluto ist mittlerweile eine nicht mehr wegzudenkende Institution in der Jugendhilfe in unserer Stadt geworden. Dass diese Notschlafstelle bis heute nur teilweise öffentlich finanziert wird und auf Spendengelder, kirchlicher Träger oder private Unterstützer*innen angewiesen ist, zeigt ein grundlegendes Problem. Soziale Arbeit, die funktioniert, wird oft zu spät, zu knapp und zu bürokratisch unterstützt. Umso wichtiger ist es jetzt,

dass Stadt und Kanton gemeinsam Verantwortung übernehmen und Pluto in einen verlässlichen Regelbetrieb mit langfristiger Finanzierung überführen können. Wir begrüssen ausdrücklich, dass das kantonale Jugendamt die Mehrkosten für Minderjährige übernimmt und der Kinderschutz in den Mittelpunkt gestellt wird. Gleichzeitig braucht es nun dringend eine passende Liegenschaft, um die neuen Anforderungen, eben die Einzelzimmer zu erfüllen. Hier danken wir der Verwaltung für ihre Unterstützung bei der Standortsuche und auch wenn der Druck hoch bleibt, es braucht rasch eine gute Lösung. Aber es ist nicht nur Pluto, das aufzeigt, wie dringend nötig der Ausbau dieses Angebotes ist. Auch die provisorische Notschlafstelle Tiefenau war im Winter 2024-2025 eine wichtige Notlösung, trotz schwieriger Lage und Widerstände im Quartier. Dass solche Widerstände entstehen, nehmen wir ernst, aber wir sind auch überzeugt, dass die Antwort darauf nicht Verdrängung, sondern eine gerechtere Verteilung von Verantwortung in den Stadtgebieten sein muss. An dieser Stelle möchten auch wir ausdrücklich den Mitarbeitenden den Notschlafstellen danken. Sie leisten jeden Tag und eben auch jede Nacht Grossartiges. Sie sind oft die letzten, die noch hinschauen, wenn alle anderen schon wegschauen. Ein besonderer Dank gilt dem Team von Pluto, das mit enormem Engagement und Fachkompetenz einen sicheren Ort für junge Menschen geschaffen hat, die sonst auf der Strasse stehen würden. Die Stadt Bern steht hier in der Verantwortung. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen in Not zwischen Zuständigkeiten, Regelungen und Budgets verloren gehen. Der Nachkredit ist ein richtiger und notwendiger Schritt, aber nur einer von vielen, weiteren werden folgen müssen. Wir stimmen dem Geschäft natürlich zu.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP nimmt den Nachkredit zum Globalkredit bezüglich Angebotserweiterung im Obdachlosenbereich an. Wir anerkennen den Bedarf an zusätzlichen Notschlafstellen, die bisherigen Angebote kommen an ihre Kapazitätsgrenzen. Es braucht deshalb niederschwellige Angebote einerseits für die Jugendlichen mit dem Angebot Pluto und andererseits auch für obdachlose Frauen insbesondere. Beide Angebote werden übrigens von Vereinen angeboten. Wir danken ihnen an dieser Stelle für ihren Einsatz. Der Nachkredit ist zwar rein verwaltungstechnisch wieder einmal ein bisschen unschön, aber für einmal ist er aus unserer Sicht nachvollziehbar und auch vertretbar. Wir nehmen deshalb den Vorstoss an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich glaube, es ist unbestritten, dass der Bedarf an Notschlafstellen gestiegen ist. Die Obdachlosen hier in der Stadt, wenn man so ein bisschen in den Gassen schaut, die haben nicht abgenommen und das Bedürfnis ist da. Und es will nicht jeder nachher irgendwie unter einer Warmluftanlage seinen Schlafsack ausbreiten und dort schlafen. Ich glaube, es ist ein Menschenrecht, dass jeder, der eben keine Gelegenheit hat, unter einem Dach, in einem Zimmer oder in einem Bett zu schlafen, dass er das Anrecht hat in einer Notschlafstelle unterzukommen. Aus diesem Grund unterstützen wir den Vorstoss. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Die Angebote im Bereich der Obdachlosenhilfe beschäftigen die Stadt zurzeit intensiv. Die Zahl der obdachlosen Menschen ist in Bern in den letzten Jahren stetig angestiegen. Die bestehenden Angebote können den aktuellen Bedarf nicht mehr abdecken und das nicht erst seit heute. Sei es im Bereich der Notschlafangebote oder auch im Bereich der Aufenthaltsräume, wobei die Aufenthaltsräume jetzt nicht Gegenstand von diesem Geschäft sind. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben deshalb grosse Anstrengungen unternommen, um die Angebote in der Obdachlosenhilfe zu erweitern, gemeinsam mit den engagierten Partner*innen, die auch überall an Ecken und Enden versuchen, dieser Notlage zu entgegnen und sich engagieren für mehr Schutzräume für die Leute in Bern. Wir haben beim Kanton erfolgreich beantragen können, diese Angebote über den kantonalen Lastenausgleich finanzieren zu lassen. Zurzeit sind im Bereich Obdachlosenhilfe gleich mehrere Geschäfte auf dem Weg in den Stadtrat. Heute legen wir Ihnen das erste dieser Geschäfte vor. Es handelt sich um den Nachkredit zum Verein "Rêves sûrs". Entschuldigung, den Verein "Rêves sûrs", also das Angebot Pluto, mit dem wir einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben und um das temporäre Notschlafangebot in der Tiefenau, dass wir letzten Winter dort anbieten konnten. Es ist ja vielleicht ein bisschen eine technische Sache auch, dass wir hier mit Nachkrediten arbeiten. Das liegt daran, dass es immer einen Vorlauf braucht mit diesen Ermächtigungen beim Kanton, aber wir trotzdem so schnell wie möglich handeln wollen und die Angebote dann anbieten, wenn sie auch wirklich anfallen. Deshalb kommen wir jetzt in diesem Fall mit Nachkrediten und das wird vermutlich ab und zu dann noch der Fall sein.

Es geht einerseits eben um den Nachkredit für den Globalkredit des Sozialamtes auf das laufende Budget 2025. Dieser wird einerseits nötig, weil der Gemeinderat eben diesen Leistungsvertrag mit "Rêves sûrs" abgeschlossen hat. Hier geht es um ein Angebot für Jugendliche und junge Erwachsenen an der Studerstrasse 44. Der Leistungsvertrag läuft seit April 2025 und sichert den Fortbestand des Angebots, der ja aus freiwilliger Arbeit gestartet ist und professionell betrieben wird und aus finanziellen Gründen hier gefährdet war. Andererseits wird der Nachkredit nötig, weil wir im vergangenen Winter 2024 und 2025 dieses provisorische Angebot in der Tiefenau hatten mit 20 Plätzen, die dort betrieben wurden, um die grössten Lücken im Bereich der Notschlafangebote zu decken und die obdachlosen Menschen in dieser Lage so gut wie möglich zu schützen. Die Probleme wurden genannt in Bezug auf den Standort in der Tiefenau. Eben hier sind wir laufend daran, alternative Standorte zu suchen. Wir sind schon fündig geworden, das ist heute auch schon erwähnt worden, im Falle der FINTA-Notschlafstelle, die wir eröffnen konnten an der Kursaalstrasse. Dort haben wir eine supergute Lösung gefunden für den Moment und das ist sicher auch geografisch ein viel besserer Standort, das wurde vorhin auch schon von anderen Votant*innen erwähnt. Es ist sehr wichtig, dass wir möglichst zentrumsnah diese Notangebote schaffen können, weil es ist zu hochschwierig, wenn wir hier in die Peripherie gehen. Weil die Leute sich zum Beispiel ein ÖV-Ticket nicht leisten können und dann zu Fuss diese Angebote zu erreichen, das ist wirklich zu hochschwierig. Wichtig erscheint mir auch noch zu betonen, dass die Kosten für diese beiden Angebote vollumfänglich in den kantonalen Lastenausgleich eingegeben werden können und durch den Kanton zurückerstattet werden. Die Stadt beteiligt sich aber selbstverständlich über den Lastenausgleich an den Angebotskosten, das heisst, es fallen durchaus noch Kosten an für die Stadt, das ist aber ein kleiner Betrag. An dieser Stelle möchte ich mich auch beim Kanton bedanken, der hier sehr konstruktiv mit uns zusammenarbeitet. Und am Schluss will ich mich auch ganz herzlich noch einmal explizit bei allen, die sich im Moment mit Hochdruck um die Verbesserung der Lage in der Stadt so stark engagieren, ganz herzlich bedanken, sehr

konkret beim Team Pluto und dem Vorstand "Rêves sûrs" und der Heilsarmee, unserer Partnerin. was die anderen Notschlafstellen angeht. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Kredit. Wer ihn genehmigen will, stimmt Grün, wer ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 020

2024.BSS.0089

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Nachkredit zum Globalkredit einstimmig zugestimmt.

2025.FPI.0024

14 Erneuerung der Drucker und Multifunktionsgeräte in der Stadtverwaltung inklusive Volksschulen (Projekt MFG2026); Investitionskredit und Verpflichtungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 14, ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um die Erneuerung der Druck- und Multifunktionsgeräte in der Stadtverwaltung inklusive Volksschulen. Ich erteile das Wort für die vorberatende Kommission RWSU, an Raffael Joggi, der noch angemeldet werden müsste. Ich erteile dir das Wort, sobald ich kann. Jetzt.

Raffael Joggi (AL) für die Kommission: Entschuldigung, dass ich das IT-System schon wieder strapaziert habe. Aber damit wären wir auch schon beim Thema. Genau, ich darf hier für die RWSU das Geschäft kurz vorstellen. Ich gehe da jetzt nicht auf alle Details ein, das würde zu lange dauern. Ihr habt das lesen können, falls es euch interessiert. Im Wesentlichen müssen die Drucker und Multifunktionsgeräte in der Stadt und in den Volksschulen ersetzt werden. Das ist jetzt fällig, denn der Rahmenvertrag läuft bereits 7 Jahre. Also Rahmenverträge werden, das mussten wir auch feststellen, nach 5 Jahre in der Regel eigentlich für solche Angebote ausgeschrieben und die konnten jetzt noch um 2 Jahre verlängert werden. Und Ende April 2026 kommt dieser Vertrag zu seinem Ende und somit wurde jetzt bereits eine WTO-GATT-konforme Ausschreibungen gemacht. Die Stadt will eine neue Beschaffung machen, und zwar sollen jetzt diese Geräte wieder eingesetzt werden. Man muss sich das so vorstellen. Also die Geräte gehören nicht der Stadt, die werden gemietet, die werden auch gewartet bis zu einem gewissen Grad, und das sind ziemlich viele, 665, wenn ich es richtig im Kopf habe. Genau das zum Geschäft.

Und das ist also keine Kleinigkeit: Es sind ziemlich viele Geräte und auch an vielen Standorten werden die benutzt und unterschiedlich viel, also die Frequenz. Wie oft sie benutzt werden, kann man sich vorstellen. Vielleicht in der Volksschule ziemlich oft, an anderen Orten vielleicht etwas weniger, das heisst die Abnutzung der einzelnen Geräte ist hier durchaus unterschiedlich. Und für die Informatik der Stadt Bern ist es wesentlich, dass hier auch Support geleistet wird, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite,

können aber auch die einzelnen Dienststellen und Büros, das bis zu einem gewissen Grad auch selber lösen, gewisse Probleme und halt erst dann zum externen Dienstleister gegangen wird, wenn das ganze Problem grösser wird. In der RWSU hat es für Gesprächsstoff gesorgt, dass einerseits mehr Geräte als im letzten Vertrag gefordert werden. Im jetzt noch laufenden Vertrag handelt es sich, glaube ich, um 570 Geräte, im neuen Vertrag sollen 665 Geräte beschafft werden. Wobei man hier differenzieren muss, denn es ist ein Rahmenvertrag. Es wurde dann auch erörtert, dass dies quasi ein Deckel ist und dass innerhalb dieser Zahl Geräte bestellt werden können. Also es ist wie eine Vorbestellung, aber sie müssen dann nicht bezogen werden. Aber es ist schon so, dass mehr Geräte gebraucht werden, weil halt auch mehr Volksschulen insbesondere gefragt sind. Die Digitalisierung hat den Papierstau noch nicht so stark eingeschränkt. Also wird doch noch viel gedruckt. Und von dem her kostet das dann auch ein bisschen mehr, und das ist auch moniert worden. Der Grund dafür ist natürlich die Inflation.

Die neueren Geräte sind einfach teurer, weil sie angeblich toller sind. Nein, ich darf nicht wertend sein. Also es wird gesagt, dass sie besser sind. Es wurde aber tatsächlich auch diskutiert, um wie viel besser ein Drucker sein kann. Also sie funktionieren jetzt schon gut. Ich glaube, aus der Ausschreibung wird ersichtlich, dass die Stadt eigentlich hier nicht viel mehr neue Eigenschaften, Features braucht. Also es ist eigentlich ein Fortbestehen des jetzigen Ist-Zustands. Von dem her werden ein paar Kleinigkeiten sicher besser sein und die neuen Geräte werden sicher auch umweltverträglicher sein. Und dann kommt noch der dritte Punkt, der in der Kommission zu reden gegeben hat. Sie werden zwar vielleicht leistungsfähiger und vielleicht etwas sparsamer sein, aber sie werden neu hergestellt und das sind halt neue Geräte. Also die graue Energie ist tatsächlich hier auch ein Thema. Es ist tatsächlich dann auch kritisiert worden, dass es sehr unschön ist, dass wir hier durchaus noch Geräte haben in der Verwaltung, die noch lauffähig sind und ersetzt werden. Es gibt solche, die man ersetzen muss, aber wahrscheinlich auch solche, von denen man ausgehen muss, dass die bereits ersetzt worden sind, deshalb gibt es hier auch so ein Kontingent. Auf jeden Fall ist es uns nicht möglich, hier von der Stadtverwaltung hergesehen, diese Geräte zu behalten, die werden halt einfach im schlimmsten Fall nächsten Mai weggeräumt.

Von dem her ist es so, dass dieses Geschäft, wie viele andere in diesem Bereich, ziemlich alternativlos daherkommen. Also wenn wir wollen, dass noch weiterhin gedruckt werden kann nächsten Sommer, dann wird hier sehr stark anempfohlen, dass man dieses Geschäft jetzt auch annimmt. Bei einer Rückweisung oder einer Ablehnung würde das kaum mehr möglich sein, eine Neuausschreibung und die ganze Evaluation bis nächsten Sommer hinzukriegen. Es gibt also hier ein gewisses Risiko, dass das dann in die Hose gehen würde. Von dem her empfiehlt euch eine Mehrheit der RWSU-Kommission das Geschäft zur Annahme. Und jetzt die Frage, soll ich gleich das Fraktionsvotum halten?

Präsident: Wenn du ein Fraktionsvotum halten willst, besteht offensichtlich Diskussionsbedarf. Ihr könnt euch für allfällige weitere Fraktionsvoten anmelden. Für die Fraktion AL-PdA-TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Vielen Dank. Ja, es gibt Diskussionsbedarf. Also die Probleme, die schon vorhin angesprochen wurden, teilt die AL/PdA/TIF-Fraktion und wir sind nicht zufrieden, wie es auch in diesem Geschäft läuft. Wir haben das mehrmals schon angesprochen. Das Problem ist, dass wir hier enge Vorgaben haben, rechtliche Vorgaben auch im Beschaffungswesen, das können wir nicht einfach so ändern,

wir sind aber trotzdem der Meinung, dass wir hier jedenfalls über die Bücher müssen, wie man nachhaltige Ausschreibungen macht. Und "nachhaltig" im Sinne, dass diese Kriterien vielleicht angepasst werden können, da man bestehende Hardware schon hat. Oder zumindest, dass die nächste Ausschreibung kompatibel ist mit der bestehenden Hardware. In diesem Geschäft ist es beispielsweise so, dass jetzt eine neue Marke kommen soll. Also HP-Drucker und ich weiss nicht, was jetzt für Drucker im Einsatz sind. Und das hat weitere Kosten auch für die Verwaltung zufolge, weil die Print-Server und die Infrastruktur halt auch angepasst werden müssen. Das ist alles in dem Sinn wieder neu gemacht. Das monieren wir und finden es eigentlich schade, dass wir hier nicht eine Lösung finden können, trotz Ausschreibung und trotz gewissen Richtlinien, dass man eigentlich hier Geräte, die noch funktionsfähig sind, einfach weiterführen kann. Wir sehen von der Fraktion her hier ein Hauptproblem, dass letztendlich halt vermeintlich gespart werden soll. Also wenn man die Informatik halt nicht ordentlich bestückt in der Verwaltung, dann kann sie das auch nicht selber machen, also wird das eingekauft von externen Dienstleisterinnen. Das entbindet uns letztlich von einer gewissen politischen Verantwortung, aber nicht unbedingt von einer ökologischen. Denn wenn diese Geräte bei uns in der Stadtverwaltung, wenn die uns gehören würden, also der Stadt, könnten wir die auch behalten. So ist es halt im Rahmen eines Vertrages quasi wie ein Leasing oder eine Miete und wir haben letztlich die Kontrolle verloren, über die Hardware und wie wir mit der umgehen. Und so ist es in vielen von diesen Projekten. Deshalb hat unsere Fraktion hier Stimmfreigabe beschlossen, weil wir einfach glauben, dass es nicht sein kann, dass wir in diesem Rat eigentlich mehr oder weniger einstimmig diese IT-Projekte durchwinken immer wieder und immer wieder unter anderen Gesichtspunkten und immer wieder, weil es knapp ist und irgendwie alternativlos und schlimm, wenn wir das nicht machen. Es müsste sich da etwas ändern und um dem Ausdruck zu verleihen, würden wir hier, wie gesagt, Stimmfreigabe beschliessen. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich werde das Votum für Mirjam Roder vorlesen, die heute zum Glück oder leider, eigentlich beides, nicht da sein kann. Sie hat Geburtstag, aber sie hat es geschrieben und es ist unerwartet lange für Mirjam, das zeigt aber auch ein bisschen, wie lange die Diskussionen bei uns hin und her und hin und her und hin und her gegangen sind. Also, geschätzte Anwesende, ich muss ehrlich sagen, dieses Geschäft lässt uns nicht ganz überzeugt zurück. Auch wenn wir wohl oder übel am Ende zustimmen werden, möchte ich hier unsere erheblichen Vorbehalte nochmals festhalten. Zuerst einmal scheinen 4 Mio. Franken für Drucker ein sehr hoher Betrag zu sein. Auch mit der Absicht, da zu sparen, wo es niemandem wehtut, hatten wir uns deshalb überlegt, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Wir haben aber dann gemerkt, so einfach ist es leider doch nicht und haben uns schliesslich dagegen entschieden. Unter anderem, weil wir sehen, der Handlungsspielraum ist begrenzt, es handelt sich hier um einen Rahmenvertrag, Und der ist nun einmal auf 5 Jahre mit 2 Verlängerungsoptionen um jeweils 1 Jahr begrenzt, so wie es das öffentliche Beschaffungswesen vorsieht. Das ist keine Besonderheit dieses Projekts, sondern ein strukturelles Problem, das uns immer wieder begegnet. Dass in diesem System keine Nachverhandlungen möglich sind, ist in der Sache unbefriedigend, aber juristisch ist es nun einmal so. Deshalb müsste bei einer Rückweisung wohl oder übel neu ausgeschrieben werden und dann stünden die Schulen und die Verwaltung im schlimmsten Fall oder so wurde es uns zumindest gesagt, ohne Drucker da und das wollen wir ja auch nicht. Ein

zweiter Punkt, der uns gestört hat, sind die Schulungskosten. Es geht hier um Drucker. Dass Schulungen in diesem Umfang nötig sein sollen, hat uns wirklich überrascht. Offenbar sind diese aber für den Rollout und die Benutzerführung unerlässlich. Wir nehmen das so hin. Dieser Punkt ist auch nicht matchentscheidend. Was uns deutlich mehr gestört hat, ist die Zunahme der Anzahl Geräte, trotz gegenteiliger Absicht in den Ausschreibungsunterlagen. Die Zahl steigt von rund 570 auf etwa 665 Geräte. Zwar wurde dargelegt, dass die vorherige Ausschreibung den realen Bedarf unterschätzt hat und dass heute mehr Schulklassen bestehen, aber wenn im Ausschreibungstext steht, man wolle weiter reduzieren und am Schluss gibt es mehr Geräte als vorher, dann wirkt das widersprüchlich. Gleichzeitig anerkennen wir, dass es sich um einen Rahmenvertrag handelt, das heisst, es wird nicht pauschal bestellt, sondern nur der tatsächliche Bedarf bezogen. Das heisst, der grösste Hebel liegt beim Projektmanagement, zu schauen, dass das Ganze doch noch so nachhaltig wie halt möglich abgewickelt wird. Dieser Punkt hat uns schliesslich überzeugt, den Rückweisungsantrag nicht zu stellen unter der klaren Erwartung, dass das Projektmanagement diese Steuerung konsequent und wirkungsvoll umsetzt. Fazit: Die Ausgangslage ist nicht ideal. Vieles daran zeigt die engen Spielräume, die uns das öffentliche Beschaffungswesen lässt. Das ist frustrierend und wir müssen uns politisch vermehrt mit diesen Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Und auch der Eindruck bleibt, es ist eine teure Lösung für eine standardisierte Dienstleistung. Dennoch ist es richtig, dass die Verwaltung verlässlich mit funktionierungsfähigen Geräten arbeiten kann und das gilt insbesondere auch für unsere Schulen. Deshalb werden wir zähneknirschend diesem Geschäft zustimmen. Danke.

Präsident: Merci für die Fraktion GLP-EVP, Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion wird diesem Geschäft mehrheitlich zustimmen, wir tun dies aber nicht euphorisch. Dieser Beschaffungsvertrag wurde unseres Erachtens nicht gut verhandelt. Ich möchte hier jetzt insbesondere auf einen Punkt eingehen, nämlich auf diese Vertragsausgestaltung. Die anderen Punkte wurden schon mehrheitlich in den vorherigen Voten erwähnt. Als As-a-Service-Vertrag konzipiert, trägt die Stadt hier in diesem Setting zu viele Risiken, eigentlich genau das, was man bei einem As-a-Service-Vertrag verhindern will. Ein Merkmal von einem As-a-Service-Mietvertrag ist es ja genau, dass Wartung und Support und eben auch die damit eingehenden Kosten an den Anbieter ausgelagert werden. Dafür zahlt man ja dann etwas mehr auf einer meist monatlichen Basis. Dass bei diesen Druckern hier jetzt die Stadt nun First- und Second-Level-Support übernehmen soll, Supportaufwand ab 15 Minuten extra bezahlen muss und Verbrauchsmaterial auch selbst berappen muss, leuchtet uns daher nicht ein. Ein solcher Mietvertrag sollte doch eigentlich genau dazu führen, dass die IT entlastet wird und nicht zusätzlich belastet wird, weil man dafür eben mehr bezahlt. Als Stadt Bern, die in der Energie- und Klimastrategie 2035 auch Ziele im Bereich der Kreislaufwirtschaft gesteckt hat, ist diese Beschaffung daher keine Meisterleistung. Klar, wir werden mit einem Einkaufsvolumen oder mit unserem Einkaufsvolumen das IT-Beschaffungswesen nicht revolutionieren können, aber wir müssen es zumindest versuchen, indem wir in diesen Verhandlungen Kante zeigen. Diese Absicht sehe ich im vorliegenden Beschaffungsvorhaben nicht. Es kann nicht sein, dass die Stadt Bern nichts tut, um Strategien wie geplante Obsoleszenz entgegenzutreten. Es ist bekannt, dass zum Beispiel im Bereich Druckerpatronen oft beschissen wird. So sind Patronen im Neuzustand nicht vollständig gefüllt oder im angezeigten Leerzustand immer noch mit einem gewissen Anteil an Tinte gefüllt. Das hat

der Verbraucherschutz zum Beispiel 2017 in Frankreich festgestellt und gegen verschiedene Anbieter Anklage erhoben. Genau solche Praktiken versucht man eben mit einem As-a-Service-Vertrag zu unterbinden, indem man diese Risiken auslagert an die Anbietenden. Hier muss die Beschaffung der Stadt Bern ihre Hausaufgaben besser machen. Wir hoffen, dass das im nächsten Geschäft der Fall sein wird. Ich danke.

Präsident: Merci für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wir von der Mitte-Fraktion sehen ein, dass der Vertrag verlängert werden muss. Auch wenn wir sehen, dass die Kritikpunkte, die genannt worden sind, legitim sind, der Handlungsspielraum scheint sehr klein bis inexistent. Allerdings ist es ein Rahmenvertrag, was bedeutet, dass auch weniger Geräte genutzt werden können, und das muss aus unserer Sicht definitiv ein Ziel sein. Im Sinn einer echten Digitalisierung fordern wir den Gemeinderat auf, mittels interner Steuerung die Anzahl Ausdruck und Geräte im Betrieb zu senken, insbesondere in der Verwaltung. Die gemeinsame Druckernutzung effektiv voranzutreiben und die Anzahl Ausdruck pro Person zu tracken und fehlbare Personen, die 24 Bücher ausdrucken, anzugehen. Wir werden den Verträgen so zustimmen, behalten uns aber vor, nach der Einführung einen Statusbericht zu fordern. Danke.

Präsident: Die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Auch wir werden dem Kredit eigentlich zähneknirschend zustimmen, denn man kann fast nicht anders. Von mir ausgesehen oder von uns ausgesehen, ist einfach das Ganze von der Stadt ein bisschen schlecht verhandelt worden. Man hat keinen Spielraum, man hat keine Alternative. Der Anbieter kann uns quasi ein bisschen dazu zwingen, gewisse Sachen zu übernehmen. Er kann beispielsweise gewisse Stunden für die Wartung dieser Geräte verrechnen oder die Stunden bzw. die Tarife erhöhen. Das sind alles Sachen, die jetzt vielleicht eben noch nicht gedeckt werden können mit dem Kredit, den wir hier sprechen, aber nachher auch einfach spürbar werden, wenn die neuen Geräte im Betrieb sind. Also man ist irgendwie ein bisschen in einem Sachzwang. Und das Gefühl bleibt einfach, ob die Stadt eben das Optimum herausgeholt hat oder hat man das einfach einmal so gemacht. Es tönt einfach manchmal ein bisschen billig, wie nachher die Verträge daherkommen. Auch wie hier nachher vom Hersteller her Sachen aufgezwungen werden, die man einfach quasi übernehmen muss, damit er überhaupt liefert. Das ist im Prinzip schon fast lächerlich, aber es ist so, es wird so gemacht. Ich finde einfach, die Stadt sollte einfach ein bisschen besser verhandeln können, damit man nachher nicht schlussendlich so in einem Sachzwang ist, wie wir es jetzt sind. Denn wir müssen die Geräte bestellen, wir müssen die haben und übernächstes Jahr müssen sie laufen, sonst kann das Ganze nicht aufrechterhalten werden. Aus diesem Grund, um es kurz zu fassen, werden wir dem Kredit einfach auch sehr kritisch und zähneknirschend zustimmen. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann kann sie sich wieder anmelden, für den Gemeinderat Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Entschuldigung, Herr Stadtratspräsident, jetzt war ich zu schnell. Vielen Dank auch dem Referenten Raffael Joggi. Wir haben hier eine spannende Diskussion geführt, die wir sicher noch weiterführen. Es ist auch nicht das erste Mal, dass wir sie hier drin führen und ich bin gespannt, wo uns das noch hinbringt. Wir

sind tatsächlich aktuell in einer Zeit, in der es viele unbefriedigende Geschäftsmodelle auf dem Markt gibt und auch der Wettbewerb auf dem Markt massiv eingeschränkt ist. Wir haben heute auch hier aus der Informatik Bern, Sandro Streit und Silvan Schneider, die mit dem Projekt beauftragt waren. Vielleicht haben Sie es mitbekommen, nach diesen 7 Jahren Betriebszeit müssen nun die städtischen Drucker- und Multifunktionsgeräte ersetzt werden. Und vielleicht deckt das eben die Geschichte nicht ganz ab, denn hier ist ja eben ein Geschäftsmodell dahinter, das so aussieht, dass eine öffentliche Hand oder auch sonst ein Akteur eine Hardware, also in diesem Fall einen Drucker, beziehen kann und gleichzeitig die Serviceleistungen dazu bezieht. Dann ist es genauso, dann ist es eben Verhandlungssache, auf welchem Level dieser Service dann bezogen werden kann. Also ist das ein Pikettdienst über 24 Stunden? Ist das ein Pikettdienst zu den Bürozeiten? Werden ganz einfachste auch Nutzer-Unterstützungsserviceangebote von diesem externen Dienstleister erbracht oder kommt der nur, wenn es so kompliziert wird, dass nur noch jemand, der die Maschinen im Detail kennt, aushelfen kann? All das ist dann eigentlich Teil dieser Verhandlung und das legt man fest und je mehr Service man natürlich einkauft, desto teurer wird es.

Und genau dieses Level, wie das dann festgelegt wird, so wird dann ausgeschrieben und kommen dann auch die Offerten rein und wenn man dann eben diese Offerte in so einem Vertrag spricht, dann hat man auch nur dieses Servicelevel zugute. Und je älter die Geräte werden, desto schwieriger wird das, denn der Serviceaufwand wird immer aufwendiger und es erfordert immer mehr Fähigkeiten, die Geräte zu reparieren, also da müssen immer qualifiziertere Leute dahinter. Je älter die Geräte werden, desto qualifiziertere Leute müssen dann zur Verfügung stehen. Und dann gibt es so einen Zeitraum, den man abmacht: "Okay, bis zu diesem Zeitraum, das heisst bis zu diesem Alter der Geräte sind wir bereit, den Service zu leisten." Und wenn es dann darüber hinausgeht und die Geräte älter werden und anfälliger werden, dann kommen sie nicht mehr, dann müssen wir die Geräte ersetzen. Das Geschäftsmodell ist so. Ich finde auch, das ist wie der Referent – ich glaube, da war er zwar Fraktionssprecher – Raffael Joggi richtig gesagt hat, die graue Energie ist dort nicht genügend eingerechnet, das ist so. Jetzt aktuell aus beschaffungsrechtlichen Gründen kann die Stadt Bern den bestehenden Vertrag nicht über eben diese 7 Jahre hinaus verlängern und es wäre dann eben auch uninteressant, weil die Serviceleistungen halt immer teurer werden, je älter die Geräte werden. Vielleicht hier auch ein Einschub zur Idee, ob wir das jetzt einfach in die Stadt reinnehmen könnten, wir besorgen die Geräte und bauen uns einen Servicedienst auf. Ich finde, das ist sehr prüfenswert, das müssen wir anschauen. Wir müssen uns aber einfach vor Augen halten, wir sind verhältnismässig dann trotzdem ein kleiner Betrieb, um jetzt zum Beispiel so ein Pikett aufrechtzuerhalten und auch entsprechend Fachleute beschäftigen zu können. Aber vielleicht kann man sich auch mit anderen zusammentun. Also ich finde das total prüfenswert.

Jetzt in diesem spezifischen Fall versuchen wir, dieser grauen Energie- und der Effizienzrechnung zu tragen, indem die neuen Geräte energieeffizienter sind als die alten. Sie haben bessere Umweltzertifikate und bestehen zum Teil aus recycelten Materialien. Wir haben auch in diesem Rahmenvertrag eine Gesamtmenge an Geräten ausgeschrieben, das heisst, das ist ein maximaler Bedarf, der auch noch reduziert werden soll. Weil eigentlich das Wichtigste ist, wie überall, wie viel man überhaupt bestellt. Also wie viel man überhaupt an Geräten zur Verfügung stellt und dort ist klar – das ist auch Teil dieses Vortrags –, dass wir jetzt eine Konzeptphase starten und dass in dieser Konzeptphase die Bestellungen wirklich sehr gründlich geprüft werden, um eben die Anzahl benötigter Geräte zu drücken. Bereits jetzt wissen wir, dass wir im Zusammenhang mit

der «Weiterentwicklung Schulinformatik Plattform» (WESP) fast 10% der Drucker einsparen können. Das ist aber natürlich pro Standort respektive pro Klasse. Also wir haben halt einfach viel mehr Standorte und selbst wenn die Anzahl pro Standort und pro Klasse sinkt, haben wir immer noch in absoluten Zahlen mehr Drucker. Ich danke Ihnen, dass wir diese Diskussion weiterführen können, dass Sie auch dem Rat Ihrer Kommission folgen und dieses Geschäft überweisen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Investitions- und Verpflichtungskredit.

Abstimmung Nr. 021

2025.FPI.0024

Annahme

Ja	51
Nein	5
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt diesem Kredit zugestimmt.

2018.FPI.000066

15 Freiburgstrasse 121+121a, 3008 Bern: Sanierung und Neubau; Baukredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 15, ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Freiburgstrasse 121+121a, 3008 Bern: Sanierung und Neubau; Baukredit. Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Kommission: Beim vorliegenden Projekt an der Freiburgstrasse 121 und 121A handelt es sich um eine Gesamtsanierung eines denkmalgeschützten Wohn- und Geschäftshauses sowie eines Neubaus eines angrenzenden Gebäudes. Das Areal liegt in einem städtebaulich bedeutsamen Entwicklungskorridor und in der Nähe des Entwicklungsschwerpunkts Ausserholligen. Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ist Eigentümer dieser Liegenschaften. Das bestehende Gebäude ist als beachtenswert eingestuft und muss erhalten bleiben, es kann aber saniert werden. Die Garage, die nebenan liegt, wird zurückgebaut und dort gibt es einen Neubau. Es ist ein nachhaltiges, sozial ausgewogenes Bauvorhaben mit hoher architektonischer und ökologischer Qualität und in der Kommission RWSU war es unbestritten. Es entstehen 3 neue Gewerbeeinheiten, 13 Wohnungen mit 2,5- bis 4,5-Zimmer und eine Clusterwohnung mit 7 Einheiten. Das Ganze kostet 9,6 Mio. Franken einschliesslich dem bereits gewährten Projektierungskredit von 505'000 Franken. Die Kommission RWSU beantragt euch, diesen Antrag des Gemeinderates anzunehmen. Man hat sich hier wirklich grosse Mühe gegeben, um bezahlbaren Wohnraum an sinnvoller Lage zu schaffen. Mit der PV-Anlage auf dem Dach wird die Solarifizierung der Stadt Bern vorangetrieben. Ich persönlich begrüsse das sehr. Im Namen der RWSU danke ich für eure Unterstützung und eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Den gibt es, für die Fraktion SVP Alexander Feuz. Allfällige weitere Voten, bitte anmelden. Alex, immer erst reden, wenn das Lämpchen leuchtet. Du hast das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe es nur gut machen wollen, sonst wird man verwarnt, wenn man zu wenig rasch spricht. Also, ich habe es kurz machen wollen. Ihr habt gesehen, dass wir einen Rückweisungsantrag gestellt haben, den wir zurückziehen. Ich möchte Melanie Mettler danken. Sie hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass ich vonseiten der Quartierkommission falsch informiert worden bin. Es geht nicht um die Freiburgstrasse 121, sondern um die 139. Dort gibt es eine Überbauungsordnung, darum muss ich den Antrag ohne weitere Bemerkungen zurückziehen. Ich möchte Melanie herzlich danken, dass sie uns darauf aufmerksam gemacht hat. Merci vielmals. Im Sinne der Transparenz lege ich auch meine Fehler offen. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GB-JA, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Auch die GB/JA!-Fraktion bewertet das Bauprojekt insgesamt als gutes und unterstützenswertes Projekt und wir werden dem Geschäft deshalb auch zustimmen. Positiv hervorzuheben ist nämlich, wie bereits Lukas Wegmüller betont hat, dass mit dem Neubau und der Sanierung auf den beiden Parzellen bezahlbarer Wohnraum ohne unnötigen Schnickschnack in guter Lage geschaffen wird. Auch den Erhalt des bestehenden Gebäudes, Stichwort graue Energie, und die Kombination mit dem Neubau ist aus unserer Sicht gelungen und auch die Integration von neuen Wohnformen wie der Clusterwohnung begrüßen wir. Das Projekt nutzt zudem zumindest für Laien auf den ersten Blick den eher ungünstig wirkenden Spickel-Grundriss, auf dem der Neubau erstellt wird, optimal aus und leistet einen Beitrag zur inneren Verdichtung mit gleichzeitig hoher Lebensqualität. Mit der geplanten PV-Anlage auf dem Dach und der Fassade des Dachgeschosses und dem Fernwärmeanschluss ist das Bauprojekt auch energetisch auf Kurs. Ende gut, alles gut? Leider nicht ganz. Auch wenn vieles an diesem Projekt sehr gut und vorbildlich ist, ist es doch nicht ohne einen gewissen bitteren Nachgeschmack geniessbar. Schade ist einerseits, dass durch die Sanierung und den Neubau 3 GüWR-Wohnungen verloren gehen bzw. nur 2 der 3 bestehenden Wohnungen nach der Sanierung im Segment GüWR-Neubau wieder vermietet werden können. Andererseits, und das ist die viel gewichtigere Kritik, ist es für uns unverständlich, warum die Stadt Bern es bei diesem Projekt nicht geschafft hat, eine sozialverträgliche Sanierung umzusetzen und ihre eigenen Empfehlungen einzuhalten, also eine möglichst frühe Information, eine Kündigungsfrist von 12 Monaten oder ein Vormietrecht auf die sanierte Wohnung. Das wirkt umso absurder, weil die Stadt Bern erst kürzlich und ganz in der Nähe der Parzelle, über die wir heute diskutieren, nämlich bei der Sanierung der Liegenschaft an der Schlossstrasse 86-88 gezeigt hat, wie Sanierungen im Segment GüWR mieterinnenfreundlich umgesetzt werden können und das gerne auch als Positivbeispiel verkauft. Wir fordern den Gemeinderat und die Immobilien Stadt Bern deshalb auf, so nachzubessern, dass die Sanierung das Prädikat sozialverträglich auch wirklich verdient und sich bei künftigen Bauvorhaben wieder konsequent am Standard der Schlossstrasse 86-88 orientiert.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Das Wohnprojekt an der Freiburgstrasse 121 und 121 A, über dessen Baukredit wir heute befinden, ist aus unserer Sicht entgegen

meiner Vorrednerin ein sehr gelungenes Beispiel einer sozialverträglichen Sanierung durch den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Zum einen werden die betroffenen Mieter*innen bei der Suche nach einer neuen Wohnung unterstützt und erhalten auch angemessene Fristen. Und zum anderen werden die Wohnungen an der Freiburgstrasse auch nach der Sanierung weiterhin im preisgünstigen Bereich vermietet, denn wo anderenorts teilweise horrenden Renditen nach einer Sanierung verlangt werden, wird hier weiterhin bezahlbarer Wohnraum erhalten. Ebenfalls erfreulich an diesem Projekt ist, dass beim Neubau Cluster-Wohnungen zur Verfügung stehen, wie beispielsweise für Alterswohngemeinschaften oder Generationenwohnungen verwendet werden können, und dass zumindest ein Teil der GüWR-Wohnungen wieder als GüWR-Neubau vermietet wird. Die SP-JUSO-Fraktion ist daher ebenso erfreut über dieses Projekt wie die Kommission und nimmt den Baukredit an.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, es ist unbestritten, die Freiburgstrasse 21 und 21 A. Ich fahre immer dort mit dem Velo durch und ich habe immer ein bisschen Augenschmerz, wenn ich die Gebäude anschauen, wo eben jetzt der Neubau hinkommen soll. Es ist so, dass die Bausubstanz jetzt von den alten Gebäuden wirklich sanierungsbedürftig ist und sogar neubaubedürftig ist. Und dass man dort unbedingt etwas machen muss mit der Werkstatt, die nebenan ist, das ist unbestritten. Ich glaube, man kann nicht einmal eine Tür öffnen dort und schon hat man sie in den Fingern. Und es ist absolut notwendig etwas zu machen und das Projekt, das jetzt hier aufgelegt wurde, finde ich persönlich toll. Ich finde es auch von der Architektur her gut. Es gibt sicher eine Aufwertung des ganzen Quartiers, wenn dort einmal wieder etwas Gutes steht und nicht einfach nur so eine Baracke, mehr oder weniger, wie es eben heute der Fall ist. Auch die Wohnungen, die geschaffen werden können, finde ich gut. Von den Mietzinsen her kann ich es noch nicht genau sagen, aber es ist sicher im Mittelbereich. Ich hoffe, es werde so bleiben und eben das gesamte Projekt wird sicher eben eine Wertvermehrung geben. Nicht nur für die Leute, die nachher darin wohnen können. Ich hoffe auch, dass vielleicht etwa alte Mieter, die jetzt noch in der Liegenschaft sind, vielleicht etwa der eine oder andere dort nachher ein Wohnplatz findet. Und eben, wie gesagt, ich bin voll dafür, dass man jetzt dort etwas macht. Das Bauprojekt ist auch soweit eigentlich baureif, die Verträge und die Einsprache etc., das ganze Verfahren ist gemacht. Und man kann bald einmal dann anfangen zu bauen. Danke, wir werden dem zustimmen. Merci.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Herzlichen Dank und Entschuldigung für die verspätete Anmeldung. Die FDP-Fraktion wird diesem Geschäft auch zustimmen. Das Projekt ist solide, gut geplant und wirtschaftlich tragfähig. Es nutzt den Standort sinnvoll und schafft das, was Bern dringend braucht, nämlich Wohnraum. In einer Stadt, in der der politische Wille oft an der Umsetzung scheitert, ist das nicht selbstverständlich. Die Parzelle liegt im Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen zentral hervorragend erschlossen. Hier wird nicht nur geplant, hier wird realisiert, die Architektur überzeugt, die Mietpreise sind vernünftig, die Finanzierung gesichert. Es wird gebaut und das alleine ist in Bern schon fast eine Nachricht wert. Danke.

Präsident: Weitere Voten aus dem Saal. Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Melanie Mettler. Moment, noch schnell, jetzt kannst du reden.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank hier auch noch einmal dem Kommissionsreferenten Lukas Wegmüller und dem Projektleiter Kurt Glanzmann, der hier da ist, aus der ISB. Sie haben es gehört, wir haben hier eine Gelegenheit für ein Verdichtungsprojekt im Kleinen. Also es gibt nicht nur eine Sanierung eines Altbaus, sondern auch einen Neubau, also bisher 3 Wohnungen und neu 13 Wohnungen. In diesem Projekt ist auch die Wirtschaftlichkeit gegeben und wir hören, dass wir einen Bau von wirklich innovativem, ressourcenschonendem und bezahlbarem Wohnraum haben, der dann auch nach dem Berner Modell vermietet wird, 2 Wohnungen im Bereich GÜWR. Das Projekt berücksichtigt die 3 Säulen der Nachhaltigkeit, der Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt und ich freue mich, wenn Sie diesem Projekt zustimmen.

Präsident: Es war wirklich genau eine Minute. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Baukredit genehmigen will, stimmt Grün, wer den ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 022

2025.SR.0029

Annahme

Ja	55
Nein	2
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt.

2025.SR.0029

16 Interpellation: Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli?

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 16: Interpellation: Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli? Wünschen die Einreichenden die Diskussion. Die Diskussion ist verlangt. Wir stimmen darüber ab, ob ihr die Diskussion gewährt oder nicht.

Abstimmung Nr. 023

2025.SR.0029: Diskussion

1/3-Quorum erreicht

Ja	42
Nein	14
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Diskussion zu dieser Interpellation gewährt. Nun meine Frage an die Einreichenden: Genügen 5 Minuten für das Votum der Einreichenden? Nein? Doch, gut, dann erteile ich für die Einreichenden das Wort an Matteo Miceli. Bitte meldet allfällige Fraktionsvoten an.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Das Interesse im Gemeinderat an arbeitsrechtliche Fragen scheint eher gering zu sein, wenn sie überhaupt existent sind. Nicht umsonst hat die Stadt Bern offenbar bei den Gewerkschaften nicht den besten Ruf, wenn es um Arbeitsbedingungen bei ihnen in Auftrag gegebenen Baustellen und so weiter, geht. Die SP erwartet, dass der L-GAV (Landesgesamtarbeitsvertrags des Gastgewerbes) eingehalten wird. Wie aus der Antwort ersichtlich wird, reicht ihnen als Absicherung dafür aber eine Bestätigung der Beschuldigten, dass dem auch so sei. Das ist ziemlich unseriös. Die Stadt Bern sollte als Verpächterin und Auftraggeberin klare Richtlinien und Regeln aufstellen, anhand derer sie sich orientiert, anhand derer Auftragsleister*innen und Pächter*innen gemessen werden. Klar, auch wir wissen, dass die Stadt Bern nicht die paritätische Kommission ist, trotzdem danke für die Abgrenzung in der Antwort. Aber der Gemeinderat macht es sich hier wirklich erschreckend einfach. Ich meine, schlussendlich ist die Situation die folgende: Seit Jahren kritisieren die Gewerkschaften einerseits und Angestellte andererseits die Kappeler Gastro AG immer wieder, wegen Vorstössen zum Gesamtarbeitsvertrag, zu den Arbeitsbedingungen, zu Lohnzahlungen und so weiter. Das Einzige, was die Immobilien Stadt Bern (ISB) dann hinkriegt, ist, die Kappeler Gastro AG zu fragen, ob das stimmt. Die sagen Nein und alles ist gut. Da läuft doch irgendwie schon etwas schief. Ich meine, das sind schlussendlich irgendwie patriarchale Reflexe, die da an den Tag gelegt und dann wieder heruntergespielt werden. Dabei gibt es klare Hinweise auf Verstösse gegen den L-GAV seitens der neuen Pächterin. Und das zeigt uns klar auf, dass es irgendwie kein grosses Interesse daran gibt und es gibt keine Kontrollmechanismen. Das grosse Dählhölzli musste halt irgendwann besetzt werden, also drückt man halt mal ein Auge zu. Wir fordern den Gemeinderat klar auf, dass er sich hier der Verantwortung nicht entzieht, die Situation weiter beobachtet bzw. die Situation überhaupt ernst nimmt. Denn es kann nicht im Interesse unserer Stadt sein, einen Betrieb zu unterhalten, der dann durch schlechte Arbeitsbedingungen hervorsticht. Vom Tierpark Dählhölzli mit Beuteltieren zu gebeutelten Arbeiter*innen im Restaurant, das klingt zwar vielleicht wie ein neuer Slogan, sollten wir aber verhindern. Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, den Handlungsspielraum voll zu nützen, die Bedingungen im Restaurant im Auge zu behalten und sich zu überlegen, wie sie in Zukunft solche Probleme vermeiden wollen durch klare Regeln, Richtlinien und Kriterien. Mit der unsorgfältigen Antwort auf die vorliegende Interpellation sind wir nicht zufrieden und behalten die Situation im Blick. Merci.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal zu dieser Interpellation? Gut, dann beenden wir die Sitzung hier und machen um 20.30 Uhr, seid bitte wieder pünktlich, mit den angemeldeten Voten weiter.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

02.09.2025

X



Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

03.09.2025

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Franziska Geiser	Esther Meier
Janina Aeberhard	Helin Genis	Salome Mathys
Nadine Aebischer	Thomas Glauser	Matteo Micieli
Timur Akçasayar	Georg Häsler	Szabolcs Mihályi
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Dominique Hodel	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Monique Iseli	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Ueli Jaisli	Simone Richner
Gabriela Blatter	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
David Böhner	Anna Jegher	Judith Schenk
Laura Brechbühler	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Béatrice Wertli
Dominik Fitze	Denise Mäder	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi		

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz	Fuat Köçer	Mehmet Özdemir
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Mirjam Roder
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Michael Ruefer
Bernadette Häfliger	Dominic Nellen	Irina Straubhaar

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Mattias Aebischer, TVS	Melanie Mettler FPI
Alec von Graffenried SUE	Ursina Anderegg BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei
Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Franck Brönnimann, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2025.SR.0029

16 Interpellation: Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli?

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse euch zur dritten und letzten Sitzung des heutigen Tages. Bitte geht an eure Plätze und fahrt den Geräuschpegel runter. Es wäre super, wenn ihr auch in der letzten Sitzung so gut mitmacht wie in den ersten zwei. Wir sind bei Traktandum 16. Vor der Pause hatten wir das Votum der Einreichenden. Wir sind jetzt bei den Fraktionsvoten. Als Erstes hat das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zum Glück hat mich meine Fraktion aufmerksam gemacht, dass ich jetzt doch nicht mehr der 2. Redner, sondern der 1. Redner bin. Ich bin rechtzeitig da. Ich kann vielleicht rasch bemerken, ich finde die Fragen der Interpellanten durchaus berechtigt. Es ist mir natürlich auch klar, ich fange jetzt einmal hinten an, dass natürlich diese Sache wahrscheinlich nicht reichen würde für eine vorzeitige Auflösung des Pachtvertrags. Der Punkt, den ich einfach insinuiere, ist das: Ich habe das fast ein bisschen befürchtet bei dieser Situation. Ihr wisst ja, zuerst hätte ja ein veganes Restaurant das übernehmen sollen. Die sind aus dem Pachtvertrag wiederum ausgestiegen. Ich schaue einfach das ganze Objekt als schwieriges Objekt an. Es ist ein Saisonbetrieb, auf der einen Seite, bei schönem Wetter, werdet ihr überrannt, bei schlechtem Wetter habt ihr wenige Leute. Parkmöglichkeiten soll es ja immer weniger geben. Das ist einfach die Situation eines Betriebs, der relativ gross ist. Ihr wisst ja, ich bin auch gescheitert mit meinen Anträgen. Ich habe das Gefühl, der Pächter wäre vielleicht froh, wenn er nicht so eine grosse Last hätte, wenn er vielleicht gewisse Räumlichkeiten vermieten könnte für Büroräumlichkeiten, Verwaltungsräumlichkeiten des Tierparks. Aber das hat nicht sein sollen, darum ist das für mich einfach wie gesagt ein Betrieb... Herr Haller war ja darauf, früher Bahnhofrestaurant-Betreiber, und ich weiss, ich wohne ja im Quartier, das ist wirklich ein schwierig zu führender Betrieb und da haben sich wahrscheinlich die Leute nicht darum gerissen. Und darum sage ich: Schuster bleib bei deinen Leisten. Die Stadt Bern macht eben häufig Investitionen, von welchen sie nichts versteht. Wir können anfangen bei Citysoftnet, wir können weitergehen bei base4kids. Ich bringe das weitere Beispiel mit dem Wildhainweg, wo man grossartig investieren will, und schlussendlich hat man eben Probleme. Ich bin gespannt, wie es im Viererfeld herauskommt...

Präsident: Wir sind bei den Arbeitsbedingungen im Tierpark Dählhölzli.

Alexander Feuz (SVP): Ich weiss es. Ich habe mir nur erlaubt, aufzuzeigen, was die Konsequenzen einer verfehlten Investitionspolitik der Stadt Bern sind. Das ist für mich der Punkt und ich habe mir erlaubt, gewisse Beispiele aufzuzeigen, weil es mich nicht überrascht, wenn es Probleme gibt. Und wenn man natürlich etwas macht... Es wäre noch schlimmer geworden, wenn man einen Gartenpavillon gebaut hätte mit Glas. Dann hättet ihr wahrscheinlich dort noch mehr Pachtzins zahlen müssen und hättet noch mehr Probleme gehabt. Und das zeige ich auf im Rahmen von meinem Votum. Ich habe das ergriffen und ich sage, das ist die Problematik der Stadt. Man versteht nichts von der Materie teilweise, macht nachher etwas. Ihr habt ja gesehen, auch in der Sache mit den Kitas ist es nicht gut herausgekommen. Ich erlaube mir, das an dieser Stelle zu sagen. Wenn mangelndes Wissen in einer schwierigen Situation, dann fragt man sich eben, ob es hier die richtige Entscheidung war. Und dann hat man natürlich manchmal nicht so

viel Auswahl. Für mich ist auch klar, dass man den Landes-Gesamtarbeitsvertrag (L-GAV) einhalten muss, darum begreife ich, dass die Interpellation eingereicht wird. Aber als Schlussfolgerung muss ich sagen: Man kann dann nicht alles machen. Aber ich lege das Problem so fest, dass man halt ein Objekt hat, das teilweise unglückliche Parameter hat, die Parkplätze hat man abgebaut. Dann muss man sich nicht wundern, wenn sich die Leute nicht darum reissen.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion GB/JA Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Die Kappeler Gastro AG tritt Arbeitsrechte mit Füßen. Wir als Stadt müssen Verantwortung übernehmen. Geschätzte Anwesende, die allgemeine Ausgangslage ist, dass die Stadt das Restaurant Dählhölzli der Kappeler Gastro AG vermietet hat. Das spezielle Problem ist, dass die Kappeler Gastro AG öffentlich angeprangert wurde von ehemaligen Mitarbeitenden, dass sie die Arbeitsbedingungen und den L-GAV nicht einhalten. Deshalb sehen wir, die GB/JA-Fraktion, diese Verpachtung kritisch. Unser Lösungsansatz ist, dass die Stadt Verantwortung übernimmt. Wie Matteo gesagt hat, reicht es nicht, dass sie einfach im Bewerbungsverfahren fragen, wie es um diese Vorwürfe steht, und die Antwort ist: Ja, wir halten ja den GAV ein. Nein, das reicht nicht. Es braucht Belege, dass dieser GAV eingehalten wurde, denn gemäss den Mitarbeitenden wurde er nicht eingehalten, gemäss den Medienberichten wurde er nicht eingehalten. Wo sind die Belege, dass dieser GAV bei der Kappeler Gastro AG eingehalten wurde? Die Stadt kann Verantwortung übernehmen. Sie muss Kontrollen fordern. Sie kann zwar diese Kontrollen nicht selber ausführen, aber sie kann sie einfordern bei der Kontrollbehörde. Es gibt viele Gastrobetriebe und deshalb muss die Stadt, der Gemeinderat Verantwortung übernehmen und diese Kontrollen regelmässig einfordern, denn sonst werden diese nicht gemacht. Der Kappeler Gastro AG muss auf die Finger geschaut werden, denn sie halten den L-GAV nicht ein. Wenn die Stadt Verantwortung übernimmt und diese Kontrollen einführt, dann ist das Ergebnis hoffentlich, dass der GAV eingehalten wird und sich die Stadt somit einsetzt für würdige Arbeitsbedingungen in der Gastronomie. Die Konsequenz ist, der Gemeinderat übernimmt Verantwortung, es werden regelmässig Kontrollen durchgeführt. Und das ist bei der Kappeler Gastro AG enorm wichtig, weil sie öffentlich angeprangert wurde, dass sie Arbeitsbedingungen nicht eingehalten haben.

Präsident: Für die Fraktion FDP Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Ich möchte es kurz machen. Natürlich ist die FDP auch klar dafür, dass die arbeitsrechtlichen Gesetze eingehalten werden. Und wer gut arbeitet, soll auch gut bezahlt werden, das ist für uns klar. Für mich 2 Sachen: Bei dir, Ronja, möchte ich schnell anfügen, das ist nicht die Stadt, die kontrollieren gehen muss. Dafür haben wir ja Gewerkschaften, diese sollen das machen, die haben auch genug Zeit für das. Aber was ich eigentlich sagen möchte, geht eher an Alexander Feuz: Warum ist das so gekommen? Warum hat die Stadt nicht mehr Auswahl? Warum bemühen sich nicht mehr Beizen oder Pächter darum, diese Gaststätte betreiben zu können? Das ist einfach, weil man Überlegungsfehler gemacht hat. Vor 4 Jahren hat man das umgebaut und ich bin jetzt dort nicht der gleichen Meinung wie Alex. Ich habe das Gefühl, dieser Pavillon hätte gutgetan, das hätte den Betrieb aufgewertet. Aber das Schlimmste ist, dass man das alte Restaurant erhalten hat. Alle, die vorher dort gewirtet haben, haben gesagt, der Grundriss sei völlig falsch, die Abläufe gehen nicht, man komme fast nicht in den ersten Stock hinauf und so. Und man hat das alles beibehalten.

Dann kann man einfach nicht eine effiziente Betriebsführung machen, und dort sind die Weichen falsch gestellt worden. Das ist jetzt die Konsequenz daraus, dass man nicht weitsichtiger gedacht hat.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Die Stadt verlangt von allen ihren Mieter*innen oder Pächter*innen, dass sie geltendes Recht sowie natürlich auch sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Verträge einhalten. Die Sozialpartnerschaft in der Stadt Bern wird sehr aktiv und partnerschaftlich gelebt und ist zum Glück auch sehr gesund. Und für die Kontrolle selbst – das ist so – für die Kontrolle der GAVs selbst, das macht schon nicht die Stadt, aber natürlich ist eine gute Partnerschaft, eine gute Sozialpartnerschaft wichtig, damit man zu den relevanten Informationen kommt. Beim jetzt vorliegenden Vertrag hat Immobilien Stadt Bern (ISB) kein Auge zugeedrückt, sondern hat sich selbstverständlich darum gekümmert, dass diese Arbeitsbedingungen sorgfältig eingehalten werden. Sie hat auch gegenüber der Kappeler AG verlangt, dass einleuchtend und klar dargelegt wird, dass der L-GAV eingehalten wird. Das erwartet und fordert ISB von all ihren Pächter*innen ein. Jetzt haben wir gehört, die Interpellant*innen wünschen sich, dass die Stadt Bern hier ihren Handlungsspielraum, den sie hat, nutzt und die Situation beobachtet. Das kann ich gerne entgegennehmen. Vielleicht auch noch ein Hinweis: Falls es Verletzungen des GAV geben sollte, dann müsste das an die Stadt herangetragen werden und dann können wir auch aktiv werden.

Präsident: Vielen Dank, ich muss eingestehen, ich habe es mir vor der Pause nicht notiert: Habt ihr den Zufriedenheitsgrad genannt als Einreichende? Die Einreichenden sind mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden. Wir kommen zu Traktandum Nummer 17.

2024.SR.0336

17 Motion Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Finanzkompetenz in Entscheidungsgremien der Stadt Bern!

Präsident: Die Motion ist bestritten. Ich gebe den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Einreichenden: Ich bin ganz ehrlich: Als ich vor 1,5 Jahren in den Rat nachrutschte, hätte ich mir gewünscht, dass diese Motion schon vom Stadtrat überwiesen worden wäre und der Gemeinderat sie schon umgesetzt hätte. Ich leite zwar ein Unternehmen und kenne mich mit den Grundsätzen bezüglich Rechnungslegung und Haushaltsführung aus, aber was die Finanzen einer Stadt betrifft, da gibt es doch einiges mehr, das man wissen müsste. Und mir war damals nur halbwegs bewusst, dass ich schon bald über ein Budget von 1,4 Milliarden Franken befinden werde, und ich hätte gerne noch besser gewusst, was es heisst, 1,8 Milliarden Franken Schulden zu machen, alleine im allgemeinen Haushalt. Das ist eine 1, eine 8 und 8 Nullen hintendran. Mir wird es schon ungemütlich, wenn ich mal 30 Franken Schulden von einem Znacht aus der Ratspause habe. Genau darum geht es bei dieser von Florence Pärli eingereichten Motion. Wir arbeiten hier mit eigentlich enorm hohen Zahlen. Mal

sind es 107 Mio. Franken für das Weyermannshaus, mal sind es – in Anführungszeichen – nur 4 Mio. Franken für neue Kehrrechtswagen. Aber es sind immer Millionenbeträge. Beträge, die ich jedenfalls nie selber verwalten müssen, weder privat noch im Unternehmen. Also kenne ich das nicht. Wer mit solchen Zahlen umgeht, der muss wissen, welchen Einfluss sie schlussendlich haben auf die Schuldenlast, auf die Zinsrisiken und somit auf die nächsten Generationen. Das sind wir ihnen schuldig, um bei der Terminologie des Themas zu bleiben. Artikel 135 der Gemeindeordnung (GO) – unserer Staatsverfassung – sagt: Der Finanzaushalt ist wirtschaftlich konjunktur- und verursachergerecht zu führen.

Was hier verlangt wird, kann aber nur erbracht werden, wenn entsprechende Kenntnisse vorhanden sind. Wir finden es unvernünftig, gibt es keine Pflicht, dass Gemeinden oder Stadträte entsprechend geschult sind. Mitglieder des Stadtrats und des Gemeinderats sollen deshalb künftig in den ersten Monaten ihres Amtsantritts eine Grundschulung in öffentlichen Finanzen durchlaufen müssen, sofern nicht nachgewiesen werden kann, dass die Person nicht bereits über eine solche Ausbildung verfügt. Der Gemeinderat findet, das sei, was sein eigenes Gremium betrifft, nicht notwendig, da jede Direktion über einen Direktionsfinanzdienst verfüge. Diese Argumentation finden wir eher seltsam. Das würde ja bedeuten, dass man kein digitales Grundverständnis haben muss, da ja eine IT-Abteilung vorhanden ist. Aber bei Amtsantritt wird man auch auf zu den entsprechenden IT-Tools geschult. Warum soll man nicht auch zu den Finanzsachen geschult werden? Das wird ja auch tagtäglich gebraucht. Und beim Stadtrat findet der Gemeinderat, das sei selbstredend, dass man sich – Zitat – adäquate Finanzkompetenzen aneigne. Ist dem so? Also wirklich, Hand aufs Herz: Seid ihr zum Beispiel wirklich fähig, die Auswirkungen einer Investition auf die Schuldenlast und die daraus folgenden Zinsverpflichtungen richtig einzuschätzen? Der Gemeinderat schreibt, es reiche aus, wenn sich eine oder einige Personen einer Fraktion auskennen, aber bei praktisch jedem Geschäft, über das wir hier sprechen, ist schlussendlich unten eine Zahl, meistens eine grosse. Unser Tun hat also fast immer mit Finanzen zu tun. Da reicht es einfach nicht, auf eine Person in der Fraktion zu hören, da muss man selber mitreden können.

Was mir aber besonders zu denken gibt, ist die Auslegung des Gemeinderats, dass es das Wesen einer direkten Demokratie sei, dass mehr oder weniger informierte Akteur*innen gestützt auf politische Meinungen Entscheide treffen. Das stimmt, was den Entscheid betrifft, das ist oft aufgrund der politischen Meinung. Aber was die finanzpolitische Auswirkung ausmacht, da gibt es wenig Interpretationsspielraum. Geld hat man oder man hat es nicht, das kann man nicht interpretieren. Also wir können Schulden machen, wir können uns darüber streiten, ob das für die nächste Generation schlimm ist oder nicht, wenn eine verschuldete Stadt der nächsten Generation übergeben wird. Ich weiss, es gibt auch politische Lager, die sagen, wir müssen Schulden machen, um zum Beispiel der Klimapolitik zu begegnen. Ich anerkenne auch die Wichtigkeit diesbezüglicher Investitionen, aber dass wir Schulden machen und was das für einen finanzpolitischen Hintergrund hat und wie das den Handlungsspielraum der nächsten Generation schlussendlich beeinflusst, da gibt es nicht viel Interpretationsspielraum. Das lässt sich einfach berechnen, wenn man weiss, wie man es berechnet, wenn man weiss, wie die Zusammenhänge sind. Und darum ist es für alle – inklusive mich selber – gut, solche Auswirkungen zu sehen und eine solche Ausbildung zu machen. Ich und die nächste Generation danken euch, wenn ihr die Motion annehmt.

Präsident: Vielen Dank. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion SP/JUSO Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ich glaube, der Gemeinderat hat klar und deutlich gesagt, warum er nichts von dieser Motion hält. Ich könnte mich dem einfach anschliessen und sagen, so ist es und damit ist die Sache für uns erledigt. Ich finde, es ist einfach ein bisschen eine Zumutung, dass man hierherkommt und verlangt, dass die Stadtparlamentarier – ein Milizgremium – in Finanzen ausgebildet werden müssen, weil damit eigentlich mitschwimmt, dass sie von Finanzen keine Ahnung haben und nie eine Ahnung haben werden und dass sie es sowieso falsch machen, weil sie Geld ausgeben im demokratisch bestimmten Prozess. Ich glaube, das kann man so nicht einfach stehen lassen. Der Gestus ist ein bisschen ungenügend: Geht in die Nachhilfestunde, ihr habt sowieso keine Ahnung. Also bitte! Das ist nicht der Gestus, mit dem man in einem Parlament diskutiert. Ich finde, es gibt in allen Fraktionen Leute, die genug Wissen zusammen haben, um über Wirkungen und Auswirkungen von Finanzentscheiden zu diskutieren, und es gibt in allen Fraktionen auch Leute, die froh sind, dass andere das wissen und sie diese Kompetenzen nicht einfach noch im Schulkurs zusätzlich lernen müssen, weil sie in den Stadtrat gewählt worden sind. Ich glaube, dieses legitime Prinzip des Milizparlaments, dass man sich auf die Leute verlassen kann, die das Thema kennen, auch politisch, das kann man als Grundsatz stehen lassen. Ich finde es eigentlich schon viel, dass auch die Stadt Angebote macht und alle, die interessiert sind in diesen Fragen, und sich vertiefen wollen. Hier etwas lernen können. Aber bitte nicht mit dieser apodiktischen Forderung, die ein bisschen so klingt, als ob euch eigentlich nichts anderes einfällt, als ständig mit der finanzpolitischen Geisel zu knallen.

Präsident: Für die Fraktion SVP Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Es ist sicher gut gemeint, dass man dem Gemeinderat Nachhilfeunterricht geben will im Finanzbereich, aber da bin ich jetzt einmal mit Stadtrat Wartenweiler einverstanden: Es würde wohl zu weit führen, wenn man jetzt da noch den Gemeinderat ausbilden müsste oder auch die Stadträte, wenn man einen Dokortitel in der Finanzbranche machen müsste. Wir haben in jeder Fraktion irgendjemanden, der von der Branche kommt, und es ja schliesslich die Leute in der Finanzkommission teil, die am besten dafür geeignet sind. Und ein Stück weit ist es nachher auch noch ein bisschen Selbstverantwortung, Wenn man sich für etwas interessiert und in einer Finanzkommission ist, ja, dann schaut man sich vielleicht die Sache auch ein bisschen genauer an – learning by doing. Wir von der SVP-Fraktion sehen das nicht. Für uns führt es zu weit, weil es eben ein Milizparlament ist und weil viele und sonst schon gar keine Zeit haben, um noch Schulungen zu machen. Und der Gemeinderat hat ja eine gute Verwaltung, gute Fachspezialisten in der Verwaltung, die ihn beraten und unterstützen, so dass er entsprechende Entschlussfassungen auch machen kann. Und daher sind wir nicht dafür, dass man da noch Schulungen machen und durchführen sollte.

Präsident: Merci. Für die Fraktion AL/PdA/TIF Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Vielen Dank, vielen Dank auch dem Vorredner Johannes Wartenweiler. Letztlich möchte ich diesen Punkt nämlich noch verstärken. Das ist jetzt gerade eine spontane Reaktion, aber es geht mir noch zu wenig weit. Die Forderung, dass wir Rechnungslegung und ähnliches lernen müssten, würde eigentlich heissen, dass es daran liegt, dass wir diese Meinung haben, die wir haben in Bezug

auf Haushalt, Steuererhöhung oder nicht, wie Wirtschaft funktioniert. Das sind aber politische und ideologische Ideen und ich wüsste jetzt selber nicht – mässig informiert und kundig in Buchhaltung und Betriebswirtschaftslehre – was das an meiner Grundhaltung ändern würde. Und ich finde es schon einigermaßen stossend, gelinde gesagt, dass uns das hier etwas helfen soll, von oben herab einen Kurs zu machen, um dann eigentlich letztlich – was ist die Quintessenz? Wie die FDP zu ticken oder wie? Also ich kann mir das nicht so recht vorstellen. Von dem her: Ein grosser Unfug. Am Arsch die Räuber! Wir werden das sicher nicht unterstützen.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat Gemeinderätin Melanie... Im Lotto wäre das zu spät, ich lasse es durch. Als Einzelsprecher Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich bin Phil-I-er, ich kenne mich aus mit Wörtern. Klassischer Philologe, Griechisch, Latein – lange her. Und ich kenne mich ein bisschen aus mit Militär. Und jetzt bin ich in der Finanzkommission und gebe ehrlich zu, manchmal komme ich mir hier vorne vor, wenn ich spreche, nach dem Prinzip SABTA: Sicheres Auftreten bei totaler Ahnungslosigkeit. Und ich glaube, Politik und gerade freisinnige Politik, geht davon aus, dass wir das eben nicht machen, dass wir nicht nach dem SABTA-Prinzip funktionieren. Und deshalb ist es, glaube ich, eben schon wichtig, dass man die Sache auch versteht. Und wenn dann am Ende die Quintessenz ist, lieber Herr Joggi, dass man, wenn man die Sache versteht, ähnlich tickt wie die FDP, dann spricht das ja eigentlich für die FDP. Ich empfehle die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher. Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Die SVP lehnt den Vorstoss klar ab. Ich bin ein bisschen überrascht, dass dieser Vorstoss aus der Reihe des Freisinns kommt. Ihr wollt jetzt noch weitere obligatorische Schulungen, ihr wollt alle Stadträte schulen. Muss einer, der in die RWSU will, noch ein Praktikum bei der Polizei haben? Muss er noch ins Pistolenschiessen gehen? Muss einer, der in die Sozialhilfekommission geht, noch ein Sozialpraktikum machen? Das ist doch völlig der falsche Ansatz. Und denn im Gemeinderat? Klar, es gibt vielleicht gewisse Leute, die gewisse Voraussetzungen nicht eingebracht haben, aber das wurden gute Bundesräte, gute Gemeinderäte und Regierungsräte. Und dann gibt es Leute, die auf dem Papier wunderbar alle Voraussetzungen haben, zwei Dokortitel, Professortitel in der Finanzwirtschaft. Schaut die Crédit Suisse (CS) an, was habt ihr dort für Leute gehabt? Das waren alles Freisinnige mit wunderbaren Titeln. Was konnten sie? Nichts. Schaut die Swissair an. Was hatten die für Bankverbindungen gehabt? Was für ein Finanzwissen hatten sie? Wie ist es herausgekommen? Nicht gut. Ich muss sagen, ich habe bald mehr Vertrauen in learning by doing, wie es gesagt worden ist. Manchmal der gesunde Menschenverstand, manchmal der Buezer oder Arbeiter, der nachher macht, und dann muss man miteinander zusammenarbeiten. Wenn ihr wirklich ein liberaler Geist seid wie ich, dann müsst ihr hier Nein stimmen.

Präsident: Wünscht die Gemeinderätin das Wort? Also, das Pingpong geht weiter. Als nächste Einzelsprecherin Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ja, learning by doing ist manchmal schon gut, aber learning by doing in der Technik und gerade beim Strom, bei der elektrischen Energie,

würde ich jetzt vielleicht nicht empfehlen. Dort braucht es eine Ausbildung, und zwar eine fundierte. Das wäre sowohl beim Elektrischen wie auch bei den Finanzen manchmal nicht so schlecht.

Präsident: Der Gemeinderat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie. Ich bitte euch, wieder konzentriert bei der Sitzung dabei zu sein.

Abstimmung Nr. 024

2024.SR.0336: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	7
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Vorstoss zur allgemeinen Belustigung abgelehnt. Für das nächste Traktandum trete ich in den Ausstand. Ich übergebe ich die Sitzungsleitung an die zweite Vizepräsidentin, Béatrice Wertli.

2021.PRD.000014

18 Polit-Forum Bern: Leistungsvertrag 2026 – 2029; Verpflichtungskredit

2. Vizepräsidentin: Wir kommen zum nächsten Traktandum 18, Politforum Bern, Leistungsvertrag 2026 bis 2029, Verpflichtungskredit. Zuerst gebe ich das Wort für die RWSU Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Kommission: Herzlichen Dank. Wir beraten heute den Leistungsvertrag 2026 bis 2029 sowie den dazugehörigen Verpflichtungskredit für das Politforum Bern. Das Politforum Bern wird seit 2018 von seinen 5 Trägerinnen der Stadt Bern, dem Kanton Bern, der Burggemeinde Bern und der evangelisch-reformierten Kirche Schweiz sowie der römisch-katholischen Zentralkonferenz der Schweiz (RKZ) geführt. Jetzt fällt die RKZ wie angekündigt als Trägerin des Politforums ab 2026 teilweise weg. Auch die Teuerung und die steigenden Energiepreise der letzten Jahre sowie erhöhte Mietkosten setzen das Politforum unter finanziellen Druck und der Gemeinderat hat daher einen Leistungsvertrag mit dem Verein Politforum Bern für die Jahre 2026 bis 2029 genehmigt, welcher eine Erhöhung des Stadtberner Beitrags an das Politforum Bern um jährlich 20'000 Franken vorsieht. Für die Abgeltung, welche die Stadt Bern dem Verein Politforum Bern gestützt auf den Leistungsvertrag für die Jahre 2026 bis 2027 ausrichtet, unterbreitet der Gemeinderat jetzt dem Stadtrat einen Verpflichtungskredit im Umfang von 1'280'000 Franken, das heisst eben jährlich 320'000 Franken. Was vielleicht noch speziell zu erwähnen ist, bisher stand dem Politforum Bern ein Beitrag von 770'000 Franken für den Betrieb zur Verfügung, neu eben ab 2026, trotz des höheren Beitrags der Stadt, noch 740'000 Franken. Man ist jedoch bemüht, weitere Finanzierungsquellen zu erschliessen, insbesondere eben auch mit dem Bund. Ein Meilenstein konnte zudem vor 3 Jahren beim Politforum erreicht werden, indem man einen Lift im Käfigturm eingebaut hat, und so sind nun auch diese 4 der 5 Etagen und auch die Toiletten rollstuhlgängig, womit das Politforum deutlich aufgewertet und

noch inklusiver geworden ist. Was neu im Leistungsvertrag ist, ist, dass neben dem höheren Beitrag durch die Stadt im Leistungsvertrag für die neue Periode erstmals explizit festgehalten ist, dass der Eigenfinanzierungsbedarf des Politforums durchschnittlich mindestens 15% der Gesamtaufwendungen beträgt. Der Gemeinderat wie auch die Vertretungen der anderen Trägerschaften sind überzeugt, dass das Politforum Bern eine wichtige Institution ist, dessen Fortbestand es zu sichern gilt. Dem schliesst sich die Kommission an und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen. Ich hänge auch noch das Fraktionsvotum an. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie weltweit unter Druck steht, in Zeiten, in denen Autokraten den Rechtsstaat auszuhebeln versuchen, wo gesichert rechtsextreme Parteien einen Aufstieg erleben, genau jetzt sind Orte wie das Politforum, die eine Plattform für Diskussion, Meinungsbildung und Partizipation bilden, unersetzbar. Es ist deshalb gerade heute wichtig, dass wir diese Institutionen unterstützen. Wünschenswert und dringend nötig wäre dabei jedoch auch, dass der Bund sich dieser öffentlichen Aufgabe wieder bewusst wird und einen Beitrag spricht. Mit dem falschen Abbaukurs des Bundesrates momentan dürfte dies jedoch leider schwierig werden. Wir hoffen trotzdem, dass dieser Beitrag wieder zustande kommt. Und auch die SP-JUSO-Fraktion stimmt diesem Geschäft – wie die Kommission – klar zu.

2. Vizepräsidentin: Besten Dank. Ich habe vergessen, vorhin zu fragen, ob Diskussionsbedarf besteht. Offenbar, wir hatten bereits die erste Rednerin, ihr könnt euch anmelden für eure Fraktionsvoten. Und ich gebe zuerst das Wort Chantal Perriard für die FDP-Fraktion.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende, die FDP-Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,28 Mio. Franken für den neuen Leistungsvertrag zwischen der Stadt Bern und dem Verein Politforum Bern für die Jahre 2026 bis 2029. Das Politforum Bern hat sich als politisch unabhängige Plattform für politische Bildung und gesellschaftliche Debatte etabliert. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit politischen Themen, insbesondere bei Jugendlichen und stärkt die demokratische Kultur unserer Stadt. Die konstant hohe Nachfrage und die Besucherzahlen unterstreichen seine Relevanz. Dass sich der Bund bislang nicht erneut an der Trägerschaft beteiligt, bedauern wir sehr. Aus Sicht der FDP-Fraktion wäre eine Rückkehr des Bundes als Partner wünschenswert, nicht zuletzt, weil politische Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die über die Stadtgrenzen hinaus reicht. Umso wichtiger ist es, dass Stadt, Kanton und weitere Partner Verantwortung übernehmen, und das Angebot gemeinsam sichern. Positiv hervorzuheben ist aus Sicht der FDP-Fraktion das Bestreben des Politforums, Drittmittel zu akquirieren und den Eigenfinanzierungsgrad zu erhöhen. Der neue Leistungsvertrag schreibt einen durchschnittlichen Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 15% fest. Dies entspricht unserem Grundsatz, dass öffentlich finanzierte Institutionen Effizienz und Eigenverantwortung wahrnehmen müssen. Die moderate Erhöhung des städtischen Beitrags um jährlich 20'000 Franken erachten wir als gerechtfertigt. Sie trägt der Teuerung und den gestiegenen Energie- und Mietkosten Rechnung. Gleichzeitig ist sie nicht überrissen, sie gleicht die Teuerung seit 2017 nicht vollständig aus. Wir erwarten jedoch, dass die Stadt ihre Bemühungen fortsetzt, den Bund wieder als Trägerinstitution zu gewinnen, um die Finanzierung langfristig auf eine breitere Basis zu stellen. Besten Dank.

2. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Tanja Miljanovic für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich werde wieder für Mirjam Roder ein Votum vorlesen. Frau Stadtpräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die GFL unterstützt den neuen Leistungsvertrag für das Politforum Bern mit Überzeugung. Das Politforum ist für uns weit mehr als eine Kulturinstitution, es ist ein Ort der politischen Bildung, des Dialogs und – gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung – des Brückenbaus. Für uns als GFL ist klar, wer Demokratie stärken will, muss Raum für Auseinandersetzungen, Vielfalt und niederschwellige politische Zugänge schaffen. Genau das tut das Politforum, und zwar sichtbar erfolgreich. Mit steigenden Besucher*innenzahlen, wachsender Nachfrage im Bildungsbereich und einer zunehmenden nationalen Ausstrahlung auch in die Westschweiz. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die Stadt Bern ihren Beitrag auf 320'000 Franken pro Jahr erhöht und damit Verlässlichkeit und Planbarkeit für die kommenden Jahre schafft. Das ist auch im Sinne der Motion der GLP-JGLP von 2021, die eine langfristige Absicherung des Politforums ohne einseitige Belastung der Stadt gefordert hat. Ein Wermutstropfen bleibt aber bestehen. Dass sich der Bund weiterhin nicht als Trägerinstitution beteiligt, obwohl das Politforum in direkter Nachfolge des einstigen Politforums des Bundes steht und eine nationale Aufgabe erfüllt, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Eine institutionelle Mitfinanzierung durch den Bund wäre nicht nur finanziell sinnvoll, sondern würde auch die demokratiepolitische Bedeutung dieses Forums auf nationaler Ebene würdigen. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass der Gemeinderat zusammen mit den Trägerinstitutionen weiterhin aktiv versucht, den Bund zurück an den Tisch zu bringen. Diese Bemühungen verdienen unsere volle politische Unterstützung. Fazit Das Politforum Bern hat sich zu einem festen Bestandteil der demokratiepolitischen Landschaft entwickelt. Es steht für politische Bildung, Diversität und Dialog. Zentrale Werte auch für uns, die GFL. Deshalb sagen wir Ja zu diesem Leistungsvertrag und gleichzeitig Ja zur Erwartung, dass sich der Bund seiner Verantwortung in Zukunft wieder stärker stellt. Ich danke Ihnen.

2. Vizepräsidentin: Besten Dank. Wir kommen zu...

Es wurde irrtümlicherweise eine Abstimmung ausgelöst.

Abstimmung Nr. 025 ungültig

2021.PRD.000014: ungültig

Annahme

Ja	4
Nein	0
Enthalten	0

2. Vizepräsidentin: Genau, vor lauter Aufregung, ich darf der Stadtpräsidentin Marieke Kruit das Wort geben.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ja, geschätzte Anwesende, schön, dass ich auch noch etwas dazu sagen kann. Das Politforum hat sich als wichtige demokratische Institution und Plattform etabliert. Es erreicht durch das vielfältige Themenspektrum seiner Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit Partner*innen ein breites und diverses Publikum und hat sich als demokratiepolitisch wichtige, niederschwellige und inklusive Institution etablieren können. Ja, bei der heutigen geopolitischen Lage und der Tendenz zur Polarisierung werden solche Institutionen immer wichtiger. Das Angebot des Politforums stösst auf ein sehr breites Interesse. Mit 17'142 Besuchenden wurde 2024 ein neuer Besucherrekord aufgestellt, das sind plus 15,7% im Vergleich zum Vorjahr. Etwas

Ähnliches zeichnet sich jetzt für 2025 ab, also dort läuft es auch sehr gut. Das Politforum stärkt Bern als Politzentrum, indem es zur Förderung der politischen Kultur beiträgt und eine Plattform für politisches Wirken bietet. Es wird gemeinsam getragen von Stadt und Kanton Bern sowie der Burgergemeinde Bern und den Landeskirchen, zum Teil. Der Gemeinderat will das wichtige und eben auch breit genutzte Angebot selbstverständlich weiterhin ermöglichen und hat den Leistungsvertrag für die Jahre 2026 bis 2029 genehmigt. Die Erhöhung des jährlichen finanziellen Beitrags um eben diese 20'000 Franken auf 320'000 Franken dient insbesondere dem Teuerungsausgleich und soll die weggefallenen Mieteinnahmen des Bundes mitkompensieren. Sie ist prozentual gleich hoch wie jene von Kanton und Burgergemeinde.

2. Vizepräsidentin: Ich bedanke mich bei der Stadtpräsidentin und entschuldige mich noch einmal, wir sind froh, haben wir dein Votum noch gehört. Vielen Dank.

Abstimmung Nr. 026 ungültig

2021.PRD.000014: ungültig

Annahme

Ja	46
Nein	0
Enthalten	0

2. Vizepräsidentin: Die Abstimmungsanlage war zu schnell. Wir wiederholen die Abstimmung. Bitte ignorieren Sie die Zahl hinter meinem Kopf. Wer dem Verpflichtungskredit Politforum Bern zustimmt, stimmt Grün, wer den Verpflichtungskredit ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 027

2021.PRD.000014

Annahme

Ja	53
Nein	0
Enthalten	3

2. Vizepräsidentin: Sie haben dem Verpflichtungskredit zugestimmt. Besten Dank. Ich darf jetzt das Wort und den Sitz wieder Tom Berger übergeben. Er ist so fest in den Ausstand getreten, dass er uns nicht mehr hört.

2025.SR.0120

19 Dringliches Postulat: Antisemitismus im Kulturbereich

Präsident: Gut, wir sind bei Traktandum Nummer 19, ein dringliches Postulat. Ist dieses Postulat bestritten? Es ist bestritten, dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Einreichenden: Liebe Anwesende, der Berner Kulturbereich hat ein massives Antisemitismusproblem. Dass es in den Medien seit April

ruhiger um das Thema geworden ist, könnte mutmassen lassen, dass es in der Zwischenzeit an Relevanz verloren hat. Das Gespräch mit Betroffenen zeigt aber ein anderes Bild. In den Vorbereitungen auf dieses Votum habe ich nicht nur Gespräche mit Menschen aus der Berner Kulturszene geführt, sondern hatte ebenfalls eine Liste von Antisemitismusfällen oder antisemitismusnahen Fällen im Berner Kulturbereich vor Augen. Diese unvollständige Liste enthält mehr als 50 dokumentierte Fälle in den vergangenen eineinhalb Jahren, darunter auch mehrere Fälle mit strafrechtlicher Relevanz. Kulturschaffende mit jüdischem Hintergrund oder antisemitismuskritische Künstler*innen können sich nicht mehr frei und zu jeder Zeit an Orten wie der Reithalle oder dem Club "In Transformation" bewegen. Eine Berner Performancekünstlerin mit jüdischen Wurzeln erhielt über Facebook auf Arabisch und Englisch Morddrohungen. Eine Lesung mit Augenzeugenberichten vom 7. Oktober konnte nur unter massiven Sicherheitsvorkehrungen stattfinden und hatte mit Störaktionen zu kämpfen. Ein Künstler wurde nach einer antisemitismuskritischen Aussage diffamiert und im Fernsehen öffentlich für seine Haltung verhöhnt. Er zog sich 2024 aus der Öffentlichkeit zurück. Im Café Kairo kam es im März 2025 zu einer Spukattacke auf einen jüdischen Künstler. Andere Kunstschaffende werden auf der Strasse laut als Nazi und Zionist beschimpft oder von Kulturstätten exkludiert. Betroffene Künstler*innen sind zunehmend besorgt über die Radikalität der Szene. Wer nicht in gängige Schemen passt, wird als Zionist getaggt. In dieser vorherrschenden Cancel Culture ist der Zionist dann, was früher der Jude war, nämlich der Feind, den es zu canceln, zu vernichten gilt.

Ja, die Stadtpräsidentin hat reagiert, aber sie hat auch spät reagiert. Erst nach mehreren Monaten, nachdem Fälle von Hate Speech aufgetreten waren, wurde das betroffene Mitglied aus der Kulturkommission abgewählt. Weiterhin fühlen sich Betroffene in ihren Sicherheitsbedenken und dem Wunsch nach Dialog von der Stadt nicht ernst genommen. An der Panelveranstaltung zur Arbeit der Kulturkommission wurde nicht nur das Thema Antisemitismus nicht aufgenommen, sondern mit der Absage des Livestreams auch verhindert, dass der Diskurs breiter und kritischer geführt werden kann. Impulse von jüdischen Künstler*innen für runde Tische und Deeskalationsgespräche liess die Stadt unbeantwortet. Diese Beispiele zeigen, was jüdische und antisemitismuskritische Kulturschaffende schon lange erleben. Einschüchterungen, Markierungen, aber genauso auch Schweigen und Relativierungen der Behörden. Laut Berner Kunstschaaffenden wurde zwar in den letzten Monaten auch Positives in der Kulturkommission in Bewegung gebracht, aber es herrscht immer noch Unsicherheit über die Arbeit und die Prozesse in dieser 50-köpfigen Kulturkommission. Involvierte sind unsicher, ob der Schutz sensibler Daten gerade auch im Hinblick auf jüdische Verbindungen gewährleistet ist. Es ist unklar, wer Dossiers prüft und wie die Prüfgruppen formiert werden. Begründungen für abgelehnte Gesuche sind oft haltlos und werden als subjektiv wahrgenommen. Gerade jüdische Kunstschaaffende empfinden, dass sie sanktioniert oder benachteiligt werden. Und aufgrund von Intransparenz ist eben auch der Eindruck entstanden, dass anstatt Fachkriterien eher identitätspolitische Favoriten den Ausschlag für eine Entscheidung geben. Menschen mit jüdischem Hintergrund haben Angst, Gesuche einzureichen, wieder andere haben Angst, sich zu positionieren, wenn Projekte jüdisch gelesen werden könnten. Dass Kulturstätten und deren Beteiligte wie "In Transformation" sich nicht klar von Beschimpfung, Diffamierung und Gewalt distanzieren oder sie sogar feiern und trotzdem mit städtischen Geldern unterstützt werden, empfinden wir als zutiefst problematisch. Das Kapitel oder eben heute "In Transformation" lud im März 2024 den europäischen Koordinator des Terrornetzwerks PFLP ein, welches die Massaker der Hamas am 7. Oktober abfeiert. Laut Kenner der Szene ist bekannt, dass der Ort einen ideologischen Nährboden bietet und sich Menschen sammeln, die

auch Einschüchterungsanschlüsse planen. In diesem Lokal, unterstützt von der Stadt, finden Kulturveranstaltungen wie "Aua Wir Leben" statt – ein Ort, wo antisemitische Symbolik toleriert und jüdische Menschen nicht hingehen können, antisemitisch eingestellte Menschen aber schon. Und dabei ist das auch nur ein Beispiel von anderen. Deshalb fordern wir mit diesem Postulat, zu prüfen, wie Antisemitismus im Kulturbereich proaktiv erkannt und verhindert werden kann und zweitens, wie der Gemeinderat sicherstellen kann, dass die öffentliche Kulturförderung und Förderpolitik frei von antisemitischen Ressentiments sowie allgemein frei von politischen und religiösen Zuschreibungen ist und bleibt.

Bis vor Kurzem machte mich das bedrohte Sicherheitsgefühl unserer jüdischen Mitbürger*innen zwar betroffen, aber irgendwie konnte ich es doch sehr schlecht nachvollziehen. Seit Simone und ich von anonymer Stelle vor dem ganzen Stadtrat diffamiert und am vergangenen Sonntag mein Briefkasten heruntergerissen und ein Anarchiezeichen vor der Haustüre hinterlassen wurden, kann ich das zumindest im Ansatz nachvollziehen. Die Vorstellung, dass dieser Einschüchterungsversuch auf mich und meine Familie sowie andere Versuche auf Jüd*innen und generell andersdenkenden Menschen vielleicht sogar an Orten geplant werden, die die Stadt finanziert, finden wir zutiefst unhaltbar. In einer zunehmend polarisierten Welt brauchen wir Kultur, die Hoffnung stiftet und verbindet. Kultur darf und muss Missstände benennen, unbedingt. Aber immer mit Integrität und mit Respekt und im klaren Bekenntnis zu Demokratie, Meinungsfreiheit und dem Kampf gegen Antisemitismus. Von städtisch geförderten Institutionen und Akteuren erwarten wir, dass sie zu einer solchen Kulturszene beitragen. Bereits in meinem letzten Votum habe ich Georg Brunschwig zitiert: Antisemitismus ist ein Seismograf für das Kränkeln einer Demokratie. Dieser Gedanke bleibt auch heute zentral, auch beim vorliegenden Postulat, denn es geht nicht nur um Solidarität mit jüdischen Mitbürger*innen, sondern es geht um unser Bekenntnis zur Demokratie selbst. Eine lebendige Demokratie braucht Meinungsvielfalt, offenen Dialog, aber auch klare Grenzen gegenüber Einschüchterung und Gewalt. Kultur muss frei von Antisemitismus sein und öffentliche Förderung soll jenen zukommen, die diese Werte tragen. Darum braucht es dieses Postulat. Danke vielmals.

Präsident: Merci. Vielen Dank an die Zuschauertribüne für das Interesse an der Sitzung. Ich mache Sie darauf aufmerksam, es ist die Regel dieses Hauses, dass man von der Zuschauertribüne aus keine Voten oder zustimmenden Gesten macht. Ich danke Ihnen, dass es das einzige Mal war, dass Sie heute Abend reagiert haben. Du möchtest auch noch das Fraktionsvoten halten; das ist in Ordnung, du musst einfach noch einmal angemeldet werden. Dann also für die Fraktion GLP-EVP.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion schätzt, dass die Stadtpräsidentin das Gespräch mit Kulturschaffenden und auch mit der Kulturkommission gesucht hat und dass sie aktiv geworden ist. Sie wird dem Gemeinderat folgen und das Postulat erheblich erklären. Danke.

Präsident: Für die Fraktion FDP Simone Richner. Wir sind wieder beim gleichen Spiel: Liebe Leute, bitte meldet euch an und dann hört auf zu drücken. Bei mir ist wieder das Panel komplett blockiert. Bitte warten, bis es leuchtet.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt dieses Postulat und wir tun das nicht als Reflex, sondern als Haltung. Was jüdische Menschen in Bern derzeit erleben, ist alarmierend. Gerade auch im Kulturbereich sind es nicht mehr nur

Einzelfälle, es ist ein klares Muster. Wer sich öffentlich gegen Antisemitismus äussert oder sich mit jüdischem Leben solidarisiert, wird vermehrt zur Zielscheibe. Es gibt Boykottaufrufe, anonyme Drohungen und Schweigen dort, wo Widerspruch nötig wäre. Wenn jüdische Kulturschaffende unsere Bühnen meiden, ist nicht die jüdische Gemeinschaft am Rand, sondern unsere demokratische Mitte. Dieses Postulat verlangt nicht mehr und nicht weniger als eine Prüfung: Wie könnten antisemitische Tendenzen im Kulturbereich frühzeitig erkannt und verhindert werden? Und wie stellen wir sicher, dass öffentliche Fördergelder nicht in Strukturen fliessen, in denen Ausgrenzungen oder politische Zuschreibungen salonfähig geworden sind? Öffentliche Kulturförderung darf vieles zulassen, aber nicht Intoleranz gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen. Der Gemeinderat hat in einem konkreten Fall gehandelt. Das war richtig. Aber es braucht mehr als Reaktion, es braucht Prävention. Haltung darf nicht nur dann sichtbar werden, wenn die Schlagzeilen laut genug sind. Kunstfreiheit ist kein Deckmittel für Hass. Und Toleranz endet dort, wo Einschüchterung beginnt. Wir nehmen die Sorgen der jüdischen Gemeinschaft ernst. Wenn Menschen sich in dieser Stadt nicht mehr sicher fühlen, weil sie ihre Identität sichtbar leben oder Missstände benennen, dann ist das ein Problem für uns alle. Antisemitismus ist kein Nebenschauplatz, es ist ein Gradmesser dafür, wie ernst wir unsere Grundwerte wirklich nehmen. Dieses Postulat ist kein Angriff auf die Freiheit der Kunst, es ist ein klares Bekenntnis zu einer Kulturpolitik, die ihre Verantwortung kennt gegenüber allen, die dazugehören, und nicht nur gegenüber denen, die am lautesten sind. Die FDP-Fraktion sagt Ja, weil wir überzeugt sind: Wo der Staat fördert, muss er auch hinschauen. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion GB-JA Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Guten Abend, die Fraktion GB-JA nimmt den Vorstoss selbstverständlich an. Selbstverständlich, weil wir jeden Vorstoss annehmen, der sich gegen Diskriminierung wendet, gegen Diskriminierung aller Art. Wir nehmen den Vorstoss an, denn die Stossrichtung, das Engagement gegen Antisemitismus, das unterstützen wir. Dem genaueren Inhalt aber, dem stehen wir sehr kritisch gegenüber und dazu möchte ich einige Worte sagen. Die Einreichenden stellen zwei Forderungen. Die erste Forderung verlangt, zu prüfen, wie Antisemitismus im Kulturbereich verhindert werden kann. Klar, hier könnte man sagen, warum ausgerechnet der Kulturbereich? Ich denke, wir sind uns einig, Antisemitismus betrifft alle gesellschaftlichen Milieus. Aber nun gut, warum nicht Kultur? Die zweite Forderung ist überhaupt nicht verständlich. Was soll das sein, eine Kulturförderung frei von politischen und religiösen Zuschreibungen, wie die Einreichenden das formulieren? Einige in unserer Fraktion haben den Satz so verstanden, dass keine Projekte mehr gefördert werden sollen, die einen politischen oder religiösen Inhalt vertreten, und das wäre ja absurd. Weil einfach nicht klar ist, was mit dieser Forderung gemeint sein könnte, hätten wir gerne punktweise abgestimmt. Auf Nachfrage hat mir Debora aber erklärt, dass es darum geht, dass in der Kulturkommission keine Menschen vertreten sein sollen, die sich diskriminierend verhalten, und dass keine Kulturschaffenden gefördert werden sollen, die sich antisemitisch oder sonst wie diskriminierend – also sexistisch oder rassistisch oder transfeindlich oder ableistisch und so weiter – äussern. Das können wir machen, aber es steht halt so nicht im Vorstoss. Es geht mir hier nicht um sprachliche Spitzfindigkeiten, es geht vielmehr darum, dass der Vorstoss einfach sehr unsorgfältig wirkt, und das ist tatsächlich ein Problem. Antisemitismus ist ein zu wichtiges Thema, um so achtlos abgehandelt zu werden. Gerade weil der Antisemitismusvorwurf so schwerwiegend ist, müssen wir sorgfältig damit umgehen. Die Begründung der Einreichenden bestätigt den Eindruck, dass hier

unsorgfältig gearbeitet wurde. Da werden irgendwelche Themen aufgeworfen, die meisten davon haben mit den Forderungen, die ja die Kulturförderung in Bern betrifft, gar nichts zu tun. Zusammengetragen werden antisemitische Vorfälle, die tatsächlich aufgearbeitet werden müssen, daneben stehen aber Gerüchte und Ereignisse, bei denen unklar ist, ob sie überhaupt etwas mit Antisemitismus zu tun haben.

Wir haben uns die Frage gestellt, warum dieser unsorgfältige Vorstoss? Wir haben zwei Hypothesen. Die erste Hypothese ist: Es geht den Einreichenden mehr darum, Betroffenheit zu zeigen, als um Wirksamkeit. Tatsächlich hat die Welle des Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 bei uns allen grosse Betroffenheit ausgelöst. Das hat sich schon bei anderen Debatten hier im Rat gezeigt. Trotzdem darf sich unser Engagement gegen Antisemitismus nicht in diesem Betroffenheitsgefühl erschöpfen. Es braucht jetzt auch Analyse und es braucht auch Selbstkritik. Analyse, weil wir herausfinden müssen, welche Massnahmen gegen Antisemitismus wirksam sind, Selbstkritik, weil Betroffenheitsgefühl in Eitelkeit kippen kann. Hilft mein Engagement wirklich, Antisemitismus zu bekämpfen, oder hilft es mehr mir, weil ich meinen kleinen Willy-Brandt-Moment am Mikrofon geniessen kann? Hier müssen wir uns alle kritisch befragen. Wir haben uns in unserer Fraktion und unserer Partei im letzten Jahr intensiv und selbstkritisch mit Antisemitismus auseinandergesetzt und ich empfehle den Einreichenden, auch einen selbstkritischen Prozess in Gang zu bringen. Unsere zweite Hypothese: Die Einreichenden engagieren sich mit dem Vorstoss gegen Antisemitismus, ohne dass wirklich viel getan werden muss. Es ist ein Vorstoss, der Engagement nur simuliert. Der Gemeinderat soll einmal schauen, wie Antisemitismus im Kulturschaffen bekämpft werden kann. und dann, wenn er geschaut hat? Seid ihr dann wirklich bereit zu handeln?

Mich irritiert immer noch, dass die meisten der Einreichenden, meine beiden Vorrednerinnen zum Beispiel, sich vor knapp einem Jahr geweigert haben, mehr Geld auszugeben für die Bekämpfung von Antisemitismus. Es gibt nämlich schon Ideen zu euren Anliegen. Nur ein Beispiel: Samuel Stern von der Bildungsstätte Anne Frank schlägt in Bezug auf die Macklemore-Konzerte in diesem Sommer in ganz Europa vor, die Auftritte durch Workshops und offene Diskussionsrunden zu ergänzen. Um zu lernen, wie Kritik an den Kriegsverbrechen in Gaza geäussert werden kann, ohne in antisemitische Stereotype zu verfallen. Solche und ähnliche Sensibilisierungskampagnen, sei es im Bereich des Kulturschaffens, sei es im Bereich der Schule oder auch in ganz anderen Bereichen, sind immer sinnvoll, aber sie kosten halt etwas. Sie brauchen Personal, sie brauchen Räume, sie brauchen Expertise, sie brauchen Organisation. Wenn wir nicht bereit sind, Antisemitismusprävention zu bezahlen, dann ist unser Engagement ein "so Tun als ob". Und da wünsche ich mir schon ein deutliches Bekenntnis der Einreichenden. Seid ihr bereit, Massnahmen gegen den Antisemitismus zu finanzieren? Seid ihr bereit, dort, wo ihr politische Mehrheiten habt, zum Beispiel im Grossen Rat, dafür zu sorgen, dass mehr finanzielle Mittel für die Bekämpfung von Antisemitismus eingesetzt werden? Ich hoffe es sehr. Und ich hoffe, dass ihr euch heute dazu bekennt, dass der Kampf gegen Antisemitismus kostet, und dass ihr mithelft, diese Kosten zu stemmen, denn grundsätzlich habt ihr Recht, wir müssen mehr gegen Antisemitismus tun, wir müssen mehr tun gegen alle Formen von Diskriminierung, deshalb nehmen wir euren Vorstoss an.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Sehr geehrte Anwesende, liebe Gäste, es gibt politische Themen, bei denen man entweder schweigt oder sich sofort der Gefahr aus-

setzt, in die falsche Ecke gestellt zu werden. Der Israel-Palästina-Konflikt gehört zweifellos dazu und wohlgerne nicht erst seit den fürchterlichen Pogromen vom 7. Oktober 2023. Eine Altstadträtin der SP sprach letzte Woche auf dem Bundesplatz und in den Medien zu Gaza. Sie sprach von zwei traumatisierten Völkern im Nahen Osten und ich glaube, sie fand damit genau die richtigen Worte. Ein Konflikt, in dem ausnahmslos alle Israelis ihr Leben lang ein Terrorziel sind, aber auch ein Konflikt, in dem die grosse Mehrheit der Opfer palästinensische Zivilist*innen sind. Und trotzdem musste sich besagte SP-Altstadträtin fragen lassen, warum sie auf dem Bundesplatz vor allem von Gaza sprach, aber nicht mehr von den Pogromen am 7. Oktober 2023 – als würde sie, selbst sie, Ruth Dreifuss, Altstadträtin, Altbundesrätin und einzige jüdische Bundespräsidentin in der Geschichte unseres Landes, nicht ohne Antisemitismusverdacht zugunsten palästinensischer Opfer reden dürfen. Selbst, wenn sie auf dem Bundesplatz unter Buhrufen Antisemitismus verurteilt hat. Der Israel-Palästina-Konflikt spaltet die Geister und vergiftet unsere Gesellschaft, nicht nur die Kultur, auch die Politik, die Universitäten, selbst die queere Welt und ausgerechnet Menschen mit antifaschistischer Einstellung. Und wie man gerade in den Medien lesen kann, spaltet es manchmal selbst die jüdische Community. Die SP bekennt sich klar zum Existenzrecht Israels und stellt sich gegen jegliche Form von Antisemitismus, und wir sind ausdrücklich dafür, Diskriminierung jeglicher Art in der Stadt Bern, gerade auch im Kulturleben, zu unterbinden. Dies gilt auch für toxisches Verhalten und persönliche Angriffe, wie sie mutmasslich passiert sind. Es kann nicht sein, dass Kulturschaffende aufgrund ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden, sei dies innerhalb der städtischen Gremien wie der Kulturkommission des Gemeinderates oder in der Öffentlichkeit im Rahmen ihres kulturellen Schaffens.

Bei Punkt 1 des Postulats können wir als SP-JUSO-Fraktion vorbehaltlos unsere Unterstützung geben. Antisemitismus hat, wie jede andere Form von Diskriminierung, keinen Platz im Berner Kulturbetrieb und er soll proaktiv erkannt und verhindert werden. Die SP-JUSO-Fraktion hadert allerdings mit Punkt 2 in dieser Form. Selbstverständlich fordern wir, dass die öffentliche Kulturförderung und Förderpolitik frei von antisemitischen Ressentiments bleiben soll, doch der Rest von Punkt 2 fordert die Kulturförderung auf, sich von politischer und religiöser Zuschreibung zu trennen. Kultur ist immer ein Ausdruck, ein Spiegelbild gesellschaftlicher Realitäten, zu denen übrigens auch der Umgang mit Religion gehört, oft genug selbst eine Auseinandersetzung mit der Realität und das ist gut so. Damit ist Kunst per se auch immer eine politische Aussage und somit ist die kulturelle Freiheit Teil der politischen Freiheit und umgekehrt. Wenn Kriege und menschliches Elend passieren, wie gerade jetzt wieder in Israel und Palästina, kann die Kultur sicher nicht schweigen, besonders in einem Konflikt, der beidseits vor allem geprägt ist von der Wut der hilflosen, mehrheitlich zivilen Opfer und der Gewalt derer, die sich anmassen, in ihrem Namen Rache zu üben.

Viele von uns kritisieren aber auch die Begründung des Postulats. Ja, wie in leider fast jedem Bereich gibt es auch in der Kulturszene Antisemitismus wie auch andere Formen von Diskriminierung. Aber bei allem Respekt: Ob die Vorwürfe auch in dieser klaren Form stimmen oder einfach nur die Wahrnehmung und die Polemik Einzelner, teilweise auch Aussenstehender, widerspiegeln, wissen wir nicht. Der Diskurs läuft beiderseits völlig vergiftet, wie schon erwähnt. Eine persönliche Bemerkung: Mein Grossvater Bernabás Mihályi starb im Holocaust. Ich bin der Letzte, der Antisemitismus verharmlosen würde, aber der Kampf gegen Antisemitismus – und das sage ich hier nicht zum ersten Mal – ist oft genug falsch motiviert und oft gar nicht gut gemeint. Ich bezweifle, dass sich viele Leute in unserem Land dem Antisemitismus entgegenstellen würden, könnte man damit nicht gleichzeitig gegen muslimische Menschen oder Linke in der Schweiz

und sonstwo hetzen. Es ist Konsens, dass man jüdische Menschen nicht für die Kriegsverbrechen der israelischen Regierung haftbar machen kann, und das ist gut so. Gleichzeitig wird in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung und Politik von muslimischen Menschen eine Distanzierung von Hamas und Al-Kaida eingefordert. Diese Doppelmoral muss aufhören. Wir können nicht Antisemitismus bekämpfen, wenn wir gleichzeitig den Kampf dagegen als Mittel zur Diskriminierung gegen andere zulassen und umgekehrt. Die SP-JUSO-Fraktion wird Punkt 1 unterstützen, Punkt 2 aber nicht. Wir fordern eine punktweise Abstimmung. Falls nicht punktweise abgestimmt wird, haben wir die Stimmfreigabe beschlossen. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion SVP Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP wird dem Postulat in beiden Punkten zustimmen. Wir erlauben uns ein paar Vorbemerkungen. Wir haben Vorstösse eingereicht. Einen hat der Gemeinderat nicht beantwortet, deshalb haben wir einen zweiten Vorstoss eingereicht, wegen des sogenannten linken Antisemitismus, weil auch, was die Stadt gemacht hat – ich gehe jetzt noch ein bisschen zurück. Darum hat man wahrscheinlich nicht geantwortet. Bei der Ukraine hing während Monaten die Ukraine-Flagge über dem Rathaus. Nach dem Vorfall vom 7. Oktober 2023 ging es Tage, Wochen, bis die Stadt sich bequemt hat, einen Abend lang so eine Projektion zu machen. Ich bin skeptisch und habe das immer gesagt. Ich muss nicht bei jedem Land die Flagge hinauftun, von mir aus könnte man die Berner Flagge auf Halbmast setzen, damit könnte man Trauer zum Ausdruck bringen. Aber was mich noch mehr entsetzt hat beim linken Antisemitismus, und das habe ich in diesem Vorstoss thematisiert: Man hat Leute in dieser Kulturkommission gehabt, die während Monaten andere "kujoniert" und schikaniert haben, es hat nachher einmal eine Verwarnung gegeben und nachher ist die Person nicht mehr wiedergewählt worden, aber ein klares Zeichen hat man nicht gesetzt. Ich gehe jetzt in die Praxis. Ihr wisst, das lege ich offen, wir haben damals die Weiterführung der Stelle gegen Antisemitismus nicht mitgetragen, aber wir haben gesagt – das waren verschiedene Votanten, ich glaube auch Bernhard Hess – wir müssten mehr für die Sicherheit tun, dass wir hier die Institutionen schützen können. Und genau das fordern wir mit der Motion. Wenn man jetzt einfach die ganze Situation sieht, wie es dann an dieser unbewilligten Demo war, wie nahe die Demonstranten zur amerikanischen Botschaft gekommen sind – ihr müsst nicht mit der Politik von Trump einverstanden sein, aber wir haben einen Grundsatz, das ist die Wiener Konvention zum Schutz der Botschaften. Da muss man alle Botschaften schützen, die von Nordkorea, die von Amerika und die von Russland. Das sind einfach die Obliegenheiten, die man aus dieser Wiener Konvention zum Schutz der diplomatischen und konsularischen Einrichtungen hat.

Und dann das Zweite: Man hat auch gewusst, dass es dann – Sabbat, Samstag – viele Gottesdienstbesucher hatte. Und die Leute sind verdammt nahe gekommen. Und wenn ihr das seht, muss ich einfach sagen, die Stadt Bern ist sehr blauäugig. Und ich habe gesagt, wenn wir diese Situationen haben... Wir müssen nicht über die Motion diskutieren, die wir eingereicht haben, aber das ist ein Punkt, dass man diese Leute schützt. Ich sage euch klar, ich bin kein Freund der israelischen Siedlungspolitik, das sind Sachen, die teilweise vom Kriegsvölkerrecht nicht gedeckt sind, das ist klar. Aber Terrorakte, wo man während Monaten oder Jahren etwa 250 Leute entführt hat – einen kleinen Teil hat man freigelassen, ein anderer Teil ist wahrscheinlich tot und der weitere Teil ist immer noch in Geiselhaft, teilweise verletzt, teilweise sind es auch Frauen, die dann schwanger geworden sind – dann sind das erschreckende Zustände. Und da bin

ich der Meinung, dass man auch von der Stadt hätte thematisieren müssen. Das ist das, was ich beim linken Antisemitismus sage: Das wagt man nicht zu thematisieren. Die Fragen, die wir dann gestellt haben, die hat man versucht, nicht zu beantworten. Und genau dort hätte man Positionen beziehen müssen. Wenn man Leute in einer Kulturkommission hat, die während Monaten, wie ich es vermute - ich war nicht dabei, ich beziehe mich da auf die Angaben der Presse – Druck ausüben auf die anderen, Druck ausüben auf gewisse Künstler, wenn sie sich nicht distanzieren, dürfen sie dort nicht mehr auftreten, dann muss die Stadt eingreifen, und nicht einfach einen Verweis oder eine Verwarnung machen.

Das ist auch zurückzuführen teilweise auf einen migrantischen Antisemitismus. Ich bestreite nicht, dass es auch im rechten Bereich Antisemiten gibt, aber wenn ihr jetzt all die Vorfälle anschaut – wir können auch nach Deutschland, wir können ein bisschen über unsere Landesgrenzen hinausgehen, die Gewaltdelikte in Frankreich beispielsweise – dann ist das eben der Fluch der bösen Tat" oder die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los. Und das sind die Probleme, die ihr teilweise in der Struktur drin habt. Auch in der Stadt Bern, in gewissen Quartieren, steht manchmal "Scheisssschweizer" oder was auch immer. Ein Teil, der den Leuten nicht passt, wird unterdrückt. In gewissen Badeanstalten – das ist jetzt nicht in der Schweiz, das war in Deutschland, ich habe das in den Medien gelesen –, hat man gesagt, die Frauen seien zu leicht bekleidet, das geht nicht. In Köln haben gewisse Leute das Kalifat ausrufen wollen. Das sind genau die Konsequenzen und darum bin ich der Meinung, dass das proaktiver erkannt und verhindert werden muss.

Wir können dem Postulat zustimmen. Auch die Forderung "frei von Antisemitismus, Ressentiments und allgemeinen politischen Zuschreibungen" ist und bleibt. Ich halte noch einmal fest in diesem Zusammenhang, ich habe seit Jahren gekämpft, mittlerweile habe ich resigniert, darum bin ich auch nicht Glace essen gegangen zur Reithalle. Ich habe dort ein Hausverbot aus politischen Gründen, und das in der Kulturstadt Bern. Der Stadtrat und der Gemeinderat finden das in Ordnung. Das sind alles Zeichen, dass man gewisse Haltungen akzeptiert und gewisse andere Haltungen nicht akzeptiert. Das fängt ja schon im Kleinen an, wenn man aus politischen Gründen nicht an einen Ort hingehen kann, mit dem man einen Leistungsvertrag hat, in der Stadt, in der man Steuern zahlt. Der Gemeinderat findet das in Ordnung. 3 Viertel von euch im Stadtrat finden das auch in Ordnung. Das sind eben genau die Zeichen, die man falsch setzt und mit welchen man die Leute ermutigt, noch ein bisschen weiterzugehen. Einerseits geht es gegen die SVP, andererseits geht es auch gegen Leute aus anderen Religionen und Kulturkreisen. Und ich stehe nicht im Verdacht, dass ich, wenn ich von den Sommerferien zurückkomme, lange Rasta-Zöpfe habe. Aber selbst, dass man hier sagt, der Schweizer, der Rasta-Zöpfe hat, macht kulturelle Aneignung und man will das nicht – das sind genau die Sachen, die man macht.

Ich fasse noch einmal zusammen, die Stadt muss sich selber Antisemitismus vorwerfen lassen. Sie hat nicht eingegriffen, weil andere Leute aus politischen Gründen diskriminiert worden sind. Das sind die Folgen. Und ihr habt auch gesehen, wie man mit ungleichen Ellen misst. Ich habe immer gesagt, die Fahnen auf Halbmast, man muss nicht die Ukraine-Flagge, Barbados-Flagge oder was auch immer hissen. Wenn es ein Erdbeben auf den Molukken gibt – da werden wir wahrscheinlich keine Flagge haben – könnte man die Berner Fahne als Zeichen auf Halbmast setzen. Das wäre viel einfacher, das wäre kostengünstiger. Wenn irgendjemand noch mit einem Super-Pin herumlaufen will, ist das den Leuten unbenommen. Aber wir können so eine Anteilnahme bekunden, dann braucht man keine teure Installation zu machen. Man kann entschei-

den, die Berner Fahne auf Halbmast zu setzen oder nicht, und damit ein Zeichen setzen. Und dort ist es verdammt lange gegangen. Deshalb sage ich, der Antisemitismus ist auch in der Stadtverwaltung verbreitet und man beschützt gewisse Minderheiten nicht – und das sind die Folgen. Danke.

Präsident: Für die Fraktion AL-PdA-TIF David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ja, liebe Anwesende, die Fraktion AL-PdA-TIF kann mit dem vorliegenden Postulat, also insbesondere mit der Begründung dazu, nicht viel anfangen. Im Postulat wird behauptet, dass ein systemisches Problem in der Kulturförderung der Stadt Bern vorliege, und der Kulturkommission wird unterstellt, sie dulde oder fördere sogar Antisemitismus. Zu diesem Vorwurf sagen wir Nein. Die Kulturkommission und der Gemeinderat haben unserer Meinung nach angemessen auf die Ausfälligkeiten eines Kommissionsmitglieds in den sozialen Medien reagiert und haben sie in keinsten Weise geduldet. Im Postulat, also in der Begründung dazu, wird ein Autor erwähnt, der sagt, dass jüdische Linke aus Angst die Reithalle meiden. Oder das Wandbild von einem Berner Künstler – Hallo auf die Tribüne – beim Eisenbahnviadukt zur Unterstützung von Sophie Hunger, das mit einem roten Dreieck übermalt worden ist, einem Symbol, das von Hamas-Sympathisant*innen verwendet wird. Ich kann euch versichern, dass Antisemitismus in der Reitschule entschieden abgelehnt und bekämpft wird, so wie übrigens auch der politische Islam abgelehnt wird. Das rote Dreieck wurde nicht lange unkommentiert auf dem Brückenpfeiler stehen gelassen, wie auch andere faschistoide und rassistische Botschaften um die Reitschule nie lange unkommentiert gelassen werden. Ich kenne jüdische Linke, die in die Reitschule kommen, weil sie wissen, dass dort Rechtsextreme, wie sie beispielsweise derzeit in Israel an der Macht sind, abgelehnt werden. Ich will hier nicht abstreiten, dass die Linke oder die Reitschule nicht frei ist von antisemitischen Denkmustern, die in unserer Gesellschaft weit verbreitet sind. Das zu benennen und die Auseinandersetzung damit zu suchen, ist wichtig. Ich möchte mich aber entschieden dagegen wehren, dass Kulturschaffende, die es wagen, die rechtsextreme israelische Regierung zu kritisieren und sich aktiv gegen Kriegsverbrechen aussprechen, die die israelische Armee tagtäglich begeht, mit dem Antisemitismusvorwurf zum Schweigen gebracht werden sollen – so wie zum Beispiel Macklemore. Das nenne ich dann Cancel Culture.

Ich finde den Vorschlag gut, den die GB-Sprecherin gemacht hat. Machen wir doch Diskussionsveranstaltungen auf dem Gurten, aber sagen wir nicht, wenn sich jemand kritisch äussert gegen diese Kriegsverbrechen, die passieren, dann ist das Antisemitismus. Er äussert sich dazu, dass in den letzten 2 Jahren um die 60'000 Menschen im Gaza-Streifen umgebracht worden sind, viele davon verschollen in den Trümmern der zerbombten Häuser, Universitäten, Bibliotheken. Um die 90% der Häuser und Infrastruktur in Gaza ist zerstört und es nimmt kein Ende. Und da soll man das Wort Genozid nicht in den Mund nehmen? Da helfen wir nicht mit. So komplex, wie oft behauptet wird, ist die Situation nicht. Wir erwarten von der Kultur ganz grundsätzlich, dass sie das Leben feiert und nicht den Hass und den Faschismus oder den religiösen Fanatismus. Darum können wir uns mit dem letzten Satz des Postulats auch einverstanden erklären. Die Arbeit in der Kulturkommission und die Vergabe von Geldern an Institutionen, Gruppen und Projekte soll mit Integrität, Respekt und einem klaren Bekenntnis zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie dem Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit wahrgenommen werden. Da sind wir dabei. Wir finden aber auch, das Postulat ist sehr unsorgfältig geschrieben, es wird alles miteinander in einen Topf geworfen. Wir sind auch einverstanden mit einigen Vorredner*innen, die gesagt haben,

Punkt 2 des Postulats haben wir schlichtweg nicht verstanden, und was damit gemeint ist. Darum haben wir in unserer Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Gibt es zu diesem Vorstoss weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelvotant Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Es tut mir leid, wenn ich den falschen Knopf gedrückt habe. Ich habe mir auch lange überlegt, ob ich überhaupt reden soll, denn das Thema hat auch eine persönliche Note, eine stark persönliche Note. Trotzdem ist es mir ein Anliegen, dazu ein, zwei Sachen zu sagen. Kurt Tucholsky, Stefan Zweig, Josef Roth. Sie sind Schrittsteller, die gecancelt worden sind, weil sie Juden waren. Sie gehören wie Franz Kafka, wie Lessing zu unserer Kultur, zu unserer deutschsprachigen Kultur und sie wurden gecancelt von dieser Kultur hier, von unserer deutschsprachigen Kultur. Ich glaube, es ist falsch, von einem linken oder von einem migrantischen Antisemitismus zu sprechen. Antisemitismus ist ein Phänomen, das diese Gesellschaft begleitet, und ein Phänomen, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, weil es ein besonderes Phänomen von Rassismus ist. Wir canceln ein Stück unserer eigenen Kultur und die Kultur ist wahrscheinlich der sensibelste Teil unserer gesamten Gesellschaft, denn die Kultur ist der tatsächliche Seismograf eines Zustandes einer Gesellschaft. Wenn wir beginnen, zu canceln, wenn wir beginnen, Leute auszugrenzen, weil sie einer Kultur angehören oder weil sie sich nicht genügend distanzieren von etwas, das vielleicht gar nichts mit ihnen zu tun hat, nämlich dem Krieg, dem schreckliche Krieg im Nahen Osten, dann haben wir ein Problem. Dann haben wir das gleiche Problem, wie wenn wir antiziganistische Voten hören hier, wenn wir die Roma-Kultur als Ganzes unter Verdacht stellen – auch ein Volk, das, ähnlich wie die Juden bis 1948, keinen Staat hat und jetzt nach wie vor unter Druck steht.

Ich bin auch dagegen, dass wir islamophobische Voten hier hören, weil sie genau in die gleiche Geschichte gehen. Wir müssen in der Kultur Dinge aushalten, Kritik aushalten, müssen Gegenpositionen aushalten das ist Kultur – weil wir sonst wirklich in die dunklen Zeiten zurückkehren. Da brauchen wir keine migrantische Gesellschaft, da brauchen wir keine linken oder rechten Rassismen, da geht es um uns und unsere Art und Weise, wie wir Kultur betreiben. Ich glaube, was wir uns einfach vor Augen führen müssen, ist, dass gegenwärtig... Ich habe mir lange überlegt, wie ich das formulieren soll, dass es nicht zu persönlich wird. Aber wenn sich Menschen jüdischer Herkunft, die erst seit Kurzem in der Stadt Bern sind, unwohl fühlen in jedem Moment, in dem im Nahen Osten irgendetwas passiert, Menschen, die die israelische Politik durchaus ablehnen und Smotrich und Ben-Gvir als Rechtsextreme bezeichnen und die auch glauben, dass nach der Shoah nach wie vor Regeln bestehen, sich unwohl fühlen, wenn im Breitenrain die Hamas-Zeichen auftauchen... Und nein, Hamas ist nicht Widerstand, Hamas ist brutaler Terror. Und ich glaube, wir haben eine Verpflichtung, die Dinge wirklich ernst zu nehmen und auch eine kulturelle Debatte zuzulassen. Ich bitte, das Postulat anzunehmen, auch im Sinne unserer europäischen Kultur. Danke.

Präsident: Als weitere Einzelsprecherin Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP), Einzelvotum: Ich habe lange gebraucht, um mich von diesem persönlichen Angriff am Sonntag zu erholen. Viele von euch wissen, dass ich Kinder habe. Ich habe ein paar Kinder und ich mache das hier nicht leichtfertig, das kostet mich etwas. Ich habe mir das sehr gut überlegt, ob ich mich dazu äussern will, deshalb tut dieser Vorwurf nach Selbstinszenierung natürlich weh. Anders als bei einer

konstruktiven Kritik und Meinungsverschiedenheit geht es eben bei solchen Angriffen, wie Simone Richner und ich sie erlebt haben – mit diesem Diffamierungs-Mail oder eben diesem Angriff, als mein Briefkasten heruntergerissen und dieses Zeichen gemalt wurde –, geht das eben an die Substanz, weil es von anonymer Stelle kommt. Es ist kein Gegenüber, mit dem ich mich auseinandersetzen kann. Aber zweitens geht es an die Substanz, weil es eben grenzüberschreitend ist, weil es mich persönlich angreift. Ich habe gesagt, ich habe Kinder und ich mache mir Sorgen um sie. Sollte ich zum Schutz von ihnen aufhören, mich zu äussern? Ich weiss auch nicht, was diese Debatte hier noch auslösen wird. Und dann erinnere ich mich, was es mit mir persönlich gemacht hat, als ich dieses E-Mail gelesen habe. Da war es etwa 22 Uhr am Abend. Das sollte man ja nicht machen, dann noch E-Mails zu lesen. Ich habe das später mit meinen Kindern besprochen und eines meiner Kinder hat dann gesagt – als ich mit ihr gesprochen habe und gesagt habe, ich weiss nicht, ob ich das schaffe? –, hat sie gesagt, Mama, du schaffst das. Viele unserer jüdischen Mitbürger*innen stellen sich diese Frage, ob sie sich äussern sollen. Soll ich mich äussern? Was kostet es mich, wenn ich meinen Hintergrund offenlege? Welche Konsequenzen muss ich davontragen? Aber ist es eines Rechtsstaats und einer Demokratie würdig, dass sich gewisse Menschen diese Fragen überhaupt stellen müssen?

Ich habe in diesem Ratssaal wenig Betroffenheit über das Diffamierungsmail, das an Simone und mich gerichtet war, gespürt. Das hat mich irgendwie nachdenklich gestimmt, denn die Frage ist doch, ob wir uns eine solche Art von Umgang für unsere Stadt wünschen. Wir sind Entscheidungstragende in dieser Stadt, wir können mitentscheiden, welche Dialogkultur bei uns herrscht, wir können mitentscheiden, wie in unserer Stadt mit Meinungsverschiedenheiten umgegangen wird. Die zunehmende Radikalisierung und Verknüpfung von Kultur und Gewalt, gerade auch in Bezug auf Antisemitismus, ist besorgniserregend und ich glaube, es braucht klare Zeichen von uns als Stadtrat für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Gewalt und Einschüchterung.

Wir sollen und dürfen anderer Meinung sein, definitiv. Wir können und sollen bezogen auf den Kulturbereich diesen Auftrag auch unterschiedlich auslegen, das ist doch völlig gut. Aber wo wir uns einig werden können, ist doch, dass wir uns für Menschlichkeit einsetzen wollen, dass wir uns dafür einsetzen wollen, trotz Meinungsverschiedenheiten immer den Menschen im Gegenüber zu sehen, immer respektvoll miteinander umzugehen. Und dieses Postulat ist eine Möglichkeit, ideologische Prinzipien aussen vorzulassen und ein gemeinsames Zeichen für Menschlichkeit und gegen Gewalt zu setzen. Es ist ein Prüfauftrag und wenn wir den Bericht dann vorliegen haben, dann können wir dann weiter diskutieren, wie wir jetzt vorgehen wollen, weil wir uns scheinbar einig sind, dass wir gegen Antisemitismus im Kulturbereich und allgemein kämpfen wollen. Wir können heute gemeinsam aufstehen und ein bewusstes Zeichen gegen Gewalt und Einschüchterung von jüdischen oder antisemitismuskritischen Menschen setzen. Wir können unseren jüdischen Mitbürger*innen mit diesem Postulat sagen, wir schaffen das gemeinsam. Danke.

Präsident: Merci. Jetzt hat für den Gemeinderat das Wort Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, der Gemeinderat nimmt Antisemitismusvorwürfe ernst und klärt Vorwürfe natürlich sorgfältig ab. Das hat er auch bei den Antisemitismusvorwürfen im Umfeld der Kulturkommission gemacht und auch eine Mediation eingeleitet. Der Gemeinderat stellt sich klar und entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen in

allen Formen. Und ja, Debora, deine Erfahrungen machen betroffen. Der Gemeinderat ist besorgt über die vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund verzeichnete Zunahme antisemitischer Vorfälle. Ja, das ist alarmierend.

Ein paar Worte noch zur Kulturkommission im Speziellen. Der Vorwurf, dass antisemitische Vorfälle durch die Struktur der Berner Kulturförderung ermöglicht und verstärkt würden, ist für den Gemeinderat nicht nachvollziehbar. Die Stadt Bern richtet Beiträge in der kulturellen Projektförderung nach klar definierten Kriterien aus. Die Leitfragen, nach denen die Kulturkommission die Gesuche prüft und zu einer Förderung empfiehlt, sind festgelegt und publik. Die gesprochenen Beiträge werden transparent ausgewiesen. Dem Gemeinderat ist es auch wichtig, festzuhalten, dass die Kulturkommission wirklich wertvolle Arbeit leistet, und es ist ihm ein Anliegen, dass die Tätigkeit der Kommission auch künftig in einem vom gegenseitigen Vertrauen geprägten Umfeld möglich ist und stattfinden kann. Aber ja, es ist so, wir müssen hinschauen, das ist eine Daueraufgabe. Wir müssen dranbleiben. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Präsident: Vielen Dank. Es wurde verschiedentlich gewünscht, punktweise abzustimmen. Das müssen die Einreichenden einverstanden sein. Das sind sie nicht. Dann stimmen wir über das Postulat als Ganzes ab. Wenn ihr es erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün und sonst Rot.

Abstimmung Nr. 028

2025.SR.0120

Annahme

Ja	49
Nein	2
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir kommen zu Traktandum Nummer 20.

2024.SR.0321

20 Interfraktionelle Motion Fraktion AL/PdA, SP/JUSO (Raffael Joggi, AL/Halua Pinto de Magalhães, SP): Die Förderung digitaler Souveränität gehört in eine Digitalstrategie

Präsident: Ich habe bereits mitgeteilt erhalten, dass der Vorstoss aus den Reihen des Parlaments bestritten ist. Die Einreichenden haben das Wort. Für die Einreichenden Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Vielen Dank. Ja, ich brauchte auch noch eine Verschnaufpause. Gut, wieder zu etwas hoffentlich Leichterem. Wir würden gerne eine Motion überweisen, in der es darum geht, die digitale Souveränität in der Stadt Bern, in der Verwaltung von Bern zu fördern. Was will die Motion? Die Motion will eigentlich nicht so viel, wie wir finden, oder jedenfalls nichts, das viel kostet. Von dem her denken wir, dass das eigentlich machbar wäre für viele von uns. Wir wollen im Wesentlichen, dass die Digitalisierungsstrategie 2030, die jetzt dann bald einmal kommen soll, sich

klar und deutlich für Open-Source-Software (OSS) stark macht. Das soll ein wesentlicher Teil sein oder es soll zumindest geprüft werden, inwiefern OSS eine Rolle spielt. Die Forderung ist nicht neu, aber sie ist ein bisschen in Vergessenheit geraten in den letzten Jahren. Es wurden auch schlechte Erfahrungen gemacht mit base4Kids, was der Sache aber eigentlich, im Allgemeinen, nicht schaden sollte. Wir erachten Open Source als absolut zentral für diese Digitalisierungsstrategie, denn Open Source bedeutet freie Standards und freie Standards bedeuten, dass wir letztlich souverän bleiben in Bezug auf unsere Schnittstellen. Es ist also unerlässlich, dass wir offene Standards benutzen, um letztendlich auch in 10 und 20 Jahren den Zugriff zu behalten auf die Daten, die wir haben, wo immer sie auch liegen und mit welcher Software auch immer wir sie benutzen wollen. Haben wir das Gegenteil – proprietäre Software, geschlossene Standards – sind wir letztendlich vom Geheiss von Firmen, IT-Firmen abhängig, Dienstleistern, und die sind bekanntlich nicht am guten Funktionieren und effizienten und günstigen Funktionieren der öffentlichen Hand interessiert, sondern nein, sie wollen eigentlich vor allem unser Geld, und zwar reichlich.

Was macht die Stadt Bern im Moment? So wie es aussieht, geht sie in die Richtung, dass sie sich eben reichlich das Geld aus der Tasche ziehen lässt – vielleicht noch nicht jetzt. Der Weg in die finanzielle und technische Abhängigkeit von IT-Grosskonzernen ist mit Gimmicks und praktischen Versprechen gesäumt. Natürlich ist es jetzt einfacher, eine Digitalisierungsstrategie zu verfassen, die auf einer Cloud-Lösung basiert und vielleicht weit weg von Bern oder wo auch immer, jedenfalls aus den Augen, aus dem Sinn und fern von politischer Verantwortung betrieben wird. Das wollen wir nicht aus vielen Gründen: Es ist teuer, es ist unklar, wie das funktioniert, es gibt keine Exit-Strategie, es gibt diesen Vendor Lock. Wir sind abhängig von einzelnen Dienstleistern, von einzelnen Softwares, wir haben im schlimmsten Fall nicht einmal mehr die Hoheit über unsere Daten und wir wissen auch nicht, wie wir da wieder rauskommen. Das gehört in die Digitalisierungsstrategie, ganz klar. Aus diesem Grund fordern wir, dass das dort aufgenommen wird. Wir möchten zudem etwas Praktisches, auch das sollte nicht die Welt kosten. OpenDesk wird von der deutschen Bundesregierung finanziert. Das ist eigentlich eine Microsoft-Cloud-Alternative für die öffentliche Hand. Also wenn die deutsche Bundesregierung sich Gedanken macht, wie sie eigentlich von Microsoft wegkommen könnte und wie sie das den Gemeinwesen zur Verfügung stellen kann – kostenlos, Open Source – sollten wir diese Gelegenheit packen und uns das zumindest einmal ansehen. Ein Pilot, das ist nicht viel verlangt, wir denken, das ist selbstredend. In diesem Rahmen, in dieser Digitalisierungsstrategie wäre es eine sinnvolle Idee, das zumindest einmal zu prüfen. Jede IT-Projektleitung kennt die Idee eines Variantenentscheides und da ist einfach Microsoft nicht einzig und allein auf dem Platz. Wenn wir Software-Codes selbst programmieren in der Verwaltung, wenn selber programmiert wird und diese Programme geschrieben werden und gebraucht werden, ist es nichts als selbstverständlich, dass diese dann auch aus der Open-Source-Lizenz publiziert werden. Public Code for Public Money – respektive steuerbezahlte Softwareentwicklung gehört letztlich wiederum der Allgemeinheit. Es macht keinen Sinn, ein Geschäftsmodell daraus zu träumen, dass Verwaltungssoftware dann letztlich hinter Schloss und Riegel betrieben werden muss, ohne dass sie auch andere verwenden können. Das sind unsere 3 Forderungen.

Und jetzt kommen ich noch kurz auf die Antwort des Gemeinderats zu sprechen, die doch irgendwie lapidar daherkommt. Ich bin etwas enttäuscht. Es wird hier darauf hingewiesen, dass schon in den 2010er-Jahren Open Source geprüft wurde und damals 3 Massnahmen identifiziert wurden, die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat. Diese Massnahmen haben leider mit unseren Forderungen wenig zu tun, ihr könnt das selber

nachlesen. Also im Wesentlichen heisst es halt hier: Ja, Open Source, schön und gut, aber wenn es etwas mit SAP zu tun hat oder Microsoft, dann sind das halt technische Unwägbarkeiten und jedem, der weiss, was SAP ist und Microsoft, wird schnell klar, ja gut, da ist die Geschichte gelaufen, denn das Zeug ist halt letztlich nicht kompatibel und dann muss halt letztlich Open Source aus der Gleichung raus. Hier macht man sich das definitiv zu einfach, zumindest in der Antwort. Beim zweiten Punkt, individuelle Fachanwendungen werden entwickelt als Open Source, wird dann letztlich unten im Text wiederum eigentlich nicht gesagt- Ja, es wird eigentlich Standardsoftware eingesetzt. Standardsoftware ist ein Euphemismus für Software aus der Box und eben nicht Open Source, das muss wiederum kompatibel sein. Und der Gipfel der ganzen Geschichte ist Massnahme 3. Hier heisst es dann schon im ersten Satz – von mir aus gesehen, semantisch und logisch widersinnig: "Seit 2019 hat sich die Frage der offenen Datenformate weitgehend entschärft. Bereits heute können die gängigen Standarddateiformate im Office-Umfeld auch von OSS gelesen werden." Ja Freunde – Hallo! Das war ja nie der Punkt. Offene Standards sind von OSS zu lesen. Der Witz ist, dass geschlossene Software sich weigert, offene Standards überhaupt zu akzeptieren, respektive dass geschlossene Standards dann nicht in OSS geöffnet werden können. Dass sich das jetzt hier entschärft hat, ist logisch. Wir sind im Zeitalter der Clouds, es ist nicht mehr die 2010er-Geschichte mit: Oh, ich kann mein Docx nicht öffnen oder was hast du da mit deinem LibreOffice gemacht. Es ist alles in der Cloud, es sind Webanwendungen in der Regel, es geht nicht mehr darum, dass ich meine Datei nicht mehr öffnen kann. Die Abhängigkeit der Datenformate...

Präsident: Entschuldige Raffael. Wir sind 19 Minuten vor der Sommerpause. Bitte, wie immer, Gespräche draussen oder sitzend am Platz im Flüsterton. Merci.

Raffael Joggi (AL): Ich mache gleich Schluss. Die Abhängigkeit der Datenformate ist auf der nächsten Stufe. Heute geht es nicht mehr um Datenformate und Files, es geht darum, dass wir die Daten gar nicht mehr besitzen. Also von dem her die dritte Massnahme – sorry, das ist einfach keine Antwort und irgendwie auch kein Argument hier, ein Postulat zu fordern. Wir wollen keinen Proxybericht zu einem Bericht, sondern wir wollen, dass das Zeug in einen Bericht kommt, namentlich die Digitalisierungsstrategie. Wir werden aus diesem Grund nicht wandeln und wünschen uns vom Gemeinderat, dass er hier quasi Buchstaben schreibt. Er muss ja nicht einmal viele Massnahmen machen. Er schreibt das Zeug in die Digitalisierungsstrategie und kümmert sich darum. Wir brauchen keinen Postulatsbericht dazu. Vielen Dank, dass ihr diese Motion annimmt.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als Erstes für die Fraktion GB/JA Katharina Gallizzi. Ich fände es sehr schön, wenn wir es schaffen, diesen Vorstoss noch zu Ende zu beraten.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ja, ich fände es auch sehr schön, denn er ist nämlich wichtig. Ich bin nun schon seit zweieinhalb Legislaturen, also das sind 10 Jahre, in diesem Parlament, und manchmal ist es schon bemerkenswert, wie bei gewissen Themen einfach nichts passiert, obwohl dazu schon zig Vorstösse eingereicht wurden. Die Verwaltung scheint sie auszusitzen, bis sie in Vergessenheit geraten, weil andere Themen in den Vordergrund gerückt sind. Darum bin ich den Einreichenden sehr dankbar für diese Motion, denn das Thema Open Source, nachhaltige IT-Beschaf-

fung und Unabhängigkeit von grossen Techfirmen droht, so scheint mir, sich klammheimlich aus der Agenda der Verwaltung zu schleichen. Dabei ist es keineswegs so, und das haben wir vorhin auch schon gehört, dass diese Themen an Bedeutung verloren haben, sie werden im Gegenteil je länger, je dringlicher. Laut Wikipedia versteht man unter digitaler Souveränität Möglichkeiten zur selbstbestimmten Nutzung und Gestaltung von Informationstechnik. Das bedeutet, dass ich die Hoheit über meine Daten habe, dass ich selber entscheiden kann, welche Informationen ich mit wem teile oder auch darüber entscheiden kann, welche Programme und Anwendungen ich verwende.

Präsident: Entschuldigung Katharina. Ich habe euch vor genau 3 Minuten gebeten, etwas leiser zu sein. Wir haben eine Charta "Respekt im Ratssaal", zu der habt ihr euch alle bekannt. Bitte macht die letzten 16 Minuten auch noch mit. Merci.

Katharina Gallizzi (GB): Okay, vielen Dank. Vielleicht hört jetzt jemand zu und sonst ist es auch egal. Wir hatten es von Microsoft und davon, dass es wichtig ist, dass wir selber entscheiden können, wer unsere Daten besitzt und wie wir mit unseren Daten arbeiten können. Die Marktmacht von Microsoft ist beispielsweise so gross, dass sie alternativlos scheint. Mit der Umstellung auf cloudbasierte Lösungen von Office365 begibt man sich aber nicht mehr nur in die Abhängigkeit eines monopolisierten Produkts. Nein, man übergibt gleich noch alle seine Daten an die Anbieterfirma. Die Abhängigkeiten, die dadurch entstehen, werden also immer grösser. Trotzdem sieht der Gemeinderat keinen weiteren Handlungsbedarf, wie er in seiner Antwort ausführt. Auch ich war ziemlich schockiert über die Antwort. Er geht nämlich dort sogar noch weiter und schreibt: "Weiter hat sich die Stadt Bern mit der Einführung von Microsoft365 für die Stärkung und den umfassenden Einsatz von MS-Office-Produkten auch im Mobilbereich ausgesprochen. Gleiches gilt für das betriebswirtschaftliche Umfeld, welches auf Lösungen von SAP baut." Darum erübrige es sich, Massnahmen zu etablieren von offenen Datenformaten und Unabhängigkeiten weiterzuverfolgen. Also entweder verstehe ich etwas komplett falsch oder diese Antwort ist einfach nur absurd. Kurz zusammengefasst heisst es: Wir haben uns entschieden, uns komplett in die Abhängigkeit von Microsoft und SAP zu begeben und weiten diese sogar noch aus auf dem Mobilbereich. Darum erübrigt es sich jetzt, weiter, über offene Datenformate und Unabhängigkeiten zu diskutieren.

Okay, das kann man natürlich schon machen, es entspricht aber in keiner Weise den Aufträgen, die der Stadtrat dem Gemeinderat schon seit Jahren gibt. Der Gemeinderat nimmt sich noch nicht einmal die Mühe, zu erklären, weshalb er eigentlich entschieden hat, sich so in diese Microsoft-Abhängigkeit zu geben. Er zitiert nur immer wieder diese gleiche alte Studie "Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS), die vor 6 Jahren zum Schluss kam, dass der Wechsel zu einem OSS-Client zum damaligen Zeitpunkt nicht empfehlenswert war. Aber ehrlich gesagt, 6 Jahre sind in der Welt der IT eine halbe Ewigkeit. Wir können uns doch nicht auf immer und ewig auf diese Studie berufen. Die Digitalisierung geht rasant voran und nicht nur Microsoft wird weiterentwickelt, sondern zum Glück auch die Alternativen. Wie die Motionär*innen schreiben, hat beispielsweise – das hat Raffael vorhin auch gesagt – die deutsche Regierung begriffen, wie wichtig solche Alternativen sind, und will sie auch nutzen. Und auch Bern sollte die Abhängigkeit von Microsoft nicht einfach als gottgegeben hinnehmen. Mir ist durchaus bewusst, dass IT-Umstellungen enorm aufwendig sind und nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden können. Darum fordert die Motion ja in Punkt 2 auch nur ein Pilotprojekt für openDesk und nicht die instantane Einführung auf allen Arbeitsplätzen. Wichtig ist aber, dass dieses Pilotprojekt auch wirklich gemacht wird, sonst kann

sich der Gemeinderat nämlich auch in 20 Jahren noch auf POTOSS berufen und behaupten, man würde ja wollen, aber leider habe eine Studie vor xx Jahren gesagt, dass das einfach nicht umsetzbar sei. Damit hier endlich etwas passiert, sind wir auch dafür, dass das natürlich in diese Digitalisierungsstrategie einfließt, und wir werden auch diesen Vorstoss als Motion überweisen und sind sehr froh, dass er nicht in ein Postulat gewandelt wurde.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Lieber Raffael, ich verstehe deine Bedenken. Ich sehe einige Überlegungen genau gleich wie du auch. Die Dominanz der grossen Tech-Konzerne gibt mir manchmal auch zu denken. Wenn ein Tech-Milliardär wie Peter Thiel, Gründer von PayPal, sagt: Ich glaube nicht länger, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind – dann muss uns das zu denken geben. Es ist deshalb wichtig, dieser Entwicklung mit der notwendigen kritischen Grundhaltung zu begegnen. Ich finde es deshalb sehr schade, dass die Motion so formuliert ist, wie sie eben formuliert ist. Dass hinter Open Source auch grosse Risiken stecken, das hast du erwähnt. Wir wissen das seit Projekten wie zum Beispiel base4Kids. So sehr ich es auch begrüßen würde, dass Open-Source-Alternativen öfter zum Einsatz kommen, es darf nicht auf Kosten der Menschen sein, die sie benutzen müssen. Gerade dieses Debakel und die komplett desillusionierte Lehrerschaft muss uns eine Lehre sein. Open Source ist deshalb leider nur eine Alternative, wenn sie eben auch eine Alternative ist, also das heisst, mindestens so gut funktioniert. für die Anwender*innen praktisch und kostenmässig nicht teurer ist. Und leider ist die Motion so formuliert, dass Open Source nicht als Alternative unter diesen Prämissen angeschaut wird, sondern sie fordert Open Source als einzigen Weg ein.

Punkt 1: Die Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz von OSS wird in die neue Digitalstrategie 2030 aufgenommen. Diese Forderung fordert eben nicht nur die Förderung der digitalen Souveränität, sondern sie sagt auch noch gleich, wie das geschehen soll, nämlich durch den Einsatz von OSS – nicht durch die Prüfung von OSS oder deren Einsatz, wenn es eine bessere Alternative ist. Die Forderung lässt keine Alternativen oder Interpretationen zu und ist deshalb zu eng gehalten, finde ich.

Punkt 2: OpenDesk soll im Programm Neue digitale Zusammenarbeit der Digitalstrategie 2030 als Pilotprojekt eingeführt werden. Deutschland ist kein Vorzeigeland bezüglich Digitalisierung und dass ausgerechnet von dort die heilsbringende Lösung kommen soll, das lässt mich ein bisschen aufhorchen. OpenDesk kämpft mit einer Unterfinanzierung, einem langsamen Entwicklungstempo, technischen Hürden, eher schlechtem Community-Feedback und eingeschränkten Funktionen. Dass nun hier die Stadt Bern wieder vorangehen soll – Citysoftnet lässt grüssen – verstehe ich nicht. Warum muss Bern wieder vorangehen? Warum sollten wir da vorangehen bei openDesk?

Punkt 3: Bei IT-Beschaffungen werden Individualentwicklungen unter einer Open-Source-Lizenz freigegeben. Individualentwicklungen kosten Geld. Es wäre toll, wenn man sich dann zum Beispiel andere Städte holen könnte, die sich an diesen Entwicklungen beteiligen, und so die Kosten verteilen könnte. Unter Punkt 3 der Motion würde das nicht mehr möglich sein, weil es ja eben gleich Open Source ist.

Punkt 4: Das Kriterium digitale Souveränität wird bei IT-Beschaffungen berücksichtigt, sodass unter anderem Informatiklösungen basierend auf OSS priorisiert werden. Auch das eigentlich eine gute Idee. Die digitale Souveränität soll bei IT-Beschaffungen berücksichtigt werden, das finde ich auch wichtig. Aber eine Priorisierung geht dann leider

zu weit, weil das bedeutet, dass man Programmfehler, entnervte Mitarbeitende, Mehrkosten etc. wieder in Kauf nehmen soll, weil man den Faktor, dass es Open Source ist, höher gewichtet als andere Kriterien.

Ich hoffe, diese Ausführungen waren genügend verständlich. Wir können das Anliegen also nachvollziehen, aber leider ist die Motion so formuliert, dass sie in jedem Punkt ein bisschen übers Ziel hinausschiesst, dies zum Nachteil der Stadt und vor allem der Menschen, die mit dieser Software dann arbeiten müssen. Ein Entscheid hier im Stadtrat darf nie zum Nachteil der Stadt und deren Menschen sein und deshalb lehnen wir die Motion ab.

Präsident: Als nächstes für die SP/JUSO Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Der Gemeinderat betont in seiner Antwort abschliessend, dass die Verankerung der digitalen Souveränität in der Digitalstrategie 2030 auf der strategischen Linie des Gemeinderats liege, unter Beachtung des POTOSS-Berichts. Dass der Gemeinderat den Vorstoss lediglich als Postulat entgegennehmen will, wird dem Themenkomplex nicht gerecht. Die Antwort des Gemeinderates geht des Weiteren mit keinem Wort auf openDesk ein, welcher konkret ein Pilotprojekt fordert. Genau dazu wurde dieser Vorstoss ja eingereicht, damit sich der Gemeinderat konkret positionieren soll. Nun erklärt der Gemeinderat den Ersteinreichenden, welche ihres Zeichens ja bekannterweise Profi-Informatiker sind, POTOSS. Das ist am Vorstoss vorbeigeantwortet. Es geht darum, Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern so weit wie möglich zu vermeiden, Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welche Technologien eingesetzt und weiterentwickelt werden. Persönlich war ich für die RWSU-Kommission in genügend vielen Geschäften Referentin, um zu wissen, dass die Stadt sehr oft als Antwort sagt: Ja, wir sind halt hier abhängig, es funktioniert halt mit dieser Lösung am besten, alles andere wäre sehr viel teurer, das wäre ein Systemwechsel usw. Auch entsprechend den Vorvoten von Raffael Joggi unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die vorliegende Motion deshalb vollumfänglich.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Die GLP/EVP-Fraktion teilt die Auffassung mit den Initianten und auch dem Gemeinderat, dass digitale Souveränität grundsätzlich ein erstrebenswerter Zustand ist. Auch wir stehen der zunehmenden Abhängigkeit der Stadt zu einzelnen Dienstleistern und Produkten wie MS365 sehr kritisch gegenüber. Eingeschränkte Anbietersauswahl und damit Lock-in-Effekte, risikobehaftete Abhängigkeit von externen Anbietern, teure Abhängigkeiten für Wartungs- und Lizenzkosten sind nur einige Beispiele, die unseren Handlungsspielraum als Stadt einschränken. Es betrifft nicht nur unsere Daten, es hat auch finanzielle und ökologische Komponenten. Nicht nur die angespannte Weltlage, sondern die zunehmende Instrumentalisierung von Daten für Machtzwecken verleitet der Thematik immer mehr Brisanz. Eine gefühlte Alternativlosigkeit und ein zunehmend eingeengter Gestaltungsraum in IT-Entscheiden empfinden wir grundsätzlich als problematisch. Es darf nicht Usus sein, dass IT-Projekte mangels Alternativen einfach durchgewinkt werden. Digitale Souveränität fällt nicht einfach vom Himmel und passiert nicht von alleine. Sie ist das Resultat von vielen bewussten Schritten. Sie beginnt mit der kritischen Auseinandersetzung des Status quo und gibt sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden. Anders als die Motionäre empfindet der GLP-Teil der Fraktion, dass der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt das

tut, was möglich ist. Der GLP-Teil der Fraktion sieht die Stadt nicht als Vorreiterin in der Thematik, sondern als Second Mover, insbesondere aus personellen und finanziellen Überlegungen. Die GLP hat Vertrauen, dass der Gemeinderat das Thema digitale Souveränität im Rahmen seiner Möglichkeiten im Fokus hält und aktuelle Entwicklungen laufend überprüft. Die GLP wird deshalb die Motion ablehnen, würde den Vorstoss aber sehr gerne als Postulat entgegennehmen.

Die EVP als Mitunterzeichnende dieser Motion sieht die Situation etwas anders und wird die Motion unterstützen, weil sie denkt, dass diese Motion ein wichtiges Zeichen an den Gemeinderat ist, um das Thema digitale Souveränität nicht versanden zu lassen und dem Thema das notwendige Gewicht zu verleihen. Gerade openDesk bietet die Möglichkeit, eine konkrete Alternative zu Microsoft in einem Pilotprojekt zu testen. Zusätzlich fordern wir, dass sich die Stadt Bern im Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz, welches in Kürze gegründet wird, mit anderen Behörden vernetzt und so ein gegenseitiger Knowhow-Austausch stattfinden kann. Digitale Souveränität ist kein einfaches Thema. Es gibt keine simplen Lösungen, Ansichten können variieren. Und darin sind sich die GLP und die EVP einig. Wir brauchen die bewusste Auseinandersetzung und Dialog. Wie Roger auch in seinem Votum angemerkt hat – bei einem anderen Traktandum – braucht es eine Digitalstrategie inklusive Cloud-Strategie, die sich eben mit diesen übergeordneten Themen auseinandersetzt, sonst laufen wir Gefahr, dass wir wie bis anhin in IT-Projekten zwar die Abhängigkeiten kritisieren, dass es dann aber einfach bei dieser Kritik bleibt. So ist die grundsätzliche Frage, wie wir zu wirklichem Handlungsspielraum kommen.

Präsident: Ich habe einen Ordnungsantrag von Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL): Wir würden gerne das Geschäft noch abschliessen. Vielen Dank für eure Zustimmung.

Präsident: Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag

Das Traktandum soll zu Ende beraten werden.

Abstimmung Nr. 029

2024.SR.0321: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	52
Nein	5
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen. Alex Feuz hat gesagt, nur ganz kurz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Merci, Herr Präsident. Ihr kennt mich, ich will, dass ihr alle noch einen Drink nehmen könnt draussen, am letzten Tag vor der Sommerpause, darum mache ich es ganz kurz. Ihr seht, die Stadt Bern kann Informatik nicht. Base4Kids und Open Source hat man völlig in den Kakao geritten. Man musste nachher umstellen, denn wenn ihr andere Computer habt, die nicht aufgeführt sind, funktioniert es nicht. Auch bei Citysoftnet haben wir ein Debakel. Bern kann Informatik

nicht. Vorher war ich ein bisschen böse mit dem grossartigen Fachwissen, das die Stadträte und Gemeinderäte haben wollten in diesen Kommissionen und Funktionen. Ich war ein bisschen böse und habe gesagt, die Ausgangslage für Informatik in der Stadt Bern sei ungefähr gleich wie bei der Swissair mit FDP und CS. Das kommt nicht gut. Darum sage ich, das ist ein völlig falscher Approach. Es geht darum, dass die Sache funktioniert, und es geht nicht darum, dass man Open Source durchsetzt. Die EVP ist natürlich dafür, weil Matthias Stürmer ein Open-Source-Papst an der Uni ist, das kann ich bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehen. Ich spreche jetzt für die unbegabten Eltern, die Kinder haben, die informatikmässig nicht so stark sind, die vor allem wollen, dass man etwas will. Deshalb lehnt die SVP die Motion ab, auch wenn sie umgewandelt würde in ein Postulat. Ich glaube, ich habe nicht 3 Minuten gehabt. Stimmt dafür jetzt klar Nein, danke.

Präsident: Als Einzelredner Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Nur kurz etwas aus der Praxis. Ich war im früheren Leben SAP-Berater und durfte darum im Kanton Solothurn SAP einführen. Und der ganze Kanton Solothurn sagte damals, unter dem damaligen IT-Leiter: No Microsoft. Nichts war Microsoft, alles alternative Sachen. Das hatte zur Folge, dass man, wenn man Mails machte, die Word-Attachments nicht ankamen und man sie nicht öffnen konnte respektive das alles verzerrt war. Das war der eine Grund. Der andere war, dass in den KV-Schulen die Kinder nicht das Programm lernten, das sie im Geschäft hatten, und nichts machen konnten. Und dann hat es viel gekostet, es gab immer Abstürze. Fact ist: Nach 3 Jahren wurde IT-Leiter fristlos entlassen und man ist auf Microsoft umgestiegen. Nicht, dass ich das gut finde, aber das ist die Realität.

Präsident: Somit hat das Wort für den Gemeinderat Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Die Verankerung der digitalen Souveränität in der Digitalstrategie 2030 und die Beachtung des POTOSS-Berichts liegen im Interesse des Gemeinderats. Er ist deshalb bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Ein sinnvoller Einsatz von OSS liegt auf der strategischen Linie des Gemeinderates. Soweit keine Best-Practice-Lösungen auf dem Markt bestehen, setzt die Stadt Bern bei Eigenentwicklungen bereits heute auf OSS. In jedem Fall muss der Einsatz von Softwareprodukten funktional, stabil und wirtschaftlich sein. Die Stadt hat eine sehr sichere und performante hybride Digitalinfrastruktur und steuert bewusst, welche Daten wo verarbeitet werden. Fachapplikationen werden lokal betrieben, um besonders sensible Daten sicher und souverän zu verarbeiten, mit voller Kontrolle und hoher Performance. Für die Bürokommunikation nutzt die Stadt Bern Cloud-Dienste, die eine effiziente Zusammenarbeit, einen ortsunabhängigen Zugriff und eine einfache Wartung ermöglichen. Also es läuft schon einiges, aber wir nehmen es sehr gerne als Postulat so an.

Präsident: Merci. Bitte bleibt noch an euren Plätzen, es gibt nachher noch 2, 3 Informationen. Ihr seid dann immer noch früh genug draussen. Die Einreichenden haben nicht gewandelt, sie halten am Vorstoss in der Form der Richtlinie fest. Wir stimmen somit über den Vorstoss als Richtlinienmotion ab.

Abstimmung Nr. 030

2024.SR.0321: als Richtlinie

Annahme

Ja	39
Nein	21
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Vorstoss erheblich erklärt. Bitte gebt uns noch 2 Minuten. Ich habe eine Wortmeldung, eine Mitteilung von Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP): Also, noch schnell kurze Aufmerksamkeit. Das alljährliche Stadtratschwimmen findet am 28. August 2025 nach den Sommerferien statt. Wir haben im Moment sehr gute Bedingungen. Ich hoffe, wir werden sie dann auch noch haben. Die Aare hat etwa 21°C, der Wasserstand ist normal. Ich hoffe, wir werden uns am 28. August 2025 erfreuen können, ein erfrischendes Bad in der Aare zu nehmen. Danke und allen schönen Ferien.

Präsident: Merci, Ueli. Ich mache darauf aufmerksam oder erinnere daran: Bitte keine nassen Badekleider im Ratssaal im Anschluss daran. Der FC Stadtrat spielt morgen Freitag am Kings Cup der britischen Botschaft. Wer uns tatkräftig unterstützen will: Wir spielen ab 12.15 Uhr unser erstes Gruppenspiel auf der Bodenweid. Die britische Botschaft ist jedes Jahr sehr grosszügig mit Essen und Getränken, inklusive alkoholischen Getränken, bei denen sich auch Personen, die nicht aktiv mitspielen, beteiligen oder bedienen dürfen. Ich wünsche euch allen einen schönen Sommer und eine unvergessliche Fussball-Europameisterschaft. Wir sehen uns spätestens am 14. August 2025 auf dem Stadtratsausflug. Habt Sorge zueinander, seid lieb zueinander und passt auf euch auf.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 21 | 2024.SR.0337

Postulat Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten!

Traktandum: 22 | 2024.SR.0308

Motion Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller, SP/Bettina Stüssi, SP): Ganztageschule für alle Stufen in allen Schulkreisen

Traktandum: 23 | 2024.SR.0320

Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köçer, SP/Dominik Fitze, SP): Die Lücke der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Holligen muss geschlossen werden!

Traktandum: 24 | 2024.SR.0319

Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer Sportinfrastruktur

Traktandum: 25 | 2024.SR.0348

Postulat Yasmin Abdullahi (JGLP), Salome Mathys (GLP), Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbädern

Traktandum: 26 | 2024.SR.0340

Motion Paula Zysset (JUSO), Sofia Fisch (JUSO), Anna Jegher (JA!), Muriel Graf (AL): Aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und in der Innenstadt

Traktandum: 27 | 2024.SR.0343

Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten? Annahme / Prüfungsbericht

Traktandum: 28 | 2024.SR.0342

Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz; Annahme

Traktandum: 29 | 2024.SR.0341

Postulat Michael Ruefer (GFL): Transparente Mitwirkung zu 2. Tramachse: Stellungnahme BBL öffentlich machen; Annahme/Prüfungsbericht

Traktandum: 30 | 2024.SR.0344

Postulat Matthias Humbel/Michael Ruefer (GFL)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Velostrasse Schösslistrasse unterbruchsfrei gestalten

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

2025.SR.0207 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion SVP (Alexander Feuz, Thomas Glauser, Ueli Jaisli): Attraktivierung/Umwandlung der Fussgängerzone in Bümpliz: Weniger ist mehr! Abbau unzweckmässiger Vorschriften unter Einbezug des Gewerbes, der Liegenschaftseigentümer, der Anwohner und der gegenwärtigen und potentiellen Kunden!

2025.SR.0218 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Solaranlagen auf Infrastrukturanlagen

2025.SR.0215 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubrücke / Aareschlaufe bei Bremgarten

2025.SR.0216 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Schaffung städtischer vZEV und LEGs

2025.SR.0225 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Der Gurten soll am 1. August wieder leuchten – warum nicht mit einer Drohnenshow?!

2025.SR.0208 | Motion | Eingereicht

Motion: Kunst zum Ausleihen: Einführung einer städtischen Artothek

2025.SR.0213 | Motion | Eingereicht

Motion: Pilotprojekt hindernisfreies und inklusives Bauen

2025.SR.0214 | Motion | Eingereicht

Motion: Hindernisfreiheit in Stadtratsgeschäften transparent ausweisen

2025.SR.0202 | Motion | Eingereicht

Interfraktionelle Motion: Familiengärten in der Stadt Bern: Erhalten und Sichern (GB/JA! und SP/JUSO)

2025.SR.0212 | Motion | Eingereicht

Motion: Zwei autofreie Tage in der Innenstadt

2025.SR.0210 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Inklusive ÖV-Beschilderung rund um den Bahnhof Bern

2025.SR.0217 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Solaranlagen auf burgerlichen Dächern

2025.SR.0226 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Kein Konsumzwang in Pop-ups gewährleisten! (JA!)

2025.SR.0227 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Zugang für Alle: Ein Schalter für Alles

2025.SR.0201 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Wie sieht der Zeitplan für die Umgestaltung der Schützenmatte aus?

2025.SR.0203 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Droht dem Wäldli beim Lorrainebad der Kahlschlag?

2025.SR.0222 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Unbewilligte eskalierte Palästinademo: Sind Anhaltungen erfolgt? Sind Anzeigen erfolgt? Wurde den verantwortlichen Veranstaltern Kosten überbunden?

2025.SR.0223 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Die Stadt Basel setzt kleine, wendige, leise und abgasfreie kompakte Kehrlichfahrzeuge und neue Geräteträger ein: Wieso nicht in Bern?

2025.SR.0224 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Classes bilingues Lehrplanthematik/kantonaler Lehrplan 21 2. Versuch die Fragen Ziff.1 vom 22.5.2025 vom Gemeinderat vollständig beantwortet zu bekommen: Nahmen die zuständigen Stellen der Stadt Bern vor der Schliessung überhaupt wegen der Lehrplanthematik mit der zuständigen Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Kontakt auf? Wurde der BSS der Entscheid Wott ig nid, gemäss Grundsatz denn chan ig nid! getroffen?

2025.SR.0204 | Interpellation | Eingereicht

Interfraktionelle Interpellation: Hintergründe zum Polizeieinsatz auf dem Vorplatz im Nachgang des feministischen Streiks (GB/JA! und AL/PdA/TIF)

2025.SR.0205 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Essbare Stadt Bern – Bilanz und Impulse für die Zukunft

2025.SR.0206 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Stadtteilpark Egelsee: Wie weiter?

2025.SR.0219 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Elektrifizierung des Verkehrs

2025.SR.0211 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Inwieweit ist EWB auf die Einführung von Lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEGs) vorbereitet?

2025.SR.0220 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Welche Massnahmen ergreift der Gemeinderat, um die Bewohner*innen und Anwohner*innen der KU Tiefenau zu unterstützen?

2025.SR.0209 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Ausschreibung des Leistungsvertrags für die Dampfzentrale (GB/JA!)

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

02.09.2025

X



Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

03.09.2025

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann